8/87

Konkret

MAGAZIN FÜR POLITIK UND KULTUR

HEFT 8 AUGUST 1987 6,- DM C 4143 E

DOCUMENTA:
Nepp und Nippes

WALDHEIM:
Der Stephansdom packt aus

St. PAULI HAFENSTRASSE

Bullen vor dem Tor zur Welt

VORSICHT!

Deutschland erwacht

Ali Wallraff und die Türken

Diederichsen über Bolschewik-Chic

Konkret

in konkret August 1987

Von Konkret

Buch des Monats: Literatur? Deutsch? Gegenwart? Verreckt! von Matthias Altenburg

Über den Nachlaßband »Erkundungen« von Rolf Dieter Brinkmann

An Konkret

Alfons und das Chaos von Hermann L. Gremliza

Gewonnen, aber nicht gesiegt von Dirk Messner

Südkoreas Militärdiktatur ist am Ende. Oder doch nicht? Seit sich die Studentendemonstrationen zur Revolte ausgeweitet haben, zeigt sich das Regime kompromißbereit. Einigen genügt das schon. Den USA sowieso. Aber auch Teile der bürgerlichen Opposition möchten die Demokratisierung nicht zu weit treiben und stehen für ein Bündnis mit den alten Machthabern zur Verfügung

DEUTSCHLAND VOR! von Oliver Tolmein

Wir Deutschen (West) haben unsere Vergangenheit bewältigt. Nun wollen wir die Zukunft der Deutschen (Ost), der Polen, Tschechen, Russen undsoweiter bewältigen. Oliver Tolmein hat die ideologische Ostfront besichtigt

Hüben wie drüben - jeder Stein 5 Mark von Uwe Klußmann

Während man sich schon nicht mehr wundert, daß die Grünen im Bundestag sitzen, wundern sich diese über Gorbatschows Leninismus und meinen, die Mauer müsse weg, Lenin begraben, sein Mausoleum abgerissen und die DDR dürfe nicht zum Ausland werden. Wegen der Portogebühren. Diese und andere Probleme diskutierten die Grünen bei einer Klausurtagung. KONKRET-Autor Uwe Klußmann belauschte sie dabei

Die Reihen fest geschlossen von Otto Köhler

Es sind immer die gleichen Wendehistoriker, die die Geschichte um- und neuschreiben, in bester Tradition. Mit drei neueren Büchern wird nicht nur deutschtump ein Nationalismus geschürt, der ehemalige Marinerichter und Exministerpräsident Filbinger reingewaschen, sondern auch die Massenausrottung der Juden erklärend entschuldigt.

Die Hafenstraße von Andreas Herzau

An Hamburgs Hafen wohnen 100 Menschen in acht besetzten Häusern. Seit fünf Jahren bewahren sie die Gebäude vor dem Abriß, um darin billig zu wohnen und nach eigener Fason zu leben. Seit fünf Jahren führt der Hamburger Senat eine Schlacht gegen die Bewohnerinnen, in deren Verlauf es viele Auseinandersetzungen am Tisch und auf der Straße gab. Drei Mal wurden die Hauser samt Bewohnerinnen, in der Millionenstadt zum Wahlkampfthema. Die Lösungen heißen nach wie vor: Mietverträge oder Abrißkugel. Acht Abschnitte über acht Häuser in einer Straße: Die Hafenstraße

Diesseits der Utopie? von Hans-Joachim Lenger

Vertrauenssache von Helmut Lorscheid

Nicht nur U-Boot-Konstruktionspläne bekommt der Apartheid-Staat aus westdeutschen Landen. Trotz des von der BRD mitgetragenen UNO-Rüstungsembargos, das vor zehn Jahren beschlossen wurde, sind bundesdeutsche Unternehmen und Regierungen jedweder Couleur allzeit bereit, dem südafrikanischen Rassistenstaat zu Lande, zu Wasser und in der Luft hilfreich zu

sein.

»Wählen ist ein irrationaler Akt« von Wolfgang Schneider

Es ist der Brauch, wenn alles vorbei ist: Faschismus, Terror, Krieg, in historischen Studien zu ermitteln, wie sich das Unheil angekündigt hat, wer es vorbereiten half und wie. Zur Zeit wird gerade die bürgerliche Demokratie abgeschafft - noch nicht in der Praxis, umso mehr aber in der Theorie. Fast alle Täter sind angesehene Professoren, manche Nobelpreisträger und Regierungsberater. Wolfgang Schneider stellt die Herren und ihre »Neue Politische Ökonomie« vor

Basken gibt's gar nicht. Entweder Spanier. Oder Franzosen. Oder Terroristen von Rüdiger Grothues

In den letzten Apriltagen des Jahres 1937 wurde die baskische Stadt Guernica mit deutscher Gründlichkeit eingeebnet. Franco hatte nichts dagegen. Die Basken sollten getroffen werden. 50 Jahre später geben die Basken noch immer keine Ruhe. In Madrid regiert ein Sozialdemokrat, in Pamplona ist Hemingways Stammcafé ein Bingosaal und die Basken sind weiterhin die Terroristen.

Magazin

Platzanweiserin von Dietrich Kuhlbrodt

Bücher von Wolfgang Pohrt

Kassel - Documeta von Thomas Kapielski

Wallraff ganz unten durch von Levent Sinirlioglu; Taner Aday

Die Show ist gelaufen: Erst durften die Türken den Wallraff anmachen, dann durfte Wallraff zurückkeilen – einmal hin, einmal her, rundherum das ist nicht schwer. Das Unterhaltungsmagazin »Spiegel« ließ den Vorhang fallen, bevor das Spiel ernst werden konnte. Deshalb antworten Levent Sinirlioglu und Taner Aday auf Wallraffs »Spiegel«-Interview nun in KONKRET

von Gabriel García Márquez; Lidice Valenzuela

Das lateinamerikanische Kino, von der Kritik gelobt, vom Publikum nicht sonderlich geschätzt, kann ein bißchen Förderung schon brauchen. Die Kubaner haben den Film-Leuten deshalb in Havanna eine Akademie geschenkt und eine Stiftung zur Finanzierung dazu. Als Fund-Raiser fand sich ein nicht ganz unbekannter Autor. Von Lidice Valenzuela

»Ich weine nicht, ich fluche!« von Michael Scharang

Interview mit dem Wiener Stephansdom - Alles über Gott und die Welt. Alles über Himmel und Hölle. Alles über Wojtyla und Waldheim.

Jude tot, Kultur lebt von Michel R. Lang

Von der nationalsozialistischen Ermordung der Juden haben viele profitiert. Auch die Museen. Sie sind – wie auch immer – zu Werken gekommen, die einst im Privatbesitz waren. Die einstigen Besitzer können ihre Ansprüche nicht geltend machen. Sie leben nicht mehr. Wenn dann doch noch jemand auftaucht, dann wird es wieder so deutsch, wie es schon einmal war. Ein Beispiel aus Hamburg

Bolshevique Chic - Rive Gauche von Diedrich Diederichsen

Kommunismus als Mode. Ist das böse? Schadet das dem Kommunismus? Schadet das der Mode? Ist eines von beiden am Ende wünschenswert?

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Piwitts kleines Feuilleton: Nachsommer von Hermann Peter Piwitt

Die Ehre der Pruzzis/Showgeschäft/Kein Fall von Kunst/Wer hat eigentlich die Wahlen gewonnen/Vom Prinzip Gesindel/Die Kostbarkeit von Pornographie/Der

wahre Jakob

Warten auf Granaten von Hans-Jürgen Schmitt

In Lissabon fühlte sich die Bourgeoisie brüskiert. Hierzulande ist der Roman ein Anschlag auf die Literatur der sanften Heinriche und Bauchnabelbeschauer: »Der Judaskuß« Antonio Lobo Antunes' Erinnerungen an den portugiesischen Kolonialkrieg in Angola

Der Flachmann als Kritiker von Mathias Bröckers

Über den ersten Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb ohne Reich-Ranicki

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/87, S. 4

Von Konkret

1. Aus einem Interview des Nachrichtenmagazins »Spiegel« mit Günter Wallraff:

»Spiegel«: Der Journalist Uwe Herzog hatte behauptet, er habe insgesamt 28 Seiten zum Buch »Ganz unten« beigetragen... KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza wird in der »Basler Zeitung« mit den Worten zitiert, es werfe doch ein bezeichnendes Licht auf die Germanisten, daß sie die unterschiedliche Autorenschaft Wallraffscher Texte nicht schon längst entdeckt hätten. Nun wird in der Literatur-Szene ganz offen darüber diskutiert, es gäbe ganze Bücher, die gar nicht aus Ihrer Feder stammten: Das »Bild«-Buch »Der Aufmacher« beispielsweise stamme von Gremliza. Sie hätten als »Megaphon« und Markenzeichen lediglich für die hohe Auflage garantiert.

Wallraff: Ja, ich habe wohl auch nicht selber in Griechenland im Gefängnis gesessen, und wahrscheinlich ist dort auch ein anderer an meiner Stelle gefoltert worden. Und Hans Esser bei »Bild« war ein Double von mir. Das sind Tratschereien einer gewissen Wichtigtuer-Szene. Aber im Ernst: Es haben – das ist gar kein Geheimnis – bei meinen Büchern andere geholfen, und zwar auf unterschiedlichste Weise.

»Spiegel«: Präzisieren Sie uns das bitte?

Wallraff: Was das »Bild«-Buch betrifft haben mir die Freunde von KONKRET insofern geholfen, als sie für mich Archive gewälzt haben, indem sie für mich die Geschichte des Springer-Konzerns mit recherchiert haben. Dann hat tatsächlich Hermann Gremliza das Buch redigiert. Er hat das so redigiert, wie es eigentlich mein Lektor vom Verlag hätte machen sollen, der aber zu der Zeit einen Böll-Roman bearbeitete und daher beim allerbesten Willen zeitlich nicht in der Lage war.

Wenn sich jetzt bloß die Germanisten nicht zu fragen beginnen, von wem die Böllschen Texte in Wirklichkeit stammen! Um aber die Tratschereien einer gewissen Wichtigtuer-Szene ein für allemal zu beenden, haben wir – einer früheren Übung folgend – die Archive gewälzt und können mit Bestimmtheit sagen: Günter Wallraff hat recht. Er hat selber in Griechenland im Gefängnis gesessen.

2. Aber im Ernst? Im Ernst hat das Bundesverfassungsgericht dem Neuen Konkret Verlag zum 30jährigen Jubiläum von KONKRET eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. Ältere Leser werden sich erinnern, daß der Karikaturist Rainer Hachfeld in KONKRET 7/80 eine Zeichnung veröffentlicht hatte, die zwei kopulierende Schweinchen zeigte. Das eine, obere, trug die Züge des bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß, das andere war als »die Justiz« zu identifizieren. Auf Antrag des CSU-Vorsitzenden verknackte das Hamburger Amtsgericht den Zeichner Hachfeld wegen Verunglimpfung. Die Berufungsinstanz, das Landgericht Hamburg, sprach Hachfeld frei. Strauß und die Staatsanwaltschaft legten Revision beim Hamburgischen Oberlandesgericht ein, dessen Richter das Urteil aufhoben und beim Landgericht ein neues, für Hachfeld negatives bestellten. Gegen diesen Erlaß rief Hachfeld das Bundesverfassungsgericht an, dessen Erster Senat unter Leitung des Filbinger-Zöglings Roman Herzog nun endgültig entschied, daß in Karlsruhe nicht unrecht sein könne, was dem Oberlandesgericht in Hamburg recht war. Kurzum: Hachfeld sei zu bestrafen. Zwar seien seine Schweinchen »Kunst im Sinne der Grundrechtsgewährleistung des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz«, aber außerdem halt auch eine Schweinerei, durch welche die Ehre des bayerischen Ministerpräsidenten verletzt werde.

Zu Hachfelds Verfassungsgeschwerde hatten sich gegenüber dem Karlsruher Gericht in Stellungnahmen geäußert:

1. Der bayerische Ministerpräsident: Die Verfassungsbeschwerde sei »unbegründet«.

2. Der Bundesminister der Justiz: dito.

3. Die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Und was, glaubt man, tat diese sozialdemokratische Wächterin am Tor zu Welt? Dieses: »Sie tritt den ihrer Auffassung nach überzeugenden Argumenten in der Stellungnahme des Bayerischen Ministerpräsidenten bei.« Den Schweinchen ist alles Schwein.

Hachfelds Strafe und Kosten trägt der Neue Konkret Verlag. Danke für die Blumen.

Konkret 08/87, S. 6

Matthias Altenburg

Buch des Monats: Literatur? Deutsch? Gegenwart? Verreckt!

Über den Nachlaßband »Erkundungen« von Rolf Dieter Brinkmann

Man muß Brinkmann vor seinen Bewunderern schützen. Vor den schmalbrüstigen Rezensenten, denen es gar nicht rrradikal genug sein kann. Vor den grimmigen Epigonen aus besserem Haus. Vor den Angry Young Men, die dann später doch ganz alert können, weil sie nicht, wie er, vor der verfaulenden Brust ihrer Mutter aufwachsen mußten. War denn niemand da, der Brinkmann vor sich selber hätte schützen können?

Wer sonst nichts über den toten Dichter weiß, der hat doch wenigstens von jener Veranstaltung in der Westberliner Akademie der Künste gehört, als Brinkmann, ein Exemplar seines Romans im Anschlag, auf Marcel Reich-Ranicki zielte und rief: »Wenn dieses Buch ein Maschinengewehr wäre, würde ich Sie über den Haufen schießen.« Ranicki hat das wohl gebraucht. Jedenfalls überschrieb er, als Brinkmann 1975 in London unter ein fahrendes Auto gelaufen war, seinen Nachruf mit den Worten »... aber ein Poet war er doch« und gab sich alle erdenkliche Mühe, das Werk des Autors seiner eigenen Ästhetik einzuverleiben. Ranicki über Brinkmann: »Die deutsche Literatur ist um eine Hoffnung ärmer.« Brinkmann über den Kulturbetrieb: »Die Toten bewundern die Toten.«

Wäre die Wirklichkeit vor 15 Jahren gewesen, wie Brinkmann sie beschrieben hat, dieses Land wäre längst kollabiert. Im Oktober 1971 notiert er in sein Tagebuch: »Von einem schmierigen, stinkenden, nebeligen Dunst verstopfte Straßen / riecht wie in einem alten Bahnhof mit grauer abgestandener Luft/.../: verpißte und verkotete Bürgersteige, alte Straßenbahnfahrkarten und Zeitungspapier, schwarze Ölflecken, Kippen, ein paar Blätter, stinkende Blechkisten, erloschene Kinoeingänge«. Sätze, tatsächlich, wie Maschinengewehrgarben. Sätze, wahllos herausgegriffen aus einem vierhundertseitigen Journal. Wo Brinkmann hinschaut, ist Dreck. Nein, das war nicht unsere Wirklichkeit damals. Aber sie ist es geworden. Literatur als Frühwarnsystem.

Als Brinkmann dieses Tagebuch schreibt, geht es ihm schlecht. Seine Wohnung ist zu eng, zu laut; es fehlt an Geld und an Ruhe. Je mehr er als Autor reüssiert, desto brüchiger wird sein Selbstverständnis: »Dieses permanente Schwanken, dieses Posieren, ich als Schriftsteller, alles ein Blödsinn. Was habe ich zu sagen?« Seit Erscheinen seines Romans hat er nichts eigenes mehr veröffentlicht. Es passieren keine Geschichten. Oder doch nur immer die gleichen und die sind längst erzählt. Also häuft er Material an, notiert er alltägliche Beobachtungen und setzt sich schreibend zur Wehr gegen eine Welt, die er mehr und mehr als ein gegen sich gerichtetes Waffenarsenal erfährt: »Dieses Scheißhaus Wirklichkeit«, »das Land, ein großes Arbeitslager voll lebender Gespenster«, in dem nur noch ein »fantomhaftes Leben« möglich ist. Er mag die Menschen nicht. Wenn er von ihnen spricht, dann heißen sie »Schwänze«. »Fotzen«, »lebender Abfall«, »tote Witze«. Er zitiert Sartre: »Die anderen, das ist die Hölle« und fügt hinzu, daß der Franzose einen zweiten Gedanken unterschlagen habe, nämlich den, »daß die Anderen immer in einem Selber sind.« Und so richteten sich Brinkmanns Tiraden letztlich auch immer gegen ihn selbst. Während er seinen Kollegen vorwirft, durch Verbalisierung die Realität festzuschreiben, reiht er selbst wie besessen Worte und Bilder aneinander. Während er auf die Konditionierung des Bewußtseins schimpft, sind seine Texte doch der beste Beweis dafür, daß es eine voraussetzungslose Perzeption nicht gibt, nicht geben kann. Wo die Werbung den schönen Schein produziert, produziert Brinkmann das häßliche»Pendant dazu. Auch das ein Ritual. Und je öfter er merkt, daß auch er seinen Programmierungen auf den Leim kriecht, desto größer wird sein Mißtrauen gegen den eigenen Beruf: »Literatur? Deutsch? Gegenwart? Verreckt!«. Und weil er wohl selber spürt, wohin sein allumfassender Haß ihn führen könnte, ruft er sich gelegentlich in Erinnerung, daß es die Aufgabe des Schriftstellers sei, gegen die Abrichtung »zum psychosomatischen Selbstmord zu schreiben«.

Er bevorzuge gehobene Unterhaltung, sagte mir neulich der gutgekleidete Redakteur einer großen Tageszeitung, deshalb sei er an einem Beitrag über Rolf Dieter Brinkmann nicht interessiert; aber wenn ich mal was über Handke hätte... Es war genau dieses einträgliche Parlando, tagtäglich in allen Medien reproduziert, was Brinkmann zu immer neuen Wutausbrüchen trieb. Er sah, wie die Zweitverwerter von Literatur immer mehr Geld verdienten, während er sich überlegen mußte, ob sein spärliches Budget für eine zweite Bratwurst noch ausreichte. Er sah, wie der wabernde Schwachsinn aus allen Kanälen kroch, während seine wachsende Verzweiflung ihm die Kraft zur literarischen Synthese nahm. Er sah »die von Ideen verpestete Gegenwart« und übersah, wem diese Ideen nützen.

Jeder Tag wird zum Überlebenskampf in einer ruinösen Großstadt. Und galt ihm die Gegenwart einige Jahre zuvor noch als Garant für die Möglichkeit einer intensiven Existenz, so beschreibt er sie jetzt als Gefängnis, welches das Bewußtsein durch eine Unzahl bunter, lauter Reize gefangensetzt. An Zukunft ist nicht zu denken unter solchen Bedingungen und die Vergangenheit ist ihm auch bloß jener übermächtige Grund für die gegenwärtige Misere. Er haßt seine Kindheit, die eine Phantasmagorie aus Armut, Krankheit und Tod war, in der er »die Rückführung aus den Häusern in Erdhöhlen, Bunker« und »das Regradieren der Menschen zu Insekten« erleben mußte. Er will seine Herkunft nicht akzeptieren und wird immer wieder zurückgeworfen auf sie. So scheint es weder zeitlich noch räumlich einen Ausweg zu geben für Brinkmann. Und

das, worum die meisten seiner Fantasien kreisen, die Sexualität, will ihm vorkommen als Konzentrat des ganzen Elends dieser Welt: »Ja, das würde ich gerne erleben, was denn passiert, wenn kein Mann mehr vor einer Fotze winselt und keine Fotze mehr vor einem Schwanz winselt und keiner mehr Angst hat, daß er da ist.«

Bis dahin aber: »Humans, Go Home«. Daß Brinkmann mehr war, als ein schreibender Amokläufer, belegen jene Passagen in diesem Journal, während deren Niederschrift der Autor die Chance hatte, unbehelligt von den Zumutungen der Außenwelt zu arbeiten. Im Herbst 1971 erhält er die Möglichkeit, für einige Wochen in einer stillgelegten Mühle im Hunsrück zu schreiben. Schon nach wenigen Tagen überträgt sich die Ruhe der Umgebung auf den Tonfall von Brinkmanns Notizen. Die Sätze werden länger, die Zusammenhänge deutlicher und die Formulierungen präziser. Kaum ist der äußere Anlaß für seine Angst, seine Nervosität beseitigt, schon wird die Vorstellung eines anderen, besseren Lebens möglich. Es gelingt ihm, »gegen die jämmerliche Weinerlichkeit der eigenen Resignation«, seinen »Hunger nach Schönheit, Klarheit, Exaktheit, Lebendigkeit» zu benennen. Die Naturbeschreibungen aus dieser Zeit sind von einer so betörenden Intensität, wie sonst nur noch in seinen späten Gedichten. Und den wenigen Menschen, die er während seines Aufenthaltes trifft, begegnet er mit sorgendem Interesse und fast kindlicher Neugier. In den paar Zeilen über das Mädchen am Straßenrand, die freundliche Verkäuferin und über den Bauer, der Schiffselektriker werden möchte, unterläuft der Autor seine antihumane Haltung, die er vorher auf 250 Seiten exponiert hat. Hier, endlich, wird deutlich, was Brinkmann konnte, wenn er bei sich und bei Sinnen war. Und die Gelassenheit hätte man ihm immer gewünscht, mit der er die folgenden Sätze schrieb: »Ja, ich sehe jetzt, weitermachen ist wichtig! Dichten, schreiben, malen, Musik machen, realistisch sein! Genau sein, das Bild finden, den klaren Moment.«

Mit welchem gedanklichen Modell ein Autor sich die Welt erklärt, ist meist ohne Belang für die Qualität seiner literarischen Arbeit. Er kann ein Humanist sein und dennoch achtlos und denunziatorisch mit seinen Figuren umgehen. Er kann ein Misanthrop sein und trotzdem voller Bedacht auf die Menschen seiner Umgebung und auf die Personnage seiner Bücher blicken. Von Brinkmann läßt sich lernen, daß die Literatur keiner Nebenabsichten bedarf, daß jeder Vorwand für's Erzählen höchstens als Tranquilizer für den Dichter taugt. Von Brinkmann läßt sich lernen, daß ein Autor, der was auf sich hält, uns nicht mit seiner Meinung behelligen, sondern seine Augen, Ohren und sämtliche anderen Löcher offenhalten soll, auf daß die Welt ihn heimsuchen kann. Er kann vom Leben halten, was er will, wenn er nur in seiner Arbeit genau ist. Die Literatur ist ein Handwerk; was zählt sind die Details. Und mit Brinkmanns Blick auf die Dinge, würde manchem Schwätzer manches Wort im Halse stecken bleiben. Das wär doch was!

Rolf Dieter Brinkmann Erkundungen für die Präzisierung des Gefühls für einen Aufstand. ReiseZeitMagazin, Rowohlt Verlag, 416 Seiten, DM 38,

Konkret 08/87, S. 8

An Konkret

Nicht witzig

KONKRET 7/87: KOLUMNE »MEIN PECH« ZUM VORSCHLAG AN DIE HAMBURGER GAL, DEN SPD-SENAT ZU UNTERSTÜTZEN VON HERMANN L. GREMLIZA

Politische Witze können aufklären, Subversion vertiefen und sogar zum Denken verleiten. Dein ohnehin erledigter Vorschlag, die SPD zur Durchsetzung ihres eigenen Programmes zu zwingen, ist wie Kunzelmanns Vorschlag an die Berliner AL, wegen substantieller Auszehrung an den nächsten Abgeordnetenhaus-Wahlen gar nicht erst teilzunehmen, nicht witzig, sondern schlicht unpolitisch.

Die Vorstellung, in einer Gesellschaft etwas nach dem Vorbild des Irseer Programms der SPD oder – noch schlimmer – des Hannoveraner Programms der GRÜNEN leben zu müssen, beunruhigt mich ebenso, wie das Modell Deutschland nach CDU-Programmatik. Politische Programme sollen die Massen bewegen, sind aber gottseidank in der Regel nicht viel mehr als Drohgebärden und Makulatur für Richtungsstreit-Fanatiker. Ob Du das Parlament – damit meine ich alle parlamentarischen Ebenen, von der kommunalen bis zum Bundestag – mit 'kühler Verachtung strafst' oder, wie wir alle, genau weißt, daß die An- und Abschalter in den Monopoletagen doch mehr oder weniger machen können, was sie wollen – eine Funktion erfüllen diese repräsentativen Institutionen in der Bundesrepublik: Sie bilden den augenblicklichen Teil der politischen Öffentlichkeit in unserem Land.

Wenn Du irgend etwas verbessern willst, dann bleibt Dir garnichts übrig, als in diesem Raum aus Parlamenten, Verbänden, Gewerkschaften, Demonstrationen und Bürgerinitiativen um Konsens und Mehrheiten zu kämpfen. Da geht es nicht um »Vermittlung«, sondern vor allem darum, unseren Gestaltungsanspruch durch die Demonstration der Ernsthaftigkeit unserer politischen Absichten einzufordern. Wenn Du dazu keine Lust hast, weil Du ohnehin genau weißt, wer, warum, wo im Interesse der gerade herrschenden Kapitalfraktionen unterdrückt, verwaltet und ausbeutet, dann ist es Deine Sache. Ich aber, und mit mir hoffentlich bald die Mehrheit der GRÜNEN, betrachten Politik beileibe nicht als Theater, in dem wir uns, bevor wir auf Rente gehen, noch ein paar Jährchen vergnügen wollen.

Wir wollen die Atom-Kraftwerke abstellen, abrüsten, in vielen Bereichen Selbstverantwortung und Selbstverwaltung erproben, mehr individuelle Freiheitsrechte durchsetzen, den Neo-Nationalismus und das Spekulieren auf eine Neuauflage des Friedrich-Naumannschen Deutschen Sonderweges in Mitteleuropa verhindern. Das alles nicht wegen BAT IIa – übrigens popelig wenig genug – sondern deshalb, weil uns politisches Handeln alltägliche Selbstverständlichkeit, demokratische Lust und Leidenschaft ist. Ich bin davon überzeugt, daß wir das Regieren können – das ist kein Vermittlungsproblem, sondern für uns GRÜNE und viele meiner linken Freunde mehr eine Frage des Selbstbewußtseins...

In Berlin wird, so hoffe ich, die Alternative Liste die hamburger Verweigerei in Deiner oder Kunzelmanns Spielart nicht wiederholen, sondern den Menschen in Berlin die Koalition aus SPD und Alternativer Liste als Hoffnungsschub und Alternative zur im Augenblick saustarken CDU/FDP-Regierung anbieten. Alles andere hat für Berlin und damit auch für 1991 im Bund gar keine Perspektive.

Meinst Du, wir sollten ernsthaft auf den Versuch verzichten, ein solches Programm mit dem von SPD und AL gemeinsam gewählten Bürgermeister Otto Schily durchzusetzen? Auch wenn ich Deine Befürchtungen über die Zukunft der GRÜNEN – gerade weil ich sie ja ziemlich genau kenne – in depressiven Phasen teile, sei versichert, daß es sehr viele gibt, die ähnlich wie ich mit aller Kraft um die GRÜNEN kämpfen.

UDO KNAPP

DIE GRÜNEN, BONN

So originell ist das nicht, was Gremliza vorschlägt. Und neu schon gar nicht. Als Vorschlag von Michael Stamm geistert diese Idee schon seit Jahr und Tag durch die GRÜNEN. Der politische Charme dieser Geschichte ist freilich ziemlich bescheiden. Mich erinnert der Vorschlag eher an die biblische Geschichte und Marias angeblich unbefleckte Empfängnis, die gerade der Frau Ranke-Heinemann so große Schwierigkeiten macht. Oder auch an das bekannte Sprichwort »Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß«.

Im Ernst bieten Gremliza/Stamm nicht mehr als eine Scheinlösung für das Dilemma grüner Politik – Veränderungshoffnungen und Bündniserwartungen hier, Beschränktheit der realen Veränderungschancen unter gegebenen Kräfteverhältnissen dort. Die bedingungslose Tolerierung, die de facto bei der Verwirklichung dieses Vorschlages herauskäme, würde in der politischen Praxis nach außen eben doch als eine Art Koalition wahrgenommen, ohne daß die

GRÜNEN umgekehrt die Möglichkeit hätten, unmittelbar das Handeln der Exekutive zu beeinflußen. Wie wichtig gerade das sein kann, ließe sich an den praktischen Erfahrungen der Tolerierungsphase in Hessen 1983/84 im einzelnen belegen. Wie auch immer: Mitgehangen, mitgefangen – so wäre die relevante Wahrnehmung nach außen.

Wichtiger aber noch sind mir zwei weitere Einwände: 1. Gremlizas Vorschlag brächte die GRÜNEN mehr als einmal in die schizophrene Situation, wohlfeile Attacken gegen die 'Verkommenheit' sozialdemokratischer Regierungspolitik zu formulieren, um dann im letzten Satz der großen Haushaltsrede doch kleinlaut zu versichern, die GRÜNEN werden dem Ganzen doch zustimmen.

2. Wenn, wie Gremliza schreibt, am Ende allein die Beschlußlage der SPD zum entscheidenden Unterstützungskriterium würde, bliebe auf die Dauer gar nicht mehr ersichtlich. weshalb wir nicht gleich den Laden auflösen und in der SPD mitmachen. Es sei denn, Gremliza sieht die eigenständige Rolle der GRÜNEN beschränkt auf den Part einer Vereinigung zum Zwecke der Demonstration von Gesinnung. Das aber verträgt sich gerade nicht mit seiner eigenen – richtigen – Anmerkung, die Partei müsse »wieder als Mittel zu bestimmten Zwecken begriffen werden«.

So schön es wäre, wenn irgendein deus ex machina den Ausweg aus den von niemandem geleugneten Schwierigkeiten des »Koalo«-Weges aufzeigte, Stamm/Gremliza sind es nicht. Der Vorschlag dient wohl eher zur Beruhigung des radikalen Gewissens von Leuten, die immerhin realistisch genug sind, um zu sehen, daß der harte Hamburger Fundi-Weg uns wahlpolitisch in den Niedergang, praktisch-politisch ins gettoähnliche Abseits bringt und quer liegt zu den Veränderungshoffnungen vieler Menschen, andererseits aber vor der Einsicht zurückschrecken, daß vielleicht *viel mehr* als in Hessen unter den gegebenen Kräfteverhältnissen schlicht nicht drin ist. Im Übrigen ist es auch ein bißchen viel intellektueller Zynismus, die eigene Politik einzig nach der Devise auszulegen: Ihr (die Sozialdemokraten) seid Schweine, wir sagen das auch unablässig öffentlich jedem, aber trotzdem wählen wir Euch. Selber aber werden wir uns vornehm und radikaloppositionell zurückhalten und auf den Tag warten, an dem wir Euch mal so richtig vorführen können. Die SPD wird einen Teufel tun und sich darauf einlassen. Und wenn sie es doch täte, dann gewiß nicht allein zu unseren Bedingungen. Unterstellen wir mal, Gremlizas Vorschlag ließe sich doch praktizieren. Ich bin sicher, es würde ihnen ergehen wie manch anderem schon: Sie würden mit viel Getöse links von den Realos starten und rechts davon unsanft wieder landen.

HUBERT KLEINERT

DIE GRÜNEN. BONN

Da für die meisten Grünen die Identitätsfindung im Feld des Politischen Hauptmotiv ihrer Organisierung ist, kann von dieser Gruppierung keine bewußte politische Strategieentwicklung erwartet werden.

Die »Grünen« verkommen immer mehr zum Karrierefeld zurück zum Establishment, begleitet von mehr oder weniger radikalen Tönen. Schily und Ditfurt sind da nur zwei Seiten einer Medaille.

Das Gegenrezept: Mal wieder die blauen Bände lesen.

ANDREAS BECK

BERLIN

TABU GEBROCHEN

KONKRET 6/87: »REICHT DER GEWALTLOSE PROTEST« VON GÜNTHER ANDERS UND LESERBRIEFE.

Ausschließlich Ansichten von Friedensbewegungen, gewaltlosen, »sentimentalen« Scheinprotestierern, die möglicherweise Mahatma Gandhi nacheifernd nicht erkennen, daß es eine andere Zeit und ein anderes Volk war, was sich den Unterdrückern widersetzte.

Im übrigen gibt es nicht die »Wahl zwischen Unschuld und Gewalt, sondern nur zwischen verschiedenen Formen von Gewalt«. (Aus Wolfgang Pohrt, Gewalt + Politik, KONKRET 8/86) Wer den o. a. Artikel als »hingerotzte Aufforderung zum alternativen Massenmord an den ungeliebten Repräsentanten des Systems« versteht, hat nichts begriffen.

SIEGFRIED GRAU

DÜSSELDORF

So, so, Günther Anders forderte also zum »alternativen Massenmord« auf. Von welcher Masse ist hier die Rede? Die »ungeliebten Repräsentanten des Systems« können doch wohl nicht gemeint sein.

Der linke Widerstand in der BRD ist dabei, in »zimmermannsche« Glaubensbekenntnisse zur Gewaltlosigkeit abzurutschen, in der Hoffnung, von den wahren Massenmördern »mal die Schulter getätschelt zu bekommen. Ewige Rechtfertigung zur eigenen Gewaltlosigkeit kann auch ein Mittel sein, von der Gewalt des Systems (wenn auch ungewollt) abzulenken, bzw. sie fast vollständig unter den Teppich zu kehren.

JORG WELLBROCK

HAMBURG

Der Mut von Anders liegt darin, tatsächlich ein Tabu gebrochen zu haben: Er hat die Absicht zu töten deutlich ausgesprochen. Dieses Öffentlichmachen ermöglichst öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung, was wiederum die Lage entspannt und Handlungsmöglichkeiten aufsuchen läßt.

Die Hellsichtigkeit und die hohe Intelligenz des Günther Anders, die Erkennen und Deuten ermöglichen, machen einer unbürokratischen Enge Platz, wenn es ums Tun geht. Was für eine kümmerliche Auswahl: Töten oder Überleben. Ist Deutschland wirklich ein Platz solcher Dürre, solcher menschlicher und politischer Dürftigkeit, daß er diese Alternative erforderlich macht?

DR. W. KUFNER

ÜBERSEE

Konkret 08/87, S. 10

Hermann L. Gremliza

Alfons und das Chaos

Fehlten dem Herrn von Dohnanyi zum Großbürger, dessen Anzüge und Ansichten er so manierlich trägt, nicht Witz und Gelassenheit, oder einfach: Intelligenz; und wäre André Heller mehr als jener phantasielose Spektakulant, der der Langeweile seines Lunaparks mit dem Einfall abhelfen muß, auf den neuere Shakespeare-Inszenierungen ihren Erfolg beim deutschen Publikum so sicher gründen wie die Bud Spencer-Filme, nämlich der Vorführung von Geräuschen, die bei der Aufnahme und Wiedergabe von Nahrung entstehen; wäre es also ganz anders, als es ist, hätte der Hamburger Bürgermeister bei dem Wiener Veranstalter etwas bestellen müssen, was er nun gegen seinen Willen gekriegt hat: die Hafenstraße. Sie ist die hanseatische Attraktion dieses Sommers, gibt dieser zu großen Stadt der zu kleinen Leute, die Weltstadt spielen und zugleich mit Wewelsfleth/Holstein im Wettbewerb um das sauberste Dorf bestehen wollen, einen Schein von Metropole, von Spannung, Vielfalt, Kampf, von Leben.

Magere Tölen ohne Halsband und Hundemarke streunen an diesem Sonntag durch die Menge vorwiegend schwarz gekleideter und unfrisierter junger Leute, die auf der breiten lÉeppe zwischen den Häusern in der Sonne lagern, in Grüppchen herumstehen. Vom Dach dröhnen aus zwei ältlichen Lautsprechern Musik und Nachrichten vom Stand der Besetzung und Renovierung. Die Hauswände sind bemalt, wie es kein Warhol gekonnt hätte, und mit Sprüchen versehen, die keinem Zadek einfielen: »Stalin lebt«. Ein Spruchband grüßt die Revolutionäre in Managua. Die Häuser sind mit Sperrmüll-Teilen und Stacheldraht verkleidet bis aufs Dach, gegen Angriffe von Hubschraubern.

Schon am Baumwall gerät der Verkehr ins Stocken, an diesem Sonntag. In langen Kolonnen fahren die braven Bürger einmal nicht zu Hagenbeck. Kein Trommelwirbel und kein Conferencier muß sie auffordern, doch ein bißchen atemlose Spannung empfinden zu wollen: Spätestens bei den Landungsbrücken drücken Papa und Mama ganz von selbst die Verriegelungsknöpfchen ihrer Audis und Opel Asconas runter, kurbeln die Scheiben hoch. Und hinein geht's in die zweihundert Meter lange Geisterbahn.

Hier ist des Volkes wahrer Himmel. Welcher Sinnenkitzel, welche Träume von Gefahr und Rettung, welche Ausbrüche freier Meinungsäußerung in drei Kubikmetern Fahrgastraum: Die müßte man alle da rausholen, an die Wand stellen und ratatatata, ab in die Elbe... Ja was glauben diese Chaoten denn? Daß man leben kann, ohne um 7 Uhr 45 im Büro zu sein, ohne Angst vorm Chef, ohne frisch gebügeltes Hemd, ohne Rasur, Frisur, Dressur, ohne den Raten für die Einbauküche, die Müllers sich noch nicht leisten konnten, hinterherzusparen, ohne Rentenversicherung und Haftpflicht, Krebsvorsorge und Lohnsteuerjahresausgleich, BGB und CDU, SPD und StGB? Und was macht der Staat, der unsereinem bloß Strafzettel für falsches Parken schickt und uns stundenlang in Wartezimmer pfercht, wenn wir mal einen Stempel brauchen? Fisimatenten macht er noch, mit diesem Abschaum! Sondersitzungen des Senats, Pressekonferenzen, Verhandlungsrunden; macht dieses ungewaschene Pack noch wichtig, zu richtigen Stars. Also wenns nach mir ginge...

So fühlt sie, die Majorität, die in Hamburg auch deshalb so heißt, weil sie sich aus den Wählern des Majors Alfons Pawelczyk (SPD) und des Majors Hartmut Perschau (CDU) zusammensetzt. Dieser Majorität und ihren Majoren genügt es nicht, neunzig oder gar 95 Prozent zu sein. Auch 99 wären nicht genug. Das trostlose Leben des Staatsfreundes, Frühaufstehers, Sozialabgaben- und Streupflichtigen ist ja nur zu ertragen in dem unerschütterten Bewußtsein, daß es ein anderes nicht gibt. Tun auch nur irgendwo ein paar Leute, und seien es von einer Million bloß die hundert in der Hafenstraße, so, als könne es ein anderes, zwar ärmlicheres und gefährlicheres, aber auch wilderes und freieres Leben geben, als könne man leben, anstatt sich leben zu lassen, ist es Ketzerei. Da muß der Staat, der keine anderen Sorgen hat, mit all seiner Macht einschreiten und Remedur schaffen. Die spröden Stellen im Druckbehälter des Atomkraftwerks Stade, ein paar Kilometer Luftlinie von der Hafenstraße, können warten, denn vor ihnen ist alles Leben gleich.

Während die Wähler der Ordnungshüter Pawelczyk und Perschau nicht damit zurande kommen, daß diese »Autonomen« den Aufforderungen der Freunde und Helfer einfach nicht Folge leisten, und deshalb militärische Lösungen verlangen, leiden die in der linken SPD und bei den Grünen ansässigen, fortschrittlicheren Kleinbürger darunter, daß die Leute sich vom Staat nicht helfen lassen und dessen diplomierte Therapeuten davonjagen, als wären es Bullen; daß sie kein Konzept, kein Rezept, keine Lösung wollen, sondern leben, wohnen, ohne Staat. Nicht einmal am Besten, was der Fortschritt zu bieten hat: an einem sozialtherapeutischen Modellversuch, wollen sich diese entarteten Karnickel beteiligen. Was sagt man!

Und um dem Faß die Krone hinter die Ohren zu schreiben, tritt auf: der Autonome als Millionär. Ausgerechnet aus der Klasse, die einen zwar das ganze Jahr kujoniert, deren Vertreter aber doch tief genug in dem staatstragenden Geflecht von Beziehungen, Vor-, Rück- und Nachsichten und gegenseitiger Erpreßbarkeit stecken, um sie mit Genehmigungen, Erleichterungen, Präferenzen zu Konzessionen, Geschäftchen und Geschäften gewinnen zu können, erscheint jener Reemtsma und verlangt vom Hamburgischen Staat allen Ernstes, seinen Souveränitätsanspruch auf einhundert Bürger und

acht Häuser für ein Weilchen zu suspendieren und auf das Recht, als Hausbesitzer die Bewohner schikanieren zu können, für immer zu verzichten. Sie sollten die Unregierbarkeit einer ganzen Häuserzeile anerkennen, sich und ihre Wähler dazu zwingen, die Existenz von Staatsfeinden zu ertragen, als ob es Menschen wären.

Es dauerte, bis der regierende Ausschuß begriff, beim Polizeisenator Pawelczyk nicht so lange wie bei seinem Bürgermeister, dem freilich auch zum rabiaten Kleinbürger die Chuzpe fehlt. (Er ist und bleibt ein Trottel.) Schließlich versuchten sie, vor den Chaoten deren Mäzen zu therapieren – mit einem ganzen Stundenplan voll Einführungsseminaren und Nachhilfekursen in sozialdemokratischer Realpolitik. Daß dies mißlang, machte sie so böse wie jenen braven »Spiegel«-Redakteur, der noch keinem Anzeigenkunden was zuleide tat und doch den Millionär nun eine »beleidigte Diva« nannte. So rasch tritt ein Schäumchen vors Mündchen, wenn einer tut, was man selbst nie wird dürfen. Ein anderer klagte im »Hamburger Abendblatt: »Die Bewohner der Hafenstraße dürfen sich Dinge herausnehmen, die sich sonst kein Hamburger ungestraft erlauben darf.« Damit, daß man selber nichts darf, weil sonst die Polizei oder der Verlagsdirektor zuschlägt, könnte man bis zur Rente durchhalten, wenn es nicht andere gäbe, die sich's herausnehmen.

Umso bitterer, wenn es einer tut, der nicht gerade an dem Verbot leidet, unter Brücken zu nächtigen. Schlimm genug immer noch, wenn es die tun, die die Not treibt; denen nichts offensteht in der Ordnung von Staat und Gesellschaft als die Be- und Verwahranstalten, die Psychiatrie oder der Knast. Das ist, jawoll Herr Bezirkssekretär, nicht die revolutionäre Klasse, sondern bloß ein unübersichtliches Gemenge, rebellisch, chaotisch und ganz schön frech.

Ob sie eine Perspektive haben? Ich glaube nicht. Ob die eine Zukunft hätte? Ich denke: nein. Doch wenn sie nichts wollten als leben und wohnen in ihrer Hafenstraße, unbehelligt von Bullen und Sozialarbeitern, wären sie immer noch eine Gott und Marx wohlgefälligere Erscheinung als ein sozialdemokratischer Polizeisenator. Und wenn sie den beim Regieren stören, fallen sie nicht der Revolution in den Rücken.

Konkret 08/87, S. 12

Dirk Messner

Gewonnen, aber nicht gesiegt

Südkoreas Militärdiktatur ist am Ende. Oder doch nicht? Seit sich die Studentendemonstrationen zur Revolte ausgeweitet haben, zeigt sich das Regime kompromißbereit. Einigen genügt das schon. Den USA sowieso. Aber auch Teile der bürgerlichen Opposition möchten die Demokratisierung nicht zu weit treiben und stehen für ein Bündnis mit den alten Machthabern zur Verfügung

Südkorea im Juni. In allen größeren Städten kommt es zu Protestdemonstrationen gegen die Militärdiktatur. Fast eine Million Südkoreaner sind auf den Beinen. Die Polizei feuert Tränengasgranaten in die Menge. Vier Studenten sterben, Tausende werden verhaftet. Die Menschen wehren sich mit Steinen und Molotowcocktails, bauen Barrikaden und stürmen Polizeistationen. Aus den Straßenkämpfen wird eine Revolte.

Die radikalen Studenten, anfangs isoliert von der übrigen Opposition, bekommen unvermittelt Unterstützung aus der Bevölkerung. Angestellte aus den Bürohochhäusern der Seouler Innenstadt, sogar Geschäftsleute ermuntern die Demonstranten. Aber auch in den Arbeitervierteln und in den Slumgebieten der Vorstadt verstärkt sich der Widerstand gegen das Regime.

Für ein paar Wochen beherrschen die Unruhen in Südkorea die Schlagzeilen der internationalen Presse. Die Diktatur des Chun Doo Hwan – oft als Modell für die Entwicklungschancen eines »Schwellenlandes« unter kapitalistischen Vorzeichen gerühmt – scheint auf dem Weg zur Demokratie. Vor allem eine Frage beschäftigt die bürgerlichen Medien: »Gefährden die Ereignisse in Südkorea die Olympischen Spiele 1988?« Internationale Aufmerksamkeit verdankt die Revolte der weltweiten Sorge um die Austragung der Spiele. Mehr noch: Weil viele Presseagenturen – auch dpa – mit Blick auf die Olympiade in den letzten Monaten Büros in Seoul eröffnet hatten, wurden die Unruhen überhaupt so schlagzeilenträchtig zur Kenntnis genommen. Durch diese Art der Berichterstattung, die übrigens typisch ist für die Ignoranz gegenüber der Dritten Welt, wurde der Eindruck erweckt, als sei der Aufstand im »Land der Morgenstille« über Nacht über das Land hereingebrochen. Der Widerstand gegen das Militärregime hat aber eine lange Geschichte.

Kwangju 1980 – Wende für die Opposition

»Draußen krachte das Maschinengewehrfeuer, man hörte Menschen schreien und das Brummen von Flugzeugen, aus denen Militärs über der Stadt absprangen. Ich lief aus der Kirche, da schlugen mich Soldaten mit Gewehrkolben nieder und stießen mich die Treppe hinunter. Sie traten mir in den Bauch, und prügelten mit Schilden auf mich ein. Erst drei Tage später wachte ich im Krankenhaus aus der Bewußtlosigkeit auf.« Der heute 27jährige Kwak Don Hee berichtet über den Aufstand vom 18. Mai 1980. Seit jenen Tagen ist Kwak sprachbehindert, seine Hände sind durch die Folterungen verkrüppelt, ohne fremde Hilfe kann er sich nicht mehr auf den Beinen halten. Wir begegnen uns am Rande einer Gedenkzeremonie auf dem Friedhof von Kwangju, auf dem einige der Opfer des Aufstands begraben sind.

Zehntausende hatten damals in Kwangju gegen den durch einen Putsch an die Macht gelangten Chun Doo Hwan demonstriert. Doch der neue Diktator ließ am 20. Mai Elitetruppen von der Grenze nach Nordkorea abziehen und die Stadt Kwangju belagern. Am 21. Mai rückten Panzer vor, Fallschirmspringer fielen in die Stadt ein. In den folgenden Tagen richtete die Armee ein Blutbad an, das noch heute als schwere moralische Hypothek auf der Junta lastet.

Für die Opposition stellte das Massaker eine Zäsur dar. »Diese schwerwiegende militärische Operation kann unmöglich ohne die Zustimmung der USA vonstatten gegangen sein, immerhin wird die 600 000 Mann starke südkoreanische Armee von einem amerikanischen Oberbefehlshaber kommandiert«, erklärt mir einer der damaligen Führer des Aufstandes. Diese Einschätzung wird von fast allen Oppositionellen geteilt und ist der Grund für den zunehmenden Antiamerikanismus in Südkorea seit Beginn der 80er Jahre. Besonders die Studentenbewegung, bis dahin an bürgerlichen Demokratiemodellen interessiert, wurde durch die offene Komplizenschaft zwischen der westlichen Supermacht und der Militärdiktatur aufgeschreckt und orientiert sich seit dem blutigen Mai 1980 eher an marxistischen Theorien und steuert eine sozialistische Umgestaltung der südkoreanischen Gesellschaft an.

Seit den Tagen von Kwangju haben die meisten Studenten ihre Hoffnung auf friedliche Reformen begraben, während die bürgerliche Oppositionspartei weiterhin auf Verhandlungen mit der Regierung setzt mit dem Ziel einer nationalen Aussöhnung. Der Graben zwischen den verschiedenen Flügeln der Opposition schien unüberbrückbar. Bis vor wenigen Wochen. Seit Anfang Juni kämpft die Opposition gemeinsam im ganzen Land gegen das Regime, dem es gelungen ist, nach und nach bald alle Bevölkerungsteile gegen sich aufzubringen. Mit der Erklärung des Diktators vom 13. April dieses Jahres, in der jede Diskussion über eine Änderung der Verfassung und über ein demokratisches Wahlrecht verboten und auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, verprellte Chun Doo Hwan auch noch die konservative, auf langsame Reformen vertrauende Mittelschicht, die bis dahin die tragende Säule des Regimes war. Damit hat sich die Diktatur ihrer sozialen

Basis beraubt und der gespaltenen Oppositionsbewegung zur Zusammenarbeit verholfen.

Brutalisierung des Alltags

Mit der seit drei Jahren betriebenen Zerstörung der Slums von Seoul ist es der Regierung gelungen, eine weitere, bis dahin eher unpolitische Bevölkerungsgruppe gegen sich aufzubringen. Drei Millionen Menschen sollen bis zu den Olympischen Spielen umgesiedelt werden, damit sich die Zwölf-Millionen-Stadt als moderne, saubere Metropole der Weltöffentlichkeit präsentieren kann. Zwar sind es gerade die Marginalisierten, zu denen auch ein Teil der Arbeiterklasse zu zählen ist, die in den letzten zwei Jahrzehnten um die Früchte des »Wirtschaftswunders« betrogen wurden und daher allen Grund zu protestieren gehabt hätten. Doch bislang war es in den großstädtischen Elendsvierteln ruhig geblieben. Inzwischen haben die Opfer des jüngsten südkoreanischen »Entwicklungsprojekts« angefangen, sich zur Wehr zu setzen. Sie verteidigen ihre Häuser gegen die Zerstörung. Denn nur 5% werden überhaupt eine neue Wohnung finden. Alle anderen werden weiter hinausgedrängt an den Stadtrand, wo die Chancen, Arbeit zu bekommen, noch geringer sind.

Ende April wurde das Slumviertel Sang Se Dong gegen den erbitterten Widerstand seiner 1500 Bewohner abgerissen. Nur wenige Häuser blieben, halb zerstört von den Abrißbaggern, stehen, wurden aber von ihren Besitzern weiterhin bewohnt, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben. Am 6. Mai stürzte eine dieser baufälligen Hütten zusammen und begrub den 8jährigen Dong Gun unter den Trümmern. Der Junge war auf der Stelle tot. Erst am späten Abend wurde der Mutter Einlaß in das Krankenhaus gewährt, in das man den Leichnam des Kindes gebracht hatte. Der Vater wurde vor dem Hospital von der Militärpolizei niedergeschlagen und verhaftet. Am kommenden Tag stürmten Polizisten das Krankenhaus, verhafteten die Mutter, stahlen die Leiche des 8jährigen und ließen sie verbrennen. »Es ist nicht das erste mal, daß so etwas passiert«, erklärt der seit über 10 Jahren in der Slumarbeit tätige amerikanische Theologe John Daly. »Die Verantwortlichen wollen verhindern, daß eine richtige Grabstätte errichtet wird, die dann möglicherweise Ausgangspunkt neuer Proteste werden könnte. Alle Beweismittel und selbst die Opfer des Terrors sollen möglichst vollständig von der Bildfläche verschwinden.«

Kwangju 1987 – Der Anfang vom Ende

Bereits im Vorfeld der diesjährigen Demonstrationen zur Erinnerung an das Massaker von Kwangju 1980 sind Hunderte von Oppositionsführern verhaftet, die Familien der Opfer unter Hausarrest gestellt und die Provinzhauptstadt Kwangju von der Militärpolizei und paramilitärischen Truppen regelrecht besetzt worden. Trotzdem gelingt es am 18. Mai etwa 1000 Menschen, auf den Friedhof weit außerhalb der Stadt zu kommen, um der Toten zu gedenken und gegen die Diktatur zu demonstrieren. Unter ihnen viele Angehörige der Opfer des Massakers, die sich in den Tagen zuvor bei Freunden versteckt gehalten haben, um sich der präventiven Verhaftung zu entziehen. Der Friedhof bietet eine furchtbare Szenerie. Mütter und Großmütter kauern vor den Gräbern ihrer Söhne und Enkel, weinen und schmücken die Grabstätten mit Blumen und Bildern der Ermordeten.

Plötzlich haben die »Mütter von Kwangju« einige Zivilpolizisten ausgemacht, die jene Diktator-Puppe zu stehlen versuchen, die am Ende der Zeremonie verbrannt werden soll. In Sekundenschnelle entlädt sich der Haß. Mit Stöcken schlagen die Frauen auf die flüchtenden Polizisten ein und ein Steinhagel folgt dem davonfahrenden Fahrzeug. Ein weiteres Auto, das die Flüchtenden in der Eile zurücklassen, wird von den Frauen in Brand gesteckt.

Nach Ende der Gedenkfeier verlassen die meisten das Gelände w Fuß oder mit Fahrrädern, während ich mich in den Bus dränge, mit dem die Überlebenden von Kwangju 1980 gekommen sind. Viele von ihnen sind noch heute behindert. Nach nur 2 km wird der Bus gestoppt. 500, wie immer bei solchen Anlässen mit Gasmasken und Tränengasgewehren ausgestattete Militärpolizisten haben die Straße abgeriegelt. »Das wird die Rache für das angezündete Auto von heute morgen,« fürchtet eine Frau neben mir. Und tatsächlich gehen die Militärs mit unglaublicher Härte vor. Zunächst scheint es, als wollten sie den Bus passieren lassen, die Sperre wird geöffnet, doch im gleichen Moment schmeißt die Militärpolizei die Scheiben des Busses ein und schießt Tränengas hinterher.

Panik bricht aus, die Menschen stürzen auf die Straße. Die Blinden und Gehbehinderten kriechen aus dem Bus, schreien um Hilfe und halten sich die Hände vors Gesicht. Die Polizei hat ein Giftgas eingesetzt, das Hautverbrennungen verursacht. Von der Regierung wird es als das effektivste Aufstandsbekämpfungsgas der Welt gepriesen. Unfaßbare Szenen spielen sich ab. Jugendliche und alte Frauen stürzen sich auf die martialisch aussehenden »Gasmaskenmilitärs« und schlagen mit blanken Fäusten auf sie ein. Einige junge Leute werden niedergeknüppelt und in die bereitstehenden Gefangenenbusse gezerrt, alte Frauen werden getreten und in den Straßengraben gestoßen. Dort liegt auch der 27jährige Kwak Don Hee, mit dem ich bereits auf dem Friedhof gesprochen habe. Er zittert am ganzen Körper, sein Gedicht ist rotgeschwollen. Mit seinen verkrüppelten Händen versucht er vergeblich Wasser aus dem Straßengraben zu schöpfen, um sich zu kühlen.

Solche und ähnliche Erfahrungen hat in den letzten Jahren in Südkorea jeder machen müssen, der sich trotz des Demonstrations- und Versammlungsverbots an den Protestaktionen der Opposition beteiligt hat. Tausende von Menschen sind in den Gefängnissen gelandet oder in den Fängen des K$IA, des südkoreanischen Geheimdienstes, der wegen seiner Foltermethoden zur Erpressung von »Geständnissen« gefürchtet ist. Doch das Chun-Regime hat die alte Weisheit, nach der Macht die Fähigkeit ist, nicht dazulernen zu müssen, zu häufig auf die Probe gestellt. Trotz der ökonomischen Erfolge in den 80er Jahren ist die Legitimationsbasis der Regierung immer weiter zusammengeschmolzen.

Koalition für eine demokratische Verfassung

Mit der Ankündigung Chun Doo Hwans vom 13. April, jegliche Diskussion auch mit der konservativen Oppositionspartei über demokratische Reformen zu unterbinden, hat die Militärregierung den Bogen überspannt und auch noch die Teile des Bürgertums, die bisher auf langwierige Reformen gesetzt hatten, zu Regimegegnern gemacht.

Mit der »Koalition für eine demokratische Verfassung« ist Ende Mai, als Reaktion auf den 13. April, eine Organisation ins Leben gerufen worden, in der erstmals in der koreanischen Nachkriegsgeschichte alle Flügel der Opposition für den Sturz der Diktatur zusammenarbeiten. Dieses breite, heterogene und letztlich auch sehr fragile Bündnis, von den radikalen Studenten bis hin zu konservativen Oppositionspolitikern, ist das Produkt der Unfähigkeit des Militärregimes, der in den letzten Monaten immer weiter um sich greifenden Proteste Herr zu werden. Chun Doo Hwan hat mit den Mitteln geantwortet, mit denen Militärs sich gemeinhin gut auskennen: mit brutaler Gewalt. Und er hat damit eine Lawine losgetreten, die ihn und seine Anhänger nun zu erschlagen droht.

Es war die »Koalition für eine demokratische Verfassung«, die am 10. Juni, dem Tag, an dem auf Vorschlag Chun Doo Hwans der 54jährige Ex-General Roh Tae Woo von der herrschenden Partei zum Nachfolger des Präsidenten ernannt wurde, zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen hatte – Auslöser und Beginn der größten Massenproteste, die Südkorea im letzten Jahrzehnt erlebt hat. Die Wahl von Roh, der als ehemaliger Kommandant des mächtigen Defense Security Command, der militärischen Geheimpolizei, maßgeblich verantwortlich ist für das Massaker von Kwangju im Frühjahr 1980, war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Drei Wochen lang überschlugen sich die Ereignisse in Südkorea. Demonstrationen wurden brutal von der Militärmaschinerie niedergewalzt. Dennoch beteiligten sich am Freitag, dem 26. Juni, eine Million Menschen in allen Teilen des Landes an den Protesten gegen das Regime; sie wurden von den Tränengasschwaden eingenebelt und von den Militärs durch die Straßen getrieben. Eine weitere Eskalation der Gewalt schien unvermeidlich.

Am folgenden Montag, dem 29. Juni, dann die überraschende Wende, die niemand für möglich gehalten hatte. Während die Militärpolizei noch in der Nacht zuvor Jagd auf jede Ansammlung von Regimegegnern gemacht hatte, verkündete Roh Tae Woo, der Mann, an dem sich der Volkszorn entzündet hatte, ein 8-Punkte Reformprogramm, das den wesentlichen Forderungen der »Koalition für eine demokratische Verfassung« entspricht: direkte Präsidentschaftswahlen, Garantie der Menschenrechte, Pressefreiheit, Freilassung der politischen Gefangenen. Der Jubel ist groß in Südkorea, vor allem in der bürgerlichen Opposition. Doch hat die Opposition tatsächlich gesiegt? Eines ist sicher: sollten die Zugeständnisse des Regimes in die Realität umgesetzt werden, so wäre dies in der Tat ein gewaltiger Fortschritt in Richtung auf eine Demokratisierung nach Jahrzehnten der Diktatur.

Doch die politische Situation in Südkorea ist widersprüchlicher als die während des Sturzes des philippinischen Diktators Marcos im Frühjahr 1986. Während es auf den Philippinen 1986 keine Klassenunterschiede und Interessensgegensätze, sondern nur noch Philippinos auf der einen und Marcos auf der anderen Seite zu geben schien, liegen die divergierenden Interessen innerhalb des breiten Oppositionsbündnisses in Südkorea auf der Hand.

Spaltung der Opposition

Abgesehen davon, daß die Gefahr eines Putsches noch nicht gebannt ist, mit dem in der Nachkriegsgeschichte Südkoreas noch jeder politische Reformansatz blutig beendet wurde, bahnt sich in Seoul ein Kompromiß zwischen der bürgerlichen Opposition und den Repräsentanten der Diktatur an, der Zweifel an einer tatsächlichen Liberalisierung aufkommen läßt. Während die Chun-Regierung in den ersten Tagen der Revolte versuchte, ihr Gesicht zu wahren und zu keinerlei Zugeständnissen bereit war, ging es mit der Zuspitzung des Konflikts nicht mehr nur um einen Gesichtsverlust, sondern um die Köpfe des Regimes selbst. Roh Tae Woo hat deshalb die Flucht nach vorn angetreten. Er versucht sich nun als Retter der geplagten Nation zu präsentieren. In dem Freudentaumel, darauf spekulieren Roh und seine politischen Freunde, könnte man vergessen, die Herrscher und Folterer für ihre Machenschaften in den letzten Jahren zur Verantwortung zu ziehen. So ginge die Diktatur unter, die Träger des Regimes würden bleiben.

Ungeteilte Freude kann angesichts dieser Entwicklung nicht aufkommen. Zufriedenheit wird es bei den USA und in der südkoreanischen Unternehmerschaft geben. Wahrscheinlich wäre von dieser Seite gegen eine Restabilisierung des Chun-Regimes nichts einzuwenden gewesen, das doch recht ordentlich die Verwertungsbedingungen des heimischen Kapitals

und die US-Sicherheitsinteressen verwaltet hat. Doch angesichts der nicht endenwollenden Massenproteste dürften vor allem die USA an einer Kompromißlösung zwischen allen nicht US-feindlichen Gruppen mitgestrickt haben. Ihnen geht es primär um die Wahrung ihrer militärischen Präsens und um die strategische Rolle des Landes in der amerikanischen Kriegsplanung. Südkorea ist der einzige Verbündete der USA auf dem asiatischen Festland, und das einzige asiatische Land, in dem US-Atomwaffen (668 Stück) lagern. Allein 40 000 US-Soldaten sind hier stationiert.

Wenn die USA sich in den letzten Wochen in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Unruhen in Südkorea sehr zurückgehalten haben, dann vor allem, weil die Studentenbewegung und die radikalisierten Arbeiter eine von den Vereinigten Staaten eingesetzte Regierung nicht akzeptieren würden. Seit dem Massaker von Kwangju sind die USA als Stütze des Militärregimes in Seoul innerhalb dieses Oppositionsspektrums diskreditiert. Auch wenn keine ausgereiften Konzepte vorliegen, haben die Studenten und die illegalen Gewerkschaften immer wieder tiefgreifende ökonomische und soziale Strukturreformen, mittelfristig einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg und eine sofortige Aufkündigung der militärischen Allianz mit den USA gefordert. Kompromisse mit dem Militärregime sind für sie undenkbar.

Schon die Tendenz dieser Forderungen ist für die konservative Opposition kaum diskutierbar. Damit sind bereits die Konfliktlinien für die kommenden Auseinandersetzungen vorgezeichnet. Kim Young Sam, Führer der demokratischen Wiedervereinigungspartei und designierter Bewerber für das Präsidentenamt, steht für die von den Studenten abgelehnte Kompromißstrategie. Er ist für die radikale Opposition die Personifizierung der etablierten, aufstrebenden Mittelklasse, die womöglich eine politische Liberalisierung, aber keine grundlegenden ökonomischen und sozialen Reformen anstrebt. Und tatsächlich hat Kim Young Sam bisher keinerlei konkrete Vorschläge in dieser Richtung vorgelegt. Kim Dae Jung hingegen, der zweite wichtige Repräsentant der Oppositionspartei, der die sozialdemokratische Linie verkörpert, wäre möglicherweise in der Lage, auch die Studenten und Arbeiter hinter sich zu bringen. Er gilt aufgrund seines jahrzehntelangen Kampfes gegen die Diktatur, für den er jahrelang im Gefängnis saß, in der gesamten Oppositionsbewegung als glaubwürdig. Im Gegensatz zu Kim Young Sam hat der fortschrittlichere Kim Dae Jung in seinen Interviews und Reden immer wieder Vorschläge für eine Umstrukturierung des südkoreanischen, auf der Ausbeutung billigster Arbeitskraft basierenden Exportmodells unterbreitet. Ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen, plädiert er für eine stärkere Binnenmarktorientierung, eine Stärkung der Gewerkschaften und eine Institutionalisierung des Klassenkampfes – ähnlich der sozialpartnerschaftlichen Modelle in den westeuropäischen Ländern. Dieses Konzept einer fordistischen Gesellschaft, die Massenproduktion und Massenkonsum zu koppeln verspricht, dürfte auch für die koreanische Arbeiterklasse einige Anziehungskraft besitzen. Kim Dae Jung hat darüber hinaus immer wieder den Abzug der amerikanischen Truppen und der US-Atomwaffen aus Südkorea gefordert und ist daher nicht gerade der Traumkandidat der USA.

Die Zurückhaltung Kim Dae Jungs in den letzten Wochen hat dazu beigetragen, daß die Forderung der radikalisierten Volksmassen nach einem sofortigen Sturz der Chun-Regierung nicht durchgesetzt werden konnte.

Was also bleibt von der peoples power in Südkorea? Zunächst viel Skepsis. Zwar ist die Militärdiktatur dank des Volksaufstandes vorerst besiegt, die künftige Rolle des Militärs jedoch noch offen, die alten Machthaber und Repräsentanten des Chun Regimes scheinen ihren Frieden mit der bürgerlichen Opposition schließen zu können, Olympia 1988 ist gerettet, die Amerikaner sind zufrieden, die Börsenkurse in Seoul steigen. Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille.

Ohne die Studenten wäre die Überwindung der Diktatur und die Chance zur Etablierung einer halbwegs bürgerlichen Demokratie undenkbar gewesen. Und zweifellos werden die radikalen, an sozialistischen Ideen orientierten Gruppierungen auch weiterhin in der Opposition bleiben. Sie haben nicht tatsächlich gesiegt, aber wohl doch einiges gewonnen, denn ihr politischer Spielraum ist gewachsen. Sie können die sozialen Skandale, das alltägliche Unrecht thematisieren und bekämpfen, ohne gleich Folter und Mord fürchten zu müssen. Und das ist nicht zu unterschätzen.

Konkret 08/87, S. 16

Oliver Tolmein

DEUTSCHLAND VOR!

Wir Deutschen (West) haben unsere Vergangenheit bewältigt. Nun wollen wir die Zukunft der Deutschen (Ost), der Polen, Tschechen, Russen undsoweiter bewältigen. Oliver Tolmein hat die ideologische Ostfront besichtigt

»So wie wir Deutsche Verbrechen bekannt haben, die im deutschen Namen und von Deutschen begangen wurden, so wie wir Vertriebene schon wenige Jahre nach der Vertreibung feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet haben, so erwarten wir zumindest ein Wort aufrichtigen Bedauerns für die Verbrechen an Deutschen.« So sprach, Pfingsten 1976, Hans Klein (CSU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf dem »Sudetendeutschen Tag«, dem er zusammen mit der Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, die Ehre gab. Kleins Worte, die noch vor ein paar Jahren eine öffentliche Debatte über den Geisteszustand des Redners ausgelöst hätten, fanden wenig Kritik. Und als der Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, vor der »Schlesischen Jugend« am 9. Juni 1987 feststellte, die Teilung Deutschlands und die Vertreibung »traf nahezu ausschließlich Unschuldige« und über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze zu Polen durch »unrechtmäßige Ansässigkit erwirbt man kein Heimatrecht«, wurde das nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Ähnlich wie Klein setzte auch Hennig die Verbrechen der deutschen Eroberer mit der Gegenwehr der Überfallenen gleich: »Voraussetzung für eine Aussöhnung ist aber, daß beide Seiten vorbehaltlos dazu bereit sind, Unrecht als solches anzuerkennen, zu ihrer jeweiligen Schuld zu stehen, Vergebung gewähren und um Vergebung bitten.« Sie, die in der Deutschlandpolitik der CDU/CSU den Ton angeben, sind Alfred Dregger gefolgt und aus »Hitlers Schatten« getreten. Die Konzentrationslager liegen in der DDR, Goebbels wird buchstabiert wie der Name des Generalsekretärs der KPdSU, statt der »Endlösung der Judenfrage« beschäftigt sie das »millionenfache Morden Stalins«. Denn »wir sind nicht mehr die verängstigten und verachteten Besiegten von damals, wir sind in vier Jahrzehnten erprobte Demokraten und wir haben das Recht, die Demokratie-Frage zu stellen« – der DDR, der Volksrepublik Polen und der CSSR natürlich. Und die CDU und »Welt«-Kommentatoren wie Enno von Loewenstern haben nicht nur das Recht die Demokratie-Frage zu stellen, sie fühlen sich verpflichtet, sie auch zu beantworten: »Für Tschechen und Slowaken, für Polen und Ungarn bleibt eine Zukunft in Freiheit nur solange offen, solange die deutsche Frage offen bleibt« (Alfred Dregger in seinem Grußwort zum Sudetendeutschen Tag 1987).

Die Verknüpfung von gesamtdeutscher Zukunftsplanung mit der Vision einer selbstverständlich friedlichen und gewaltfreien Zerschlagung des real existierenden Sozialismus insgesamt ist unüberhörbar – und sie wird auch nicht von Dregger allein vertreten. Daß die deutsche Wiedervereinigung »in einem freien und geeinten Europa« zu verwirklichen sei, ist im »Zukunftsmanifest der CDU« nachzulesen: »In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland – das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag. Die Freiheit ist und bleibt der Kern der deutschen Frage. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden ist unsere nationale Verpflichtung.« Ähnlich, nur noch ein bißchen martialischer, klang es auch im Unions-Wahlprogramm: »Wir wollen die menschenverachtende, vom sowjetischen Imperialismus verursachte Teilung überwinden und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir halten fest an der Präambel des Grundgesetzes, an dem Fortbestand des Deutschen Reiches nach geltendem Völker- und Verfassungsrecht und an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die SPD hat diese Positionen verlassen.«

Wie aber kommt man heim ins Deutsche Reich? Da muß zunächst die deutsche Geschichte von Erinnerungen an den Nationalsozialismus entsorgt werden. Den verbalen Giftmüll, den man nicht endlagern kann (Konzentrationslager), schleudert man nach Osten, bis jedem einleuchtet, daß in Wirklichkeit die Völker Osteuropas vom Nationalsozialismus befreit werden müssen. Und zwar durch uns, denn: »Der Kern der deutschen Frage ist die Freiheit«.

Den Anfang setzte Bundeskanzler Helmut Kohl 1984 auf seiner Israel-Reise, als er »die Gnade der späten Geburt« für sich und seine Bundesrepublik reklamierte. Ihm folgte CDU-Generalsekretär Geißler, der die Friedensbewegung sozusagen rückwirkend für Auschwitz verantwortlich machte. Im Gespräch mit Funktionären des Bundes der Vertriebenen, dem Dachverband von 20 Landsmannschaften, der nach eigenen Angaben etwa 2,5 Millionen Mitglieder hat, betonte der damalige Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, daß »die deutsche Frage bis w einer endgültigen Friedensregelung im europäischen Rahmen weiterhin offen ist«. Am 27. Oktober 1984 erhielt Bundeskanzler Kohl die »Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen«. Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union fiel ein Antrag des JU-Bundesvorstandes durch, der Volksrepublik Polen eine verbindliche Zusage zu geben, daß ihre Westgrenze nicht in Frage gestellt würde. Im Dezember erschien ein Kalender des Bundespresseamtes, in dem die Gebiete östlich von Oder und Neiße als »unter polnischer Verwaltung stehende Gebiete« gekennzeichnet sind. Und im baden-württembergischen Kultusministerium, wo sich Gerhard Mayer-Vorfelder nicht nur immer wieder für die erste Strophe des Deutschlandlieds einsetzt, wurde zu einem »Schülerwettbewerb mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen« aufgerufen. Der Clou:

die Karte in den Wettbewerbsunterlagen zeigt nicht nur Deutschland in den Grenzen von 1937, sondern skizziert auch die Siedlungsgebiete deutschsprachiger Minderheiten von Elsaß-Lothringen über die Karpaten bis hin nach Usbekistan.

1985 gelang dann ein qualitativer Sprung: in Bitburg ehrte Bundeskanzler Kohl zusammen mit US-Präsident Reagan Soldaten der Waffen-SS, in Hannover sprach Kohl als erster Bundeskanzler seit 1965 auf dem Schlesier-Treffen. Beide Projekte waren höchst umstritten – um so aussagekräftiger ist, daß sie dennoch durchgesetzt wurden. Die Querelen um das Motto des Schlesier-Tages – aus »Schlesien bleibt unser« mußte auf Druck des Konrad-Adenauer-Hauses und Kohls das angeblich nicht-revanchistische »Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker« gemacht werden – erscheinen im Rückblick wenig bedeutsam.

Daß der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Rühe im gleichen Jahr von einer »politischen Bindungswirkung« der in den Ostverträgen festgelegten Oder-Neiße-Grenze auch für einen zukünftigen Friedensvertrag sprach, wurde parteiintern nur von einer Minderheit unterstützt – offiziell wurde deutlich gemacht, daß Rühe nur seine »persönliche Ansicht« geäußert habe. Alfred Dregger sprach 1985 auf einer Kundgebung des Bundes der Vertriebenen in Bonn und gab die Gedankenanstöße, die Bundesminister Hans Klein dieses Jahr bei den Sudetendeutschen Tagen weiterführte: »Ohne Hitler hätten diese Katastrophen der KZ und der Vertreibung nicht stattfinden können. Aber es ist auch wahr, daß durch die Verbrechen Hitlers die Verbrechen anderer weder gerechtfertigt noch entschuldigt werden... Deshalb darf kein Verbrechen verschwiegen werden, auch die der Sieger nicht... Wir müssen begreifen, daß KZ Hitlers und Stalins, daß die Vertreibung der Ostdeutschen und der Ostpolen, daß der millionenfache Tod deutscher Soldaten und ihrer soldatischen Gegner Teil ein und derselben Katastrophe waren.«

1986 gab die sich über Monate erstreckende »Revisionismusdebatte« der Historiker, die nicht zufällig durch einen Aufsatz des Kanzlerberaters Michael Stürmer ausgelöst worden ist, den steten Bemühungen der konservativen Meinungspräger die wissenschaftliche Weihe. Die am Bonner Kabinettstisch beschlossene Gründung eines deutschen Nationalmuseums in Westberlin wirkt wie die passende Ergänzung dazu. »Es bleibt festzustellen, daß die Vergangenheitsbewältigung (deren dritte Welle wir gerade erleben) noch keineswegs zu Ende ist. Der Widerstand gegen ein sachlicheres Geschichtsbild und gegen eine Historisierung des Nationalsozialismus bleibt sehr stark... Dennoch kann man nicht übersehen, daß von Nolte und Hillgruber wichtige Anstöße für eine differenziertere und damit gerechtere und treffendere Sicht der jüngsten deutschen Geschichte ausgegangen sind. Im Bewußtsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit scheint sich tatsächlich ein langsamer aber sichtbarer Wandel zu vollziehen« resümiert die rechte

Theoriezeitschrift »Criticon«, in der seit geraumer Zeit auch namhafte Unionspolitiker regelmäßig als Interviewpartner auftauchen.

Bundeskanzler Kohl machte 1986 den Sudetendeutschen seine Aufwartung, Kanzleramtsminister Schäuble ermutigte die Vertriebenen im Namen der Bundesregierung, ihre vermögensrechtlichen Ansprüche gegenüber Polen und der Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Die Nicht-Nominierung des Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft Dr. Herbert Hupka für ein Bundestagsmandat führte allerdings zu einer ernsthaften Kontroverse, in der nicht wenige Kommentatoren einen »tiefen deutschlandpolitischen Dissens« zwischen Vertriebenen und CDU/CSU auszumachen glaubten. Die Unzufriedenheit, so wußte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, beruhe vor allem darauf, daß »die CDU sich zwar verbal zum Ziel der Wiedervereinigung bekennt, es aber seit Jahrzehnten vermeidet, die Frage nach dem 'wie' zu stellen.«

Ein Defizit, das 1987 der CDU-Abgeordnete Friedmann zu decken versuchte. Den Auftrag für sein deutschlandpolitisches Thesenpapier erhielt er direkt vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, der vor der Bundestagswahl so gut wie abserviert schien, dem seither aber im Gegenteil wieder mehr Gewicht beigemessen wird. Wer darauf warte, so Friedmann, daß »uns die Wiedervereinigung eines Tages auf dem 'silbernern Tablett' angeboten wird, wird vergeblich warten.« Als bester Ansatzpunkt für die Lösung unserer nationalen Frage« erweise sich die Sicherheitspolitik, weil hier am ehesten deutsche, US- und sowjetische Interessen gebündelt werden könnten. Friedmanns Einschätzung mag man, mit guten Gründen, für falsch halten – als deutschlandpolitischer Ansatz, der eine »realpolitische« Perspektive für eine Wiedervereinigung entwickelt, hat er jedenfalls eine Diskussion ins Rollen gebracht, die aufzuhalten in den Unionsparteien niemand ein Interesse hat. Auf der Klausurtagung der deutschlandpolitischen Arbeitsgruppe der CDU/ CSU-Fraktion schätzten die Parlamentarier die positive öffentliche Resonanz als das »politisch Bedeutsamste« an dem Papier ein und überlegten, ob angesichts der positiven Stimmung nicht ein CDU-Parteitag zur Deutschlandpolitik durchgeführt werden sollte.

Aber nicht nur wegen des Friedmannschen Vorstoßes ist der Bruch zwischen Vertriebenen und CDU/CSU kaum mehr als ein Gerücht. Die Ergebnisse des Wahlparteitags der CDU wurde im Gegenteil von den Vertriebenenfunktionären zufrieden zur Kenntnis genommen. Der Verzicht auf Dr. Hupka wurde durch die Aufnahme von Hans Klein, der selbst Sudetendeutscher war, und das allgemeine Interesse von CDU/CSU-Politiker an entsprechenden Themen mehr als wettgemacht. Auch die Bilanz des Bundesinnenministeriums, dem die Referate des unter sozialliberaler Regierung aufgelösten Vertriebenenministeriums zugeschlagen wurden, kann bei den Berufsheimatlosen nur Freude auslösen. Die

»Förderungsmittel zur Weiterführung ostdeutscher Kulturarbeit« wurden von 4,3 Millionen Mark 1983 auf 11,5 Millionen Mark 1987 aufgestockt. 1988 sollen über 13 Millionen Mark allein vom Bund gezahlt werden.

Die Wiederherstellung des »gesunden nationalen Selbstbewußtseins« (Hennig) ist neben dem »Schutz des ungeborenen Lebens« zum zweiten wichtigen Kampagnethema der Konservativen geworden. Der Druck von außerhalb hat Bewegung innerhalb der Union ausgelöst, die mit den Friedmann-Thesen einerseits und der Klein'schen Aufforderung an die Tschechoslowakei, sich für »Verbrechen an Deutschen zu entschuldigen«, sicher noch keinen Endpunkt gefunden haben. »Die Renationalisierung des Konservatismus in der Bundesrepublik hat das politische Potential dieses Lagers ganz neu mobilisiert... es zeigt sich immer deutlicher, daß die Konservativen mit dem 'nationalen Imperativ' auf ihr Thema gekommen sind« analysiert »Criticon« die Lage und konstatiert, trotz einer insgesamt kritischen Bewertung der Deutschlandpolitik der Union, daß »in Teilen des konservativen Lagers heute eine Aufbruchstimmung zu verzeichnen (ist), die man hier schon lange nicht mehr kannte: Im Lauf der Jahre hat sich unter den Konservativen eine politische Reservearmee herangebildet – Kohl ist es zu verdanken, daß sie sich allmählich in Bewegung setzt.« Während noch 1983 Hupka und Czaja die deutschlandpolitische Debatte in ihrer Fraktion fast alleine und ohne besonderes Ansehen zu genießen bestritten, findet heute kein landsmannschaftliches Treffen mehr statt, auf dem nicht ein oder mehrere Minister aus dem Kabinett oder auch, wie dieses Jahr beim Schlesier-Treffen, Franz Josef Strauss ihre Aufwartung machen-

Daß »die deutsche Einheit für überschaubare Zeit eben kein Thema ist«, wie Egon Bahr meint, ist richtig und falsch zugleich: Es wird sie nicht geben, aber als Thema ist sie in der Bundesrepublik durchgesetzt. In den bürgerlichen Zeitungen beherrscht die »deutsche Frage« in diesem Jahr die Kommentarspalten und Leserbriefseiten. Dies Deutschland ist erwacht. Das andere schläft. Fast hätten die Bonner Grünen ihre Fraktionssitzung zum 17. Juni im Reichstag zu Westberlin abgehalten. Und die nordrhein-westfälische Landesregierung finanziert das »Oberschlesische Landesmuseum« mit fünf Millionen Mark.

Konkret 08/87, S. 18

Uwe Klußmann

Hüben wie drüben - jeder Stein 5 Mark

Während man sich schon nicht mehr wundert, daß die Grünen im Bundestag sitzen, wundern sich diese über Gorbatschows Leninismus und meinen, die Mauer müsse weg, Lenin begraben, sein Mausoleum abgerissen und die DDR dürfe nicht zum Ausland werden. Wegen der Portogebühren. Diese und andere Probleme diskutierten die Grünen bei einer Klausurtagung. KONKRET-Autor Uwe Klußmann belauschte sie dabei

Otto Schily, nach eigener Zuordnung Anhänger des »Marxismus der Marx-Brothers«, zitiert einen sowjetischen Ökonomen als »besonders eindrucksvoll«, Nikolai Schmeljow, Professor am USA-Institut in Moskau . Dieser hatte in der sowjetischen Literaturzeitschrift »Nowi mir« entgegen allen Beschlüssen der KPdSU dafür plädiert, das weite Sowjetland mit den Segnungen freier Marktwirtschaft zu beglücken: der Schaffung einer »relativ kleinen Reservearmee von Arbeitslosen« als Mittel gegen »Faulheit, Alkoholismus und Verantwortungslosigkeit« und der Anpassung der sowjetischen Preise an die Weltmarktpreise, zur Bildung von Aktiengesellschaften. Ferner schlägt er vor, »unseren Rubel ebenso konvertierbar zu machen wie den Dollar oder das Pfund«.

Seinen Fraktionskollegen verschweigt Schily auf der Klausurtagung in Haus Wittgenstin in Bornheim bei Bonn den Anlaß für sein Interesse an Schmeljows Text nicht. Immer noch werde von Grünen gegen die »böse Profitwirtschaft« polemisiert, genau dies spreche Schmeljow an. Die Sowjetunion sei eine »durch und durch militarisierte Gesellschaft«, wie man sie »auch unter den Nazis erlebt« habe. Der »Kriegswirtschaft« im Osten würden eben die »Marktelemente« fehlen. Das Fazit Schilys: »Die Sowjetunion ist pleite«.

Eckart Stratmann, MdB aus NRW, nimmt den Ball auf. In der UdSSR gäbe es leider immer noch »keine marktwirtschaftliche Erneuerung«, der zentrale Planungsmechanismus sei nicht abgeschafft und man brauche eine Wirtschaft mit Gewinnorientierung, »auch wenn das für Traditionssozialisten eine Zumutung ist«. Ota Sik, Alexander Dubceks Chefökonom des Prager Frühlings 1968, habe die »theoretisch stringenteste Kritik am Realsozialismus« vorgelegt, ihn müsse man zu einer Fraktionssitzung einladen, findet Stratmann. Viele Fraktionsmitglieder nicken beifällig. Sik würde gewiß kommen. Zur CDU allerdings auch.

MdB Christa Vennegerts sieht mit Freude »marktwirtschaftliche Tendenzen« im Osten wachsen und empfiehlt den »dritten Weg«. Von einer »Bewegung hin zu marktwirtschaftlichen Konzepten« in Osteuropa ist auch der parlamentarische Geschäftsführer Hubert Kleinert angetan: Die Konvergenztheoretiker der sechziger Jahre, die von einer zunehmenden Annäherung von Kapitalismus und Sozialismus ausgingen, hätten »so Unrecht nicht gehabt« und, »der klassische Linksradikalismus verliert seinen praktischen Bezugspunkt«.

Peter Sellin, Abgeordneter der Alternativen Liste Westberlin ist mit den Veränderungen in der Sowjetunion allerdings völlig unzufrieden. »Die Betriebe dürfen keine Preise kalkulieren«, zudem fehle ein »Flexibilisierungsprozeß der Arbeitskräfte«. Udo Knapp vermißt in der Sowjetunion nicht nur die »individuellen Menschenrechte«, die seitens der Grünen mehr artikuliert werden müßten, sondern er sieht die UdSSR »in eine Krise und einen Bürgerkrieg« treiben. MdB Willi Hoss hält ein kurzes Plädoyer für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion: »Die Verhältnisse gestatten uns nicht nur Zuschauer zu sein« . Man müsse »weitertreiben, wo weitergetrieben werden muß«.

Ernste Zweifel hat die Fraktion der Grünen im Bundestag, ob Michail Gorbatschow die Gewähr bietet, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen. In einem ausgiebigen Referat über die Doktorarbeit Raissa Gorbatschows, den »aufgeklärten Tschekisten Andropow« und die »sowjetrussische Intelligenz« fällt MdB Helmut Lippelt etwas auf, »daß Gorbatschow von Demokratisierung spricht, daß er aber den Begriff Liberalisierung vollkommen vermeidet«. Gorbatschows Berufung auf Lenin, meint Lippelt, sei »nur Camouflage«. Da stimmen ihm nicht alle Fraktionskollegen zu. Otto Schily konstatiert, bei den ständigen Lenin-Zitaten könne die Demokratie nicht funktionieren, im »Reformleninismus« »Gorbatschows diene die Demokratie« der Behauptung des sowjetischen Großmachtanspruchs«.

Wenn es eine wirkliche Reform geben solle, müsse sich die Sowjetunion vom »Leninismus als Staatsreligion« verabschieden. Schilys Vorschlag: Das Lenin-Mausoleum müsse »abgerissen und Lenin beerdigt« werden. Auch bei MdB Peter Sellin können bisherige Zweifel an Gorbatschows Treue gegenüber den Prinzipien der westlichen Demokratie nicht ausgeräumt werden, bis in der Sowjetunion »so eine unabhängige Bewegung wie Solidarnosc« entstehe. Moskaus wahre Absichten konnten auf der Fraktionssitzung trotz fünfstündiger Beratungen nicht geklärt werden. »Keiner von Euch weiß, was Gorbatschow wirklich will«, hält die bayerische Abgeordnete Hannelore Saibold ihren Kollegen vor. Der »Reala« Waltraud Schoppe ist bei Gorbatschow vor allem eines nicht klar: »Warum beruft er sich ständig auf Lenin?« Fest steht für Frau Schoppe jedoch, daß Abrüstung nur auf beiden Seiten möglich ist. Ihr Vorschlag an die traditionell reiselustige Fraktion: eine Delegation in die USA.

Während die grünen Abgeordneten angeregt darüber orakeln, ob Gorbatschow sich durchsetzen kann, was passiert, wenn und was geschehen könnte, wenn nicht, macht Fraktionssprecher Thomas Ebermann ein Nickerchen. Erst am Ende der

Gorbatschow-Debatte meldet er sich zu Wort. Ebermann gibt zu bedenken, daß man »sehr streng diskutieren« müsse, ob man richtig oder falsch findet, was die sowjetische Führung um Gorbatschow wirklich will. Die KPdSU fordere »Wachstumsraten wie nie zuvor«. Der Moskauer Bezirksparteichef der KPdSU, Boris Jelzin, habe einer Delegation des Bundesvorstandes der Grünen erklärt, die »Elektronifizierung« der Sowjetunion sei das Ziel, »in Anspielung auf den vielleicht katastrophalen Fehler Lenins, seiner These, Sozialismus bedeute Sowjetmacht plus Elektrifizierung«, wie Ebermann meint. Die geplante Steigerung der Produktivität der sowjetischen Wirtschaft beseitige nicht nur den Schlendrian, sondern bedeute auch »Zerstückelung der Arbeit«, Erzeugung von Ungleichgewichten im Lohngefälle und Effektivierung von Fließbandarbeit. Diese Konzeption stehe strukturell gegen die Ambition der Grünen, den Produktionsalltag kreativ zu gestalten. Die Gorbatschow-Reformen liefen auf eine »Brutalisierung der Ökonomie« hinaus. Es bliebe nur zu hoffen, daß spontane Bewegungen in der UdSSR über das von den Machthabern gewünschte Ziel hinausgehen, denn, so Ebermann: »Die Herrschenden in der Sowjetunion sind nicht herrschend über die Zukunft«. Ebermanns Sichtweise wird nicht mehr diskutiert, es ist 23 Uhr, die Sitzung ist für diesen Tag beendet.

»Deutsch-deutsche Politik« heißt das Thema am zweiten Tag der Klausurtagung, zu dem MdB Wilhelm Knabe das Einleitungsreferat hält. Knabe, Oberförster mit Detailkenntnissen über deutsche Wälder, vertritt die Grünen im Innerdeutschen Ausschuß und gab rechtzeitig zum 17. Juni eine Presseerklärung heraus, in der er vorschlug, die Mauer in Berlin abzureißen und für fünf Mark pro Stein an Bürger beider deutscher Staaten zu verkaufen. Gegen die »einseitigen Apologeten des Status Quo in der DDR« wendet sich Knabe in seinem Referat ebenso wie gegen die Auflösung des »Innerdeutschen Ministerium«. »Für die Bundesbürger hätte die Erklärung der DDR zum Ausland erhebliche Nachteile, z. B. Auslandsporto«. Die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO lehnt er ab: »Wer aus der NATO austritt, muß wissen, wohin«. Das findet vielfach Zustimmung. Jürgen Schnappertz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abgeordneten Karitas Hensel, hält einen weitschweifigen Vortrag über die Verdienste der Politik Konrad Adenauers: »Wir können von Glück sagen, daß wir die Westintegration bekommen haben«. Die NATO sei schließlich zur Zügelung deutsch-nationalistischer Ambitionen da. Die grüne Geschichtsstunde ergänzt MdB Helmut Lippelt dann mit der Enthüllung, Stalin habe 1951 auf einer Konferenz in Moskau, »in Uniform«, einen Angriff auf Westeuropa erörtert. Milan Horacek greift noch weiter in die Historie zurück, bis zu Karl VI., der als deutscher Kaiser und tschechischer König 1348 die erste deutsche Universität in Prag gründete. Horaceks Fazit: »Natürlich ist die deutsche Frage offen«. Das findet auch Eckart Stratmann: »Trotz Zweistaatlichkeit ist die deutsche Frage offen«.

Während grüne MdBs munter über die »offene deutsche Frage« schwadronieren, liegt auf dem Tisch ein Faltblatt ebendieser Fraktion, das auch als Flugblatt an Infotischen erhältlich ist. Darin steht, es sei »nicht nur wirklichkeitsfremd, von der offenen deutschen Frage zu reden, sondern ruft auch bei unseren europäischen Nachbarn neue Ängste vor einem großdeutschen Nationalstaat in der Mitte Europas hervor. Auschwitz und die Toten des 2. Weltkrieges sind nicht vergessen«. Nichtsdestotrotz verrät Eckart Stratmann der Fraktion, daß er` eine Nähe zur DDR »irgendwie fühlt«, auch ohne persönliche Beziehungen dort hin. Deutsch fühlen, deutsch denken, deutsch handeln ist die Devise, die Roland Vogt in die Worte »global denken, global handeln« kleidet.

Otto Schily fordert »Die Mauer muß weg« und wirft die Frage auf, ob die Grünen »die Zwei-Stadtlichkeit von Berlin erhalten« wollen. Da sollte man sich »keine Schranke auferlegen in der Phantasie«. Roland Vogt beklagt, daß viele Menschen die »Mauer« heute »nicht mehr hinreichend als Ärgernis wahrnehmen«. Es sei bedauerlich, daß Reagan sich dieses Thema unter den Nagel reiße. Auch Stratmann meint, die Grünen müßten »aus der Forderung 'Mauer weg' praktische Politik machen »und das nicht Reagan überlassen«. So könnte man sich mit osteuropäischen Dissidenten in Wien treffen und Pläne zur »Auflösung der Blöcke« schmieden, schlägt Stratmann vor. Als Udo Knapp seine Geschichtskenntnisse bemüht (»Als Bismarck mit der Sowjetunion den Rückversicherungsvertrag schloß...«) ohne auch nur bei einem der Anwesenden ein Kichern zu ernten, bittet Thomas Ebermann seine Fraktionskollegen, die Pappnasen rauszuholen. Er erntet konsternierte Blicke.

Da es um »Deutschlandpolitik« geht, ist auch ein Vertreter des »Deutschlandfunks« anwesend, der drei Stunden Diskussion mitschneidet. Vor allem interessiert sich der Deutschlandfunker für einen Herrn, der sich der Versammlung als »grüner Dissident« empfiehlt: Rolf Stolz aus Köln, Chef des Vereins »Linke Deutschland-Diskussion« (LDD), seit über zehn Jahren aktiv im Dient gegen den »russischen Sozialimperialismus«, die Machenschaften der »Supermächte« und das Elend der deutschen Teilung. Lang und breit phantasiert Stolz über die »Selbstbestimmung« der Deutschen, eine »Konföderation der deutschen Staaten«, einen »Staatenbund«, der ein deutscher Bundesstaat werden könnte. »Die Nation«, so Stolz, »ist ein politischer Rahmen, der Schutz bietet«. Der grüne Nationalist verteilte auf der Fraktionssitzung eine Unterschriftenliste, mit der er unter der zeitgemäßen Überschrift »Für Antifaschismus – gegen Verleumdung und Diskussionsverbote« darüber Klage führt, das Bonner »Forum gegen Neofaschismus« habe ihn »diffamiert« und beschimpft. Besonders verstimmt ist Stolz über die These: »Kein Stolz, kein Reich, kein Führer«.

Die Stolzsche Liste gegen »Diffamierungs-, Einschüchterungs- und Ausgrenzungsversuche« trägt u. a. die Unterschriften der grünen Abgeordneten Petra Kelly, Eckart Stratmann, Helmut Lippelt und Willi Hoss.

Konkret 08/87, S. 20

Otto Köhler

Die Reihen fest geschlossen

Es sind immer die gleichen Wendehistoriker, die die Geschichte um- und neuschreiben, in bester Tradition. Mit drei neueren Büchern wird nicht nur deutschtump ein Nationalismus geschürt, der ehemalige Marinerichter und Exministerpräsident Filbinger reingewaschen, sondern auch die Massenausrottung der Juden erklärend entschuldigt.

Es war – ein knappes Vierteljahr vor der Wende – am 6. Juli 1982 im bayerischen Hochrüstungszentrum Ottobrunn: Hans Karl Filbinger, einsatzfreudiger NS-Marinerichter und aus dem Amt gejagter Ministerpräsident Baden-Württembergs, eröffnete als Präsident des Studienzentrums Weikersheim eine Fachtagung mit dem Arbeitskreis Technik und Gesellschaft des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns: »Es gibt die Tausend Jahre einer ruhmreichen deutschen Geschichte mit Namen und Taten, die jahrhundertelang ihre Stahlkraft bewiesen haben.« Das sagte der Mann, der 38 Jahre zuvor den Matrosen Gröger fachgerecht zu Tode gebracht hatte und er verlangte, nicht länger hinzunehmen, daß »die deutsche Geschichte in bösartiger Weise umgedeutet wird.« Er forderte den Willen und die Kraft zu einer »geistig-ethischen Erneuerung unserer Politik«, dann sei – die Herren von MBB merkten auf – »alles zu gewinnen«. Doch zu dieser Erneuerung gehöre, so Filbinger, die »Wiederherstellung eines Geschichtsbewußtseins in unserem Volk«.

Jetzt, fünf Jahre später, hat Filbinger Grund zum Jubeln, daß »die deutschen Historiker im Begriffe sind, Remedur zu schaffen«. So schreibt er in seinem Rechtfertigungsbuch »Die geschmähte Generation«, das er der Presse unter Assistenz Lothar Späths vorstellte, der ihn einst aus dem Ministerpräsidentenamt drängte, als immer mehr Todesurteile des Marinerichters Filbinger bekannt wurden. Mindestens viermal vergleicht sich der einstige SA-Mann Filbinger in seinem Buch mit »dem jüdischen Hauptmann Dreyfus«, dem ein Gericht »den Freispruch verweigerte, der ihm von Rechts wegen zustand«. Doch jetzt sieht er sich durch ein Urteil der Geschichte freigesprochen, durch die »intensive Forschungsarbeit der Neuhistoriker«.

Insbesondere durch den Kölner Professor Andreas Hillgruber, der Filbingers »Problem in jüngster Zeit in seiner vielbeachteten Schrift 'Zweierlei Untergang' formuliert und postuliert« habe. Der Historiker, so zitiert Filbinger den Professor für Geschichte der Neuesten Zeit, kennt nur eine Position, er muß sich »mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der Marine im Ostseebereich identifizieren«. Und mit der – auch das zitiert Filbinger freudig und beglückt – »verantwortungsethischen Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister« – einschließlich offenbar der exekutierenden Marinerichter – die damals die deutsche Bevölkerung vor den »Racheorgien der Roten Armee« bewahrten. Hillgruber hatte, das zitiert NS-Richter Filbinger nicht extra, hinzugefügt, wie sich manche »von den Hoheitsträgern der NSDAP« in der »Not von letzter verzweifelter Verteidigung bewährten«.

Jetzt endlich ist für den erfolgreichen Blutrichter kein Zweifel mehr offen. Er hat sich bewährt. Er sieht sich gerechtfertigt durch die »eindrucksvolle Phalanx deutscher Neuhistoriker«, die sich im Historikerstreit Jürgen Habermas entgegenstellte und so das »Recht der Wissenschaft zur unbefangenen Suche nach der Wahrheit« für sich beanspruchte. Ein treffendes Wort vom Sachverständigen. Eine Phalanx war bei den alten Griechen die fest geschlossene Reihe der Schwerbewaffneten in der Schlacht, bildungssprachlich, so meint das Duden-Wörterbuch heute, nennt man so jede geschlossene Front.

Einen Lagebericht von der Front, an der das Säuberungskommando entschlossener Neuhistoriker wie Ernst Nolte, Michael Stürmer, Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand zusammen mit dem PK-Sonderberichterstatter Joachim Fest für den Vollzug der Wende in der Geschichtsschreibung kämpft (KONKRET 10/86), bietet der soeben erschienene Reader »Historikerstreit«, der die »Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung« (Untertitel) dokumentieren will. Den Aufsatz des Westberliner Neuhistorikers Ernst Nolte, der die Kontroverse auslöste, enthält der Band freilich nur in der von der »Frankfurter Allgemeinen« am 6. Juni 1986 veröffentlichten gekürzten Fassung. Nicht berücksichtigt wurde die aufschlußreiche Originalfassung, mit der Nolte durch bundesdeutsche Kasernen tingelt. (KONKRET 3/87).

Immerhin – das ist nützlich – wird in dem Band erstmals in deutscher Sprache ungekürzt die Rede veröffentlicht, die Nolte 1980 im streng abgeschotteten Kreis der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung hielt. Jürgen Habermas hatte in seinem die Historikerdebatte eröffnenden »Zeit«-Artikel schon aus einer wenig zugänglichen englischen Übersetzung den fürchterlichen Satz zitiert, daß eine »Kriegserklärung«, die Chaim Weizmann im September 1939 für die Jewish Agency abgegeben habe, Hitler dazu berechtigt hätte, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu behandeln und zu deportieren – zu internieren heißt es jetzt in der deutschen Übersetzung.

In dem Nolte-Original-Vortrag vor der Siemens-Stiftung war alles noch schlimmer, als Habermas es mit seinen Hinweisen auf die englische Übersetzung schon deutlich machte. Da steht nicht nur, daß »die sogenannte Judenvernichtung des Dritten Reiches eine Reaktion« gewesen sei auf die »Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution«. Die Judenvernichtung hätte auch eine wichtige vorbeugende Maßnahme für die Gegenwart sein können, wenn wir sie nur richtig verstanden hätten. Nolte 1980 vor der Siemens-Stiftung: »Aber die Ereignisse in Indochina sollten nun klar gemacht

haben, was im Bereich der Klassen-, Völker- und Gruppenvernichtung das Original und was die Kopie war. Wer die Hitlersche Judenvernichtung nicht in diesem Zusammenhang sehen will (!), läßt sich möglicherweise von sehr edlen Motiven leiten, aber er verfälscht die Geschichte.«

Die Piper-Dokumentation macht auch kleine Unterschiede in der Phalanx der Wendehistoriker deutlich. Doch dadurch wird nichts besser. Nolte behauptet in seiner Entgegnung auf Habermas: »Hitler war sicherlich der mächtigste Mann, den es in Deutschland zu irgendeiner Zeit gegeben hat, aber er war nicht mächtig genug..., um vor der Öffentlichkeit, wie Himmler es in kleinem Kreise tat, die Ermordung von Frauen und Kindern zu verlangen oder zu rechtfertigen. Das ist freilich nicht auf Hitlers 'Humanität' zurückzuführen, sondern auf die fortexistierenden Restbestände des Liberalen Systems.« Gleichzeitig schreibt Hillgruber in seiner Antwort an Habermas, daß Hitler zwischen 1938 und 1941 »nun bereits in öffentlichen Bekundungen erkennbar werdende, viel weiter reichende, auf 'Vernichtung der jüdischen rasse in Europa' (Reichstagsrede vom 30.1.39) gerichteten Ziele in Gestalt von 'Prophezeiungen' verkündete.«

Das zeigt nun wirklich die Verkommenheit der noch bis in unsere Tage weiterexistierenden Restbestände des von Nolte groß geschriebenen Liberalen Systems: Hillgruber weiß und sagt es, daß Hitler öffentlich die Vernichtung der jüdischen Rasse, den Mord an Frauen und Kindern also, verkündete. Er wiederholt sogar inzwischen in einem im Piper-Sammelband nachgedruckten Aufsatz für »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, daß Hitlers KZs nur solange standen, wie die Front hielt: »Die Reste jenes deutschen Ostheeres, mit dem Hitler 1941 die Sowjetunion hatte vernichten wollen, verteidigen nun sein immer stärker zusammenschrumpfendes Reich, innerhalb dessen Grenzen... der Massenmord an den Juden bis zum November 1944 fortgesetzt wurde und in dessen Konzentrationslagern bis zum allerletzten Moment unvorstellbare Verbrechen geschahen. Aber in eben dieser Situation rang das deutsche Ostheer doch auch ... mit seinem verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches.«

Das ist der neue, brutale, völlig ehrliche Ton der Historiker: Ja, die Juden wurden umgebracht, in Auschwitz rauchten die Schlote, bedauerlich gewiß. Aber das war im Rahmen der Güterabwägung, die Hillgruber trifft, der Selektion in Lebenswerte und weniger Lebenswerte, damit wir unsere Großmachtstellung wahren. Diese mußten unvorstellbare Verbrechen, ihre Vernichtung hinnehmen, damit jene – »die Menschen« – vor mutmaßlichem Schaden bewahrt blieben: »Das deutsche Ostheer schützte in einem ganz elementaren Sinne die Menschen in eben diesen preußisch-deutschen Ostprovinzen, denen im Fall einer Überflutung ihrer Heimat durch die Rote Armee ... ein grauenhaftes Schicksal drohte.« Hillgruber trifft seine Güterabwägung und entscheidet sich so für den Rassenmord als kleinerem Übel: Den Krieg, der für Hitler nach Hillgrubers eigenem Urteil den Sinn hatte, »die physische Ausrottung der Juden in Europa entscheidend voranzubringen«, mußten wir durchhalten, mit ihm mußten wir uns identifizieren, es war eben, das Schmierenwort ist deutschen Historikern in solchen Situationen immer schnell bei der Hand, »eine Tragödie«. Aber die Tragödie ist, wie Nolte, an angemessenem Ort – in einer Jubelschrift, »Von Geschichte umgeben – Joachim Fest zum Sechzigsten«, enthüllt hat, noch viel tragischer. Ausgerechnet wir Deutschen, die nun einmal aus besserer Einsicht bis zuletzt für ihn kämpfen mußten, weil wir gar nicht anders konnten, ausgerechnet wir sind die einzigen auf der Welt, die ein Recht haben, Hitler zu hassen. Sonst keiner.

Der Brite nicht, denn: »Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß eines Tages führende Engländer mit Sympathie über Adolf Hitler urteilen werden, weil er ihnen ja tatsächlich ihr Empire erhalten wollte.«

Der Yankee nicht, denn: »Es ist immerhin vorstellbar, daß die Amerikaner ihn dereinst als die Kraft betrachten werden, die das Böse gewollt, aber das Gute geschaffen habe, nämlich ihre eigene Weltstellung.«

Und der Jud schon gar nicht, denn ohne Hitler wär er gar nicht mehr da: »Es ist nicht einmal völlig auszuschließen, daß die Juden eines fernen Tages in ihm den Mann sehen könnten, der wider seinen Willen am meisten zur Entstehung Israels beigetragen habe.«

Ein Recht auf einen richtigen Haß gegen Hitler, sagt Nolte, haben nur die Deutschen, nachträglich jedenfalls. Denn 1945 brachte der Führer über uns die Katastrophe, ließ uns »ganz allein«, wollte, das soll er dem Speer gesagt haben, »die Grundlagen, die das deutsche Volk zum Weiterleben braucht« zerstören, so daß bei uns »eine so gut wie vollständige Vernichtung tatsächlich möglich war.« Warum es trotzdem völlig anders kam, verrät Nolte natürlich nicht, er weiß nur: »Ein Deutscher aber, der Adolf Hitler deshalb verziehe, weil die große Mehrzahl der 50 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik ein angenehmes Leben führt, würde auf seine nationale Identität bereits Verzicht geleistet haben.«

Ja, Identitätsprobleme sind angesagt. Wußte etwa Thomas Mann, wer er wirklich war, oder in wem er steckte? Nolte zitiert einen wüsten antisemitischen Satz aus den frühen Tagebüchern des Dichters von 1919 während der kurzen, im Blut erstickten, Münchner Räterepublik, einen Satz, den Thomas Mann durch seinen ganzen späteren Lebensweg wiedergutgemacht und widerlegt hat. Doch Nolte fragt: »Könnte man Hitler metaphorisch und abkürzend einen Thomas Mann nennen, der die Ängste und Impulse von 1919 nicht vergaß oder überwand, sondern ständig von ihnen bestimmt blieb?« Fragen wird man ja noch dürfen. Denn Frageverbote, so hören wir immer wieder aus der Historikerphalanx, darf es nicht geben, schon gar nicht in der Wissenschaft, die Nolte betreibt. Fragen wir also weiter: Könnte man Nolte

unmetaphorisch und zutreffend einen närrisch gewordenen Josef Goebbels nennen, der auf seine alten Tage in der Phalanx unserer Neuhistoriker überhaupt nicht mehr auffällt? Oder hat da einer – gemein, aber einzig rationale Erklärung – hinterfragend den Nolte gewallrafft, um zu zeigen, was bei unseren Historikern und ihrem Anhang alles möglich ist.

So oder so. Keiner von den Mitautoren der Fest-Zeitschrift hat protestiert, keiner hat sich öffentlich distanziert. Die Elite unserer Wissenschaft findet nichts dabei, daß in ihrem Kollegium Thomas Mann zu Adolf Hitler gemacht wird und den überlebenden Juden zugemutet wird, sich bei Adolf Hitler zu bedanken.

»Die geschmähte Generation«, Universitas Verlag, München, 368 Seiten, DM 38,

»Historikerstreit«, Piper-Verlag München, 400 Seiten, DM 17,80

»Von Geschichte umgeben – Joachim Fest zum Sechzigsten«, Siedler Verlag Berlin, 276 Seiten, 39,80 DM

Konkret 08/87, S. 22

Andreas Herzau

Die Hafenstraße

An Hamburgs Hafen wohnen 100 Menschen in acht besetzten Häusern. Seit fünf Jahren bewahren sie die Gebäude vor dem Abriß, um darin billig zu wohnen und nach eigener Fason zu leben. Seit fünf Jahren führt der Hamburger Senat eine Schlacht gegen die Bewohnerinnen, in deren Verlauf es viele Auseinandersetzungen am Tisch und auf der Straße gab. Drei Mal wurden die Hauser samt Bewohnerinnen, in der Millionenstadt zum Wahlkampfthema. Die Lösungen heißen nach wie vor: Mietverträge oder Abrißkugel. Acht Abschnitte über acht Häuser in einer Straße: Die Hafenstraße

Werch ein Illtum »Und bis Weihnachten wird dann in Hamburg auch die Hafenstraße geräumt sein. Auch wieder eine dieser letzten, bald allerletzten Bastionen im Kampf gegen Spekulanten und für ein besseres Leben«. Was im Mai 86 nicht nur hier im Heft zu lesen war, ist so unwahrscheinlich nicht gewesen. Geräumt und abgerissen wurden die acht Häuser am Hafenrand zwischen Landungsbrücken und Fischmarkt nicht, denn in Hamburg sollte noch gewählt werden. Wohnraumzerstörung wäre dabei nicht dienlich gewesen. In der Zeit zwischen Juli und Dezember wird aber alles getan, um ein Leben in den bis dahin einigermaßen wohnlichen Häusern nicht nur ungemütlich, sondern schier unmöglich zumachen: Der Strom wird abgestellt, ein Gerüst von der Polizei demontiert, Sondereinsatzkommandos stürmen und zerstören die Dächer, Wandgemälde und Parolen zur Erinnerung an die Toten von Stammheim werden mit schwarzer Farbe übermalt, Zwangsräumungen durchgeführt und dabei so ziemlich alles kurz und klein geschlagen. In Betten und Trinkflaschen wird Giftgas gesprüht. Bei Räumungen fliegt das Mobiliar kurzerhand auf die Straße. Der Kommentar des Innensenators: »Völlig haltlos und durch nichts bewiesen.« Jetzt, ein gutes halbes Jahr nach diesen Vorfällen, ist die Hafenstraße nicht geräumt, aber 24 von 27 Räumungstiteln sind erwirkt. Auf die letzten drei muß nicht mehr lange gewartet werden, so daß nach Einschätzung der BewohnerInnen »der nächste Bulleneinsatz mit großer Sicherheit sofort den Abriß bedeuten würde. Wir sind jetzt dabei, die Häuser dicht zu machen...«

In Erwägung. daß da Häuser stehen Was später eine Bewegung wurde, das gab es auch in Hamburg. Hausbesetzer. Im Herbst 1981 wurden die Häuser am Hafen besetzt – wegen des hanseatischen 24-Stundenplans heimlich – denn so auch damals schon die Regel: »Im Verlauf eines Tages wird jedes besetzte Haus geräumt«. Auf Dauer ist der Polizei und der SAGA, der besitzenden Gesellschaft, die Besetzung nicht unbemerkt geblieben, doch die anstehenden Bürgerschaftswahlen, die im Juni 1982 die SPD doch noch um die absolute Mehrheit brachten, lähmten den Senat. Nach der Wahl wurde dann verhandelt. Die SPD mit der GAL und die Besetzer mit der SAGA. Im November 1983 wurden für 27 Wohnungen in den acht Häusern Mietverträge abgeschlossen, befristet auf den 31.12.86. Den Bewohnern wurde damals zwar Geld für eine »Alternativsanierung« zur Verfügung gestellt, doch Begehungen durch SAGA-Angesellte, Vertragsbrüche und ständige Polizeiprovokationen, begleitet von Kampagnen der Hamburger Lokalpresse, besorgten die im Blick auf das Ende der Mietverträge erwünschten Eskalationen. Das Problem »Hafenstraße« sollte bis zum 31.12.86 weg-, aus- und abgeräumt werden.

Man hatte es eilig. Sollte doch 1989 der 800. Hafengeburtstag gefeiert werden. Weltstädtische, postmoderne Neubauten sollten an der Elbe einen »neuen Erlebnisraum entstehen« lassen, oder, ins Reine gesprochen: »Damit wird sogleich ein beachtliches Investitionsvolumen ausgelößt« . So der Bausenator im Februar 1986.

Eine breite Uferstraße mit einer Hängebrücke über die Elbe und ein imposantes NSDAP-Gebäude sollten schon Ende der 30er Jahre für etwas nicht ganz anderes sorgen, im damaligen Arbeiterviertel St. Pauli. Was den Nazis damals dann doch nicht mehr gelang, sollte in den 70ern Tchibo mit seinen Kaffeehochhäusern, Gruner und Jahr mit seinem Medienzentrum Anfang der Achtziger und jetzt dem Senat mit seinem Hafengeburtstag auch nicht gelingen. Tradition – so oder so. Umbaupläne der jetztigen BewohnerInnen konnten nicht zu Ende gedacht werden, denn es gilt immer noch, die reine Bausubstanz zu erhalten. Wäre diese gesichert, meint die Hafenstraße, würden sie schon was draus machen. »Aber das können sie nicht zulassen, weil die Leute dann ja sehen würden, daß es sich lohnt, Widerstand zu leisten.«

Der Senatus communis (gemeiner Haussenat) »Was heißt hier ruhig? Vielleicht ist ruhig zu ruhig! Dieses Beispiel! Favre, man muß sie ausrotten. Man muß diese ungewaschenen Mäuler auf das Pflaster schlagen, im Namen der Kultur. Unsere Zivilisation begründet sich auf dem Eigentum, es muß geschützt werden um jeden Preis. Was, sie erdreisten sich, uns Vorschriften zu machen, was wir hergeben und was wir behalten sollen? Säbel her, Kavallerie! Wenn nur ein Meer von Blut Paris von seinem Ungeziefer reinwaschen kann, so muß es eben ein Meer von Blut sein. Meine Serviette ! « (Der Kammerdiener reicht ihm die Serviette, Thiers wischt sich den Schaum vom Mund).

So, meinte Brecht, hätte Thiers zu Jule Favre beim Herannahen der 71 Tage der Pariser Commune 1871 gesprochen, wo es doch noch etwas weniger kuschelig zuging, als in Hamburg.

Eins, zwei, drei. viele Vorschläge Jan Philipp Reemtsma machte im Mai diesen Jahres, wiedermal sollte gewählt werden, dem Hamburger Senat einen Vorschlag, der Teil einer Lösung des Problems sein sollte, das »eine verfehlte Politik des Senats in den letzten Jahren dort geschaffen hat« . Er wolle die Häuser am Hafenrand kaufen und den Bewohnern übergeben. Der Preis, – ein politischer – sollte die Renovierung der acht Häuser sein. Bedingungen: alle Häuser oder keine,

schnelle unbürokratische Verhandlungen. Hinhalten, Vertagen, Forderungen stellen, das waren die Antworten des Senats. Anfang Juli, alle Hoffnungen hatte man nach eineinhalb Monaten Verhandlungshickhack schnell wieder fahren lassen, waren alle Fragen nach wie vor offen. Die Antworten fielen deutlich aus: »Es hat keinen Sinn zu vermitteln in einem Konflikt, bei dem die Fronten so klar sind«, meinte die ehemalige Vermittlergruppe Hafenstraße. Reemtsmas Vorschlag bleibe zwar bestehen, aber, »ich habe keine Zeit von Termin zu Termin zu laufen. Meine Bedingungen liegen auf dem Tisch«. Die BewohnerInnen haben zu diesem Zeitpunkt die Faxen schon lange dicke, auch wenn sie zwischenzeitlich auf eine Lösung dieser Art gehofft hatten. »Wir warten nicht länger ab, wir wollen die Sache von uns aus in die Hand nehmen.« Damit war gemeint, die im vergangenen Herbst geräumten Wohnungen wiederzubesetzen und die Häuser für den mal wieder höchstwahrscheinlichen Fall einer Räumung zu sichern. Diese Befestigungsarbeiten nahm der Senat zum Anlaß erneuter Konfrontation: Er ließ die HafenstraßenbewohnerInnen per Hubschrauberangriff auffordern, die Arbeiten rückgängig zu machen, sonst würde dies unter Polizeischutz geschehen. In der Ahnung was da auf die Stadt zukommen könnte, versuchte man auch Reemtsma für die Senatsinteressen einzuspannen: »Um einige Zementblöcke vor den Häusern entfernen zu können, ohne Widerstand der Bewohner zu riskieren, trug Innensenator Pawelcyk am Dienstag mir an, den Bulldozer persönlich zu begleiten, ob als Kugelfang oder Geisel blieb unausgesprochen«. Das Fazit: »Ich ziehe hiermit mein Angebot zurück«.

Zwischenzeitlich gab es noch ein anderes Angebot: 500 000 DM wollte ein Hamburger Spekulant für die Häuser zahlen. Diskussionen darüber gab es nie. Der Vorschlag, die Häuser einer Stiftung zu übergeben, wurde vertagt, auf August. Der Senat will Zeit gewinnen, um seinerseits ein Befriedungsmodell zu entwerfen. Gespannt sein darf man nicht. Einfachste Lösung und damit auch Vorschlag der BewohnerInnen: Kein Abriß; die Häuser denen, denen sie sowieso gehören; unbefristete Mietverträge.

Das Projekt Hafenstraße »Daß die Häuser noch stehen, ist das Verdienst der Leute, die für den Erhalt ihre Köpfe hingehalten haben«. Das ist das eine, wenn auch der Senat mittlerweile glaubt zu wissen, daß die Häuser in das städtebauliche Konzept passen würde: Teilabriß, Architektengruppe, Sanierungsträger, Nutzverein, Muskelkraft und Vertragsbrüche sind dabei in diesem Konzept die Stichworte, die auf das hinführen, was gemeint ist: »Um daraus etwas sozial Verträgliches zu machen.« Das ist das andere. Deshalb gibt es kein Projekt Hafenstraße. Es geht um Hier und jetzt, um den Erhalt der acht Häuser und den Erhalt der Strukturen, die sich in den fünf Jahren entwickelt haben. Es wurde zwar mal begonnen mit eigenen Entwürfen, sogar Modelle wurden gebastelt, doch sie sind im polizeilichen Alltag untergegangen. Einer der Leute, die sich damit beschäftigten, ist auch gestorben, wohl nicht allein am Heroin. »Wir sind im Moment dabei, die Häuser so herzurichten, daß die Bullen nicht mehr so leicht reinkommen«, sagten die BewohnerInnen. Das ist das Projekt. Für diese Arbeiten gab es im Juli täglich morgens um zehn ein Arbeitsfrühstück. Jeder, der wollte, konnte kommen und helfen und das Komitee zur Verteidigung rief dazu auf: »Wenn jemand ein paar Stahlplatten hat, dann soll er sie bringen und wer Stahlplatten nicht tragen kann, der soll zumindest die Brieftasche öffnen.«

»Die Hafenstraße« Das Leben im Hafen ist bestimmt von vergangenen Polizeieinsätzen und den noch zu erwartenden. Heute? Morgen? Im September oder früher oder später oder garnicht? Hundert Menschen wohnen jetzt dort im permanenten Ausnahmezustand. Die sechs Kinder wohnen nicht mehr dort, denn die »wollten nach den Einsätzen nichts mehr essen, wachten teilweise schreiend auf, weil sie von den Bullen träumten. Und zum anderen kann man den Bullen alles zutrauen.«

Auch wenn es in letzter Zeit eine stärkere Fluktuation in den Häusern gab, ist das autonome Leben und selbstbestimmte Wohnen in der Hafenstraße besser als das andere, zumindest der Versuch. Der Versuch eines autarken Lebens. Dazu gehört die eigene Kneipe »Onkel Max«, das Kaffe und natürlich die Volksküche, genauso wie das Plenum, das allerdings nicht der »Oberste Gerichtshof« ist. »Da wird vielmehr die allgemeine Haltung zur Sache diskutiert. Daraus ergibt sich dann auch immer ein Verhalten, bzw. organisieren wir was zum jeweiligen Problem.« Eine Hierarchie gibt es nicht. »Es gibt hier eben Leute, die haben schon alles mögliche eingebracht: mal ein halbes Jahr Volksküche, mal ein halbes Jahr gebaut, dann mal ein halbes Jahr die Füße hoch, dann noch mal ein halbes Jahr Geld verdient.« Es ist wohl der Zusammenhalt, der die BewohnerInnen in der Öffentlichkeit immer nur als »die Hafenstraße« erscheinen läßt, als Begriff. Herrschende Bewertungskriterien, wie Schulbildung, Beruf, lehnen sie ab. Die BewohnerInnen sind »die Hafenstraße« und die meint: »Wir machen das anders. Das ist nicht so wichtig, ob hier jemand arbeitet, also einen Job hat und Geld macht und der andere nicht. (...) Das wird dann gemeinsam geregelt, daß man trotzdem zusammenleben kann.« Daß es auch funktioniert, haben zuletzt wohl auch die Repressionen bewirkt und der gemeinsame Kampf dagegen.

Das Leben funktioniert, selbst unter diesen Bedingungen des Senats. Und wenn er sie machen ließe? Was den Senat alle hanseatische Gelassenheit vergessen läßt, »das ist nicht nur die Tatsache, daß wir hier wohnen, sondern, daß hier total viel abläuft. Von Disko bis zu Konzerten, politischen Veranstaltungen, Kneipen-Betrieb, Filmen usw. Und daß wir das Ganze der staatlichen Kontrolle wie z.B. Sozialarbeitern oder Behörden entzogen haben bzw. was wir gegen sie erkämpft haben.« Staatlicher Eingriff ein Aufmarsch der Sozialarbeiter etwa, wäre für die eine oder den anderen der Untergang. So zum Beispiel für die Fixer, die so viele nicht mehr sind.

Die Solidarität »Der Staat tritt doch als totaler Besatzer im Viertel auf – und wird auch als solcher begriffen. Da haben die Leute keinen Bock drauf, das geht auch Tante Emma nicht so runter. Das ist auch der Grund für viele, sich mit uns zu solidarisieren, denn irgendwie haben sie den gleichen Ärger. Nur stehen sie da erstmal alleine.« Der Senat hat sich am Problem Hafenstraße selbst vorgeführt, so daß mit der Zeit immer mehr Leute höchst sensibel auf die Rollkommandos reagierten. Diese Einsätze waren auch der Anlaß für verschiedene Leute, die Vermittlergruppe Hafenstraße zu gründen, die nun aufgrund der Ereignisse um die Befestigung der Häuser »Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße« heißt. Die größten Solidaritätsbekundungen – zumindest werden sie immer wieder genannt – waren eine Demonstration mit 12.000 Menschen am 20. Dezember 1986 und der »Tag X« im April diesen Jahres. Da wurden von gut 20 Gruppen in Hamburg Aktionen gegen die verantwortlichen Kaputtsanierer durchgeführt: Von Flugblätterverteilen über Barrikadenbau bis hin zum Überfall auf die Villa des Bürgerschaftspräsidenten. Auch in Lübeck und Amsterdam fanden Aktionen statt.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen Reemtsmas mit dem Senat und angesichts einer neuen drohenden Eskalation bekam die Hafenstraße Solidaritätsbekundungen aus einer Ecke, in die so mancher sonst gerne schon einen Molli geworfen hätte, von der »Patriotischen Gesellschaft von 1765«. In einer Presseerklärung setzte sie sich gegen einen Abriß der Häuser ein und bot sich dem Senat für Verhandlungen an. Am Schluß der Erklärung, die sie in Analogie zum letzten Hubschraubereinsatz in der Hafenstraße Herrn Dohnanyi per Hubschrauber überbrachten, hieß es: »Konservative seien an ein Wort des 'Eisernen Kanzlers' Otto v. Bismarck erinnert, der einmal im Reichstag sagte: Gewisse Balkan-Probleme seien ihm nicht die Knochen auch nur eines einzigen pommerschen Musketiers wert. Dieses Zitat birgt eine Nutzanwendung in sich in bezug auf unsere Hamburger Polizisten, aber auch in Bezug auf die Bewohner der Hafenstraße.«

Außer dieser Hilfe aus ungewohnter Ecke, gibt es noch die Solidarität der GAL. Für die Häuser, aber gegen Gewalt und so gibt es Sachspenden oder die entsprechenden Aufrufe dazu, den Einsatz in der Bürgerschaft nicht zu vergessen. Die Militanz tanzen andere. Gruppen, die sowieso bestehen und in »anderen Zusammenhängen« arbeiten, oder solche, die sich extra für die Verteidigung der Hafenstraße zusammengefunden haben. Sie sorgen bei Einsätzen der Polizei für Störung und anschließende nächtliche Rache, die den Preis eines polizeilichen Befriedigungsversuchs in die Höhe treibt. Im Falle einer Räumung werden nun mittlerweile nicht nur diese Gruppen, Zeilen, Autonome für mehr als Unruhe sorgen. Das vermutet auch der Senat, so aß der Bürgermeister wieder viel über Recht und Unrecht erzählt. Allerdings, meinte er dann auch, könnte er »den Weg der friedlichen Lösung« gehen, »zugunsten von Frieden und Sicherheit in der Stadt«.

Feindbilder Viele sind wohl noch nie dort gewesen oder haben auch nur einen Menschen aus dieser Hafenstraße gesehen. Aber sie halten es einfach nicht aus, daß dort Leute billig wohnen, in bester Lage mit Aussicht auf Hamburgs Hafen, allerdings mit dem Problem, daß dies vielleicht bald alles vorbei ist. Man kümmert sich um die Leute mit diesem Problem: Senat, Zeitungen, Fernsehen, die Rechten, die Linken und Hunderte von Polizisten. Viele andere Leute haben keine Wohnung, keinen oder einen schlechten Arbeitsplatz. Um die kümmert sich fast niemand, denen besorgt man's in der Medienmonopole, nicht zuletzt durch Springer. Und immer wieder: rausholen und tacktacktack. Oder etwas stiller: ab in die Elbe.

Die Stahltüren in den Gebäuden der Hafenstraße sollen nicht nur gegen einen abrißwütigen Senat samt seiner Rollkommandos schützen, sondern auch gegen die Versuche Hamburger Neonazis, das Problem mit einem warmen Abriß zu lösen. 12 Brandanschläge sind in den Jahren versucht worden und der Aufmarsch einer neofaschistischen Kampftruppe vergangenen Monat wird wahrscheinlich nicht der letzte gewesen sein. Hamburgs Polizei kam auch schon häufiger in die Hafenstraße, auch in Uniform, allerdings aus beruflichen Gründen. Was sie dabei denken, wissen ihre Kollegen am besten, die »Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten«: »Jegliches Verhalten jenseits der gängigen Normen können die nun mal nicht akzeptieren. Solchen Leuten wollen die am liebsten eins auf's Maul hauen. Die sind häufig nicht in der Lage zu differenzieren.« Klingt kritisch und entschuldigt doch.

Konkret 08/87, S. 24

Hans-Joachim Lenger

Diesseits der Utopie?

Zu Beginn der achtziger Jahre erschütterte eine Bewegung von Hausbesetzern die politische Stabilität einer Reihe großer Städte. Straßenschlachten in Berlin, Freiburg, Göttingen oder Hamburg: die Revolte sprang über und erreichte Intensitäten, die vorübergehend ganze Stadtteile dem staatlichen Zugriff zu entziehen schienen. Sicher, die Obermacht der Polizei, der Mobilen Einsatzkommandos, des Bundesgrenzschutzes konnte diese Bewegung zerschlagen. Vorübergehend schien in Berlin auch eine alternative Sanierung und Befriedung die Widersprüche zu ebnen. Doch nicht erst die jüngsten Ereignisse in Kreuzberg haben unübersehbar werden lassen, daß in den Großstädten ein neues, rebellisches Potential entstanden ist, das den herrschenden Politiken entglitten ist; ein Potential, dessen Unterwerfung da her auf Dauer den Zuständigkeiten paramilitärischer Polizei unterstellt wurde.

Hamburg »Hafenstraße«: bundesweit Symbol, in dem sich diese Entwicklung verdichtet hat, und neben dem »Hamburger Kessel« starkes Indiz eines Stadiums von Polizei, Politik und Presse, das man des paranoide nennen kann. Paranoid, weil es alles, was begegnet, als Indiz der einen Bedrohung, der einen Verfolgung wahrnimmt; und gefährlich paronoid, weil es selbst schon sämtliche Symptome produziert, die diesen Wahn bestätigen: »Eines haben der 'Kessel' und die Vermietung der Hafenstraßen-Häuser an etwa hundert Leute aus der 'Instandbesetzer'-Szene gemeinsam. Mit beidem wollten diejenigen, die die Entscheidung trafen, Schlimmeres verhüten...« Diese Bemerkungen der »Norddeutschen Rundschau«, die den Konflikt auch sonst polizeijournalistisch verschärfte, besitzen in ihrer apologetischen Offenheit fast analytische Qualität. Das sozialstaatliche Konzept, Häuser an Instandbesetzer zu vermieten und dann mit Aufsichtsgremien zu umstellen, und die Praxis der Polizei, Demonstranten in Kessel zu pferchen, folgen einer gemeinsamen Logik, einem gemeinsamen Ziel. In beiden Fällen wird der Bruch geltenden Rechts zur Normalität stattlicher Politik. Das Unregierbare, das aus den Slums der Großstädte entsteht, sich den Netzen sozialstaatlicher Disziplinierung entwindet und eine Autonomie postuliert die sich in den Schriftzeichen der Graffiti, den Totemzeichen von Stadtindianern, den Rhythmen der Rockmusik artikuliert, kann staatlich nur noch umstellt, eingekreist, überwacht und beim geringsten Anzeichen von Widerstand gewaltsam zerschlagen werden. Der »Kessel« als Modell der Macht: so wird ein neuer Terror präventiv, der die Öffentlichkeit der Städte bald schleichend, bald sprunghaft besetzen soll.

Aber deshalb sind die Siege staatlicher Gewalt auch trügerisch. Sie zeigen zugleich, wie sehr die Techniken und Codes der Integration versagen. Sie verweisen auf einen spezifischen Machtverlust der Apparate. Die Analyse greift eben zu kurz, wenn sie die rebellischen Energien der »Hafenstraße« auf Arbeitslosigkeit oder das Versagen sozialstaatlicher Interventionen zurückführt; so als wäre dieser Revolte beizukommen, wenn die Apparate nur effektiver funktionierten. Es geht nicht nur darum, einen Arbeitsplatz zu haben, sondern viel mehr noch, eine andere Arbeit zu leisten und das Verhältnis von Arbeit, Wohnen und Leben radikal neu zu bestimmen; nicht einfach darum, in den Genuß sozialstaatlicher Leistungen zu gelangen, sondern noch den Strategien der Demütigung und Disziplinierung zu entgehen, die der Sozialstaat verfolgt. Kurz: dem Staatlichen grundsätzlich jene Anerkennung zu entziehen, über die sich seine Macht bis ins Denken hinein perpetuiert. Also mit ihm wie mit einer auswärtigen Macht zu verkehren: all das verleiht dem Begriff der Autonomie, den die »Hafenstraße« mit der Bewegung zu Beginn dieses Jahrzehnts teilte und gegen ihre alternative Befriedung erfolgreich verteidigt hat, die Kraft einer Herausforderung, die über Jahre nicht zu brechen war und offensiv bleibt.

Denn die Revolte der »Hafenstraße« stellt die herrschenden Codes nicht nur prinzipiell in Frage. Es gelingt ihr immer wieder, sie heillos zu verwirren und scheitern zu lassen. Das Unbewohnte zu bewohnen; Verkehrszonen zu blockieren, aber auch urbane Blindfelder zu mobilisieren; städtische Zeichen ihrer Funktion zu berauben, mit neuen Bedeutungen aufzuladen und gleichsam zu pervertieren; die Funktionen des Sozialen, des Politischen und des Rechts in eigene Regie zu nehmen und jeden Versuch einer staatlichen Einmischung zurückzuweisen; dem großstädtischen Diktat von Lebenszeit und Lebensraum eine andere Zeit, einen anderen Raum entgegenzusetzen: all das sprengt die herrschenden Codes und Verbindlichkeiten oder absorbiert sie, löst ihre Wirkung auf. Aber all das beschwört daher auch den Interpretations- und Überwachungswahn einer staatlichen Paranoia herauf, die sich in immer neuen Polizeieinsätzen entladen hat.

Die »Hafenstraße« ist kein Projekt, wenn darunter ein Modell und eine Utopie verstanden werden . In diesen Häusern geht es nicht nur um ein politisches, sondern auch um ein physisches Überleben. Hätte sich das Konzept der großen Parteien durchgesetzt oder solite es noch durchgesetzt werden können, die Bewohner zu zerstreuen und den Sozialtherapeuten und Psychologen zu überantworten, so wäre das der unmittelbare Angriff auf die physische und psychische Existenz vieler von ihnen. Wenn sie die Häuser verteidigen und bereit sind, dabei bis zum Äußersten zu gehen, so speist sich dieser Wille aus einer ebenso politischen wie existentiellen Radikalität, die sich den großen Entwurf theoretischer Modelle nicht mehr leisten kann. Und deshalb sieht sich nicht nur das staatliche, sondern auch das traditionelle Denken und Handeln der Linken« durch das Ereignis »Hafenstraße« in fundamentaler Weise herausgefordert. Das jahrelange peinliche Schweigen

derer, die sich einer liberalen oder alternativen Öffentlichkeit zurechnen, belegt auch den Bankrott einer Opposition, die selbst nie anders als in Kategorien des Staates hat denken können. Staat, Geschichte, Utopie, Bewegung und Ziel: alles Begriffe, die einer vergangenen Epoche sozialer Kämpfe angehören. Sie versagen, wenn sie an eine Revolte wie die der »Hafenstraße« gebracht werden, die sich nicht vertagt, sondern ihre Entscheidungen im Augenblick trifft, im Augenblick lebt, handelt und den utopischen Systemen als Metaphysikern mißtraut. Was zählt, ist das Nu. Nur deshalb konnte es dieser »Linken« auch so peinlich werden, wenn die Bewohner der Häuser die Frage des bewaffneten Kampfes und der Toten in Stammheim lebendig hielten.

Für einige Wochen nun hatte es ausgesehen, als könne das Kaufangebot Jan Philipp Reemtsmas eine Lösung des Konflikts vorbereiten, die bei den Bewohnern der Häuser wie auch den staatlichen Stellen als Kompromiß akzeptiert worden wäre. Eine solche Lösung, so sehr sie sich zu jenem Zeitpunkt auch anbot, hätte den Konflikt aber zum Mythos werden lassen. Dessen fast märchenhaftes Ende hätte unkenntlich gemacht, was auf dem Spiel steht. Nicht zufällig begonnen die großen Medien wie auf Befehl, diesen Mythos zu entspinnen. Der Millionär und die Revolte – das lud die Leser der Regenbogenpresse von »Stern« bis »Spiegel« dazu ein, ihren Beifall zu spenden und darin ihrer eigenen Verantwortung erneut zu entgehen. Auch den staatlichen Apparaten hätte die Privatisierung eines öffentlichen Konflikts nur zu gut in das Konzept gepaßt, das Amt der Disziplinierung zu delegieren, einen gern zum Mäzen Ernannten zur Krücke staatlichen Bankrotts zu degradieren und damit über diesen Bankrott hinwegzutäuschen. Reemtsmas Rückzug, seine Weigerung, sich derart instrumentalisieren zu lassen, verwirrte die Fronten im richtigen Moment neu und stellte sie gerade deshalb wieder her.

Jetzt erst recht geht es um die Frage, wie eine Politik erstritten werden kann, die ein unregierbares Potential in den Städten hinnimmt anstatt es paranoid und präventiv immer neu einzuschließen und zu zerschlagen; eine Politik, die die staatliche Anmaßung allgegenwärtiger Macht beschneidet und Figuren der Autonomie und Selbstorganisation partikulärer Gruppen toleriert; eine Politik der Minderheiten, über die sich eine Dekolonisierung der Städte herstellen könnte: »Wohnen ist zu einem offensiven, revolutionären Akt geworden, man überschreitet die Funktionen der Gebäude, wohnt im Ungewohnten . (. . .) Die Barrikade selber war weniger eine Obstruktion, eine Sperre, die der Verteidigung diente, als eine Konstruktion, um ein neues Gebiet einzugrenzen: als die Dynamik der Demonstration erlahmt, stockt die Masse, tritt sie auf der Stelle und beginnt ihren Platz abzustecken – die Wiederkehr einer Stadt in der Stadt« (Paul Virilio). Und das appelliert an revolutionäre wie republikanische Tugenden zugleich.

Konkret 08/87, S. 26

Helmut Lorscheid

Vertrauenssache

Nicht nur U-Boot-Konstruktionspläne bekommt der Apartheid-Staat aus westdeutschen Landen. Trotz des von der BRD mitgetragenen UNO-Rüstungsembargos, das vor zehn Jahren beschlossen wurde, sind bundesdeutsche Unternehmen und Regierungen jedweder Couleur allzeit bereit, dem südafrikanischen Rassistenstaat zu Lande, zu Wasser und in der Luft hilfreich zu sein.

Das Rüstungsembargo gegenüber Südafrika, beschlossen vor fast zehn Jahren, am 4. November 1977, war ein Kompromiß. Angesichts der vorausgegangenen hundertfachen Kindermorde in Soweto und anderen schwarzen Vorstädten Südafrikas, diskutierte die UNO einen vollständigen Wirtschaftsboykott. Um einem Veto der kapitalistischen Demokratien zu entgehen, einigten sich afrikanische und andere blockfreie Länder mit den Freunden der Apartheid: Zumindest Rüstung sollte fortan nicht mehr geliefert werden dürfen. An Deutlichkeit ließ der Text diesbezüglich wirklich nichts zu wünschen übrig.

Wörtlich steht in der Embargo-Resolution Nr. 418:

»Der Sicherheitsrat –

beschließt, daß alle Staaten ab sofort die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen haben, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und -ausrüstungen, von paramilitärischer Polizeiausrüstung sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände, und daß sie gleichermaßen sowohl die Bereitstellung aller Arten von Ausrüstungen und Materialien als auch die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der vorgenannten Rüstungsgegenstände einzustellen haben; –

fordert alle Staaten auf, angesichts der Ziele dieser Resolution alle in bezug auf die Herstellung und Wartung von Waffen, von Munition aller Art und von militärischen Ausrüstungen und Fahrzeugen mit Südafrika bestehenden vertraglichen Vereinbarungen und Südafrika dafür gewährten Lizenzen im Hinblick auf deren Beendigung zu überprüfen; –

beschließt ferner, daß sich alle Staaten jeglicher Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Herstellung und Entwicklung von Kernwaffen zu enthalten haben...«

Dem Embargo zuzustimmen und gleichzeitig dagegen zu verstoßen, war für die Bonner Diplomaten nie ein Problem. Vollmundig hieß es in einem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 23. Dezember 1977: »Die Bundesrepublik hat bereits 1963 freiwillig ein Waffenembargo gegenüber der Republik Südafrika verhängt, es seither strikt eingehalten und das nunmehr mandatorische Waffenembargo des UN-Sicherheitsrates vom 4. November d. J. aktiv mitgetragen. Ebenso hat es keine offizielle Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet gegeben, noch gibt es eine solche.«

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten bundesdeutsche Atomwissenschaftler und Zulieferfirmen alles getan, um Südafrika in den Besitz des von Professor Erwin Becker in Karlsruhe entwickelten Trenndüsenverfahrens zur Urananreicherung zu bringen. Die Richtung bestimmten Politiker. In einer Bundestagsrede zur Energiepolitik erklärte der FDP-Abgeordnete Otto Graf Lambsdorff am 24. April 1975: »...Voraussetzung für die Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik ist natürlich ... die gesicherte Belieferung mit Uran bzw. mit angereichertem Uran. (...) Nun sind die Plätze in der Welt, an denen man diesen Rohstoff erwerben kann, nicht allzu zahlreich. In Kanada und Australien – das weiß jeder – ist die Lieferbereitschaft eingeschränkt. Hingegen ist sie in Brasilien und Südafrika besser. Darauf sollten wir uns einstellen... Wir müssen die Urananreicherung – nicht reine Lieferverträge – nach meiner Überzeugung in diesen Ländern mit deutschen Beteiligungen betreiben, um wirklich eine sichere Belieferungsbasis zu haben.«

Gesagt – getan. Die staatliche Firma STEAG, Essen, hatte bereits 1968 mit Südafrika einen Vertrag über »gemeinsame Aktivitäten« geschlossen. Der STEAG gehörten die Rechte an dem von Professor Becker in Karlsruhe entwickelten Trenndüsen-Anreicherungsverfahren. Wissenschaftler reisten von und nach Südafrika. Ebenso die Staatssekretäre Hans Hilger Haunschild und Detlev Carsten Rohwedder, heute bei Hoesch. Südafrika hatte in Donald B. Sole einen Atomwissenschaftler als Botschafter nach Bonn geschickt. Siemens und MBB lieferten das »Herzstück« der in Südafrika errichteten Urananreicherungsanlage, die Trenndüsen.

Ein daraufhin von dem Anti-Apartheid-Aktivisten Wolff Geisler initiiertes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München wurde eingestellt. »Nach ... Mitteilung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft handelt es sich bei den ausgeführten Gegenständen um keine Kriegswaffen«, hieß es im Einstellungsbescheid. Tatsächlich: geliefert wurden keine Kriegswaffen, sondern sensible Nuklearkomponenten.

GHH-Sterkrade lieferte spezielle Verdichter, Leybold-Heräus Köln hochvakuumdichte Absperrschieber, die damals zu 66,7 Prozent in Bundesbesitz befindliche Firma Steigerwald, München, exportierte eine Elektronenstrahlperforiermaschine für Präzisionsmetallbearbeitung. Empfänger des teuren Geräts: die südafrikanische Atombehörde. Zwischengeschaltet war die

Briefkastenfirma »SA Hydraulic Plant Co. Ltd.« in Isando/Transvaal. Die besaß nicht einmal einen Telefonanschluß und war auch sonst ziemlich arm. Ihr Stammkapital: 2 Rand!

Für den damaligen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer kein Problem: »Von einem 'krummen Geschäft' der Firma Steigerwald kann nicht die Rede sein«, beschied er 1980.

Im gleichen Jahr durfte die Bremer Varian MAT Isotopenmeß- und Überwachungssysteme liefern, zu denen es im Firmenprospekt ganz richtig hieß: »MAT 511 – UF6-Meßsystem ... Vollautomatisch arbeitendes Meß- und Überwachungssystem zur kontinuierlichen Bestimmung des Isotopenhäufigkeitsverhältnisses 235 U / 238 U an UF6-Gas. Es wurde speziell für die Betriebsüberwachung von Anreicherungsanlagen konstruiert und hat sich in der Langzeiterprobung bei stärkster Beanspruchung hervorragend bewährt...«

Kommentar des Wirtschaftsministeriums: »Daß die Geräte der Firma Varian MAT besonders für Anreicherungsanlagen konstruiert sind, steht dem breiten Anwendungsspektrum dieser Geräte, z. B. in der Medizin, nicht entgegen.«

Im gleichen Sinne dürften Panzer als »Erdbewegungsmittel« genau so frei wie Bagger exportiert werden. Kein Scherz – sondern nah an der Realität.

Ein Verfahren gegen die Firma Alfred Kärcher, Winnenden, die zur Atombomben-Technologie die nötigen Schutzeinrichtungen nach Chloorkop/Südafrika schaffte, stellten die Staatsanwälte in Stuttgart recht bald wieder ein: »Der Anzeigeerstatter wirft den Beschuldigten vor, durch den Export von ABC-Dekontaminations-Systemen nach Südafrika gegen das völkerrechtlich verbindliche UNO-Rüstungsembargo (. . .) und damit auch gegen Bundesgesetze verstoßen zu haben. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die speziell für die Dekontamination entwickelten, aber auch für andere Reinigungszwecke einsetzbaren Geräte 'Deco Trailer' bzw. 'Deco Jet' nach den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz bzw. der Außenwirtschaftsverordnung keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen...«

Genau so genehmigungsfrei durften Ende 1984/Anfang 1985 insgesamt 77 Panzerauflieger des Memminger Fahrzeugwerks Goldhofer exportiert werden. Der »Pax-Christi«Basisgruppe Bonn schrieb Kanzleramtsminister Dr. Wolfgang Schäuble: »Es handelt sich laut Auskunft der Firma Goldhofer bei den nach Südafrika gelieferten Tiefladern um zivile Fahrzeuge zum Transport von Baumaschinen und ähnlichem.«

Für die »ähnliche« Verwendung warb Goldhofer zuletzt während der Rüstungsmesse »Defendory '86« an Stand Nr. 406 der »German-Street« im September letzten Jahres in Athen.

Mindestens 10 000 schwere Militär-Fahrzeuge von Iveco-Magirus-Deutz und weitere 6 000 Daimler-Militär-Unimogs gingen als »handelsübliche Fahrzeuge« über die Grenzen. In Südafrika bilden sie – dortigen Presseberichten zufolge – das »Rückgrat der südafrikanischen Armee«. Insbesondere die gepanzerten Unimogs sind als »Hippo« bei Polizei und Armee im Einsatz. Von ihnen aus schießen die oft gemeinsam operierenden Sicherheitskräfte auf streikende Arbeiter oder auch Schulkinder. Die Bundesregierung gibt sich in solchen Momenten »betroffen«, genehmigt aber weiterhin den Nachschub für den Massenmord.

Dabei zeigt sie sich um Ausreden nicht verlegen. An klaren Definitionsmerkmalen für Militärisches fehlt es bei den Fahrzeugen keineswegs. Allerdings verweigert die Regierung die Veröffentlichung ihrer Kriterien für »militärische Fahrzeuge«. Sie entscheidet willkürlich, von Fall zu Fall.

So dürfen Unimogs, obwohl militärisch konstruiert, mit Dachschießluken und spezieller Elektronik ausgerüstet, als »handelsübliche Fahrzeuge« an die südafrikanische Armee geliefert werden. Zitat aus einer Antwort an die Grünen: »Jedes handelsübliche Transportfahrzeug, angefangen vom einfachen Transportkarren bis hin zum geländegängigen Baustellenfahrzeug, kann hinsichtlich der Transportaufgaben auch beim Militär eingesetzt werden. Die Verwendung einer Ware kann kein Kriterium für ihre Einstufung als 'militärisch' oder 'zivil' sein«.

Läßt sich die militärische Konstruktion aufgrund veröffentlichter Details nicht mehr leugnen, wechselt die Argumentation. So durften zwei Minensuchboote als »Unterwasserforschungsschiffe« deklariert an das It. Wirtschaftsministerium »kommerzielle Forschungsinstitut Council for Scientific and Industrial Research« exportiert werden. Angebliche Bestimmung: »Die Ausführung von geophysikalischen Forschungsarbeiten«. Diese Aufgabenstellung mache »die antimagnetische Holzbauweise erforderlich.. .«

Völlig zivil waren selbstverständlich auch jene mindestens 18 MBB-Hubschrauber vom Typ BO 105 und BK 117, die in den letzten vier Jahren nach Südafrika gelangten und dort – völlig unfriedlich – bei Demonstrationen von der Polizei eingesetzt werden. In der Einstellungsverfügung schrieb die Staatsanwaltschaft München: »Bei dem Hubschrauber BO 105 handelt es sich um einen zivilen Hubschrauber. Eine Weiterentwicklung zur Militärversion existiert lediglich unter der Bezeichnung PAH 1...« Den Typ BK 117 gibt es nach Aussage der Staatsanwälte noch gar nicht in militärischer Version – obgleich die Firma dafür wirbt.

Zum Vorgängertyp BO 105 heißt es in einer MBB-Anzeige in »Wehrtechnik 11/1979 in Verkehrung der staatsanwaltschaftlichen Argumentation: »Nur ein Hubschrauber, der als echtes Mehrzweckgerät konzipiert ist, kann zugleich Panzerabwehr-, Verbindungs- und Beobachtungshubschrauber sein. Der BO 105.« Darunter nochmals – zur Bekräftigung: »Der Militärhubschrauber. Der BO 105.«

Doch Lieferungen allein genügen nicht. Aus der Bundesrepublik kommt auch das nötige technische Fachwissen. So werden nach wie vor Fachkräfte von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung nach Südafrika vermittelt. Die Howaldtwerke-Deutsche Werft (U-Boote), Rheinmetall bzw. Josef Meissner (Munitionsfüllanlage), Siemens und AEG (Militärelektronik), Daimler (militärische Motorenfabrik), Renk (Panzergetriebe) schickten ihre Spezialisten. In Südafrika sind alle Unternehmen – einschließlich der ausländischen Niederlassungen – aufgrund besonderer Gesetze verpflichtet, auf Anforderung des Staates ihre Produktion den militärischen Erfordernissen anzugleichen.

Die Bundesregierung blauäugig: »Die Überprüfung der Tätigkeit von Firmen durch deutsche Hoheitsträger kann aus Gründen der Souveränität anderer Staaten ausschließlich im eigenen Wirtschaftsgebiet erfolgen.«

Andererseits hat sie gegen die Neuansiedlung militärischer Betriebe am Kap nichts einzuwenden: Als Kärcher – erst 1984 – nach Südafrika ging, erhielten Die Grünen zur Antwort: »Das Errichten einer Gesellschaft bedarf keiner Genehmigung bzw. Negativbescheinigung.« Die Vermittlung rüstungstechnischer Kenntnisse an Südafrikaner wird als förderungswürdig erachtet. Die regelmäßige Teilnahme südafrikanischer Militärwissenschaftler an den Tagungen des Fraunhofer-Instituts für Treib- und Explosivstoffe (ICT) in Karlsruhe kommentierte das Verteidigungsministerium: »Die Bundesregierung tritt für den freien Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse ein und fördert ihn. Sie sieht keinen Anlaß, Wissenschaftler irgendeines Landes von der Teilnahme an Tagungen auszuschließen.«

Auch in den Bundeswehr-Zeitschriften, wie der »Europäischen Wehrkunde«, sind die Fronten klar. Der in Brüssel residierende NATO-Korrespondent des vom BMVg gesponserten Blatts, Oberst a. D. Dr. H. Rolf Hallerbach, kommentiert: »Für Südafrika ist der Abbau der Apartheid das eine, der Kampf gegen den Terrorismus das andere.« Der noch im Dienst befindliche Fregattenkapitän Dieter Stockfisch berichtet in der »Zeitschrift für technische Ausbildung, Fortbildung und Information in der Bundeswehr – Soldat und Technik« über die »Verteidigung Südafrikas. .. gegen aus Angola einsickernde SWAPO-Verbände«. Die Ausgaben Südafrikas für seinen Kolonialkrieg in Namibia werden bei ihm zu »Verteidigungslasten (für Namibia), die von Südafrika getragen werden«.

Konkret 08/87, S. 28

Wolfgang Schneider

»Wählen ist ein irrationaler Akt«

Es ist der Brauch, wenn alles vorbei ist: Faschismus, Terror, Krieg, in historischen Studien zu ermitteln, wie sich das Unheil angekündigt hat, wer es vorbereiten half und wie. Zur Zeit wird gerade die bürgerliche Demokratie abgeschafft - noch nicht in der Praxis, umso mehr aber in der Theorie. Fast alle Täter sind angesehene Professoren, manche Nobelpreisträger und Regierungsberater. Wolfgang Schneider stellt die Herren und ihre »Neue Politische Ökonomie« vor

»Das Kriegswesen, die Wirtschaft und die Finanzen sind bekanntlich die Nährböden der Rationalität.«
(Arnold Gehlen, 1969)

I

Daß unsere Linksintellektuellen von dem, was sie so treiben, nicht sonderlich viel halten, wäre weiter nicht bemerkenswert, schlösse die kokette Denunziation der eigenen Arbeit nicht notwendigerweise die Unterschätzung ihres Gegenstandes mit ein. »Erst wenn eine Tageszeitung einen entsprechenden Artikel veröffentlicht, kann die Frage der Singularität der Naziverbrechen für uns (...) die Bedeutung annehmen, die sie im gegebenen Kontext so brisant macht. (...) Hätte der Disput (. . .) in einer Fachzeitschrift stattgefunden, hätte ich keinen Anstoß daran nehmen können.« Erklärte der Sozialphilosoph Jürgen Habermas im Zusammenhang der »Historiker-Debatte« (»Zeit« v. 7.11.86), um sich anschließend wieder der Tätigkeit zuzuwenden, mit der er bereits seit einigen Jahrzehnten einen Gutteil seines Lebens verbringt: dem Führen jener wissenschaftlichen Dispute in Fachzeitschriften, denen er eben noch jede gesellschaftliche Relevanz abgesprochen hatte.

Entgegen dem Habermasschen Vorschlag, die Öffentlichkeit möge sich um die Aktivitäten der »scientific community« erst kümmern, wenn's zu spät ist, möchte ich auf die Bedeutung hinweisen, die eine rechtzeitige und aufmerksame Beschäftigung mit den Erzeugnissen des etablierten Wissenschaftsbetriebes haben kann.

Angesichts der Krise bringt das herrschende Expertenwissen das Problembewußtsein der Herrschenden auf den Begriff. Und das ist in den letzten Jahren realistischer, also illusionsloser geworden, als all jene glauben wollen, die die regierungsamtliche Gesundbeterei für der bourgeoisen Weisheit letzten Schluß halten. Am Stand der bürgerlichen Krisenanalyse und am Bild, das diese vom Zustand der politischen Entscheidungsinstanzen zeichnet, läßt sich daher ablesen, wie weit sie heute schon wieder sind, auch, wo sie noch hinwollen.

Ein besonders lehrreiches Beispiel für die Leistungsfähigkeit und Radikalität bürgerlicher Theorie- und Ideologiebildung bietet die nach dem 2. Weltkrieg zunächst von amerikanischen Ökonomen entworfene, nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre zunehmend auch von bundesdeutschen Fachkollegen übernommene und mittlerweile unter Sozial- wie Wirtschaftswissenschaftlern zum neuen Forschungsschwerpunkt avancierte »Neue Politische Ökonomie« (NPÖ). Nicht nur die Erscheinungs- bzw. Wiederauflagedaten der einschlägigen Publikationen in der Bundesrepublik zeugen von der Aktualität dieses vorläufig letzten systematischen Versuchs, die krisengeschüttelten kapitalistischen Gesellschaften zunächst theoretisch wieder in den Griff zu bekommen. Einer der Begründer und führenden Köpfe der NPÖ-Schule, der amerikanische Ökonom James McGill Buchanan, ist erst im Oktober 1986 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet worden.

Die traditionelle bürgerliche Ökonomie war der Möglichkeit, Wirtschaftsprozesse mit Hilfe staatlicher Instanzen zu steuern, stets äußerst mißtrauisch begegnet, da ihr der Staat als Tummelplatz einer am eigenen Wohlergehen interessierten Bevölkerung und mithin als selbst nicht ausreichend disziplinierbar erschien. Sie behandelte ihn in ihren um die Konstruktion von abstrakten Markt- und Konkurrenzmodellen kreisenden Untersuchungen entsprechend als ein der Wirtschaft bloß äußerliches, theoretisch vernachlässigbares Rahmendatum und begnügte sich mit der platt-ideologischen, am Freihandel des 19. Jahrhunderts orientierten Forderung nach »mehr Markt – weniger Staat«. Demgegenüber trägt die Neue Politische Ökonomie den veränderten Reproduktionsbedingungen des Spätkapitalismus Rechnung, indem sie schwerpunktmäßig zum Gegenstand ihrer Analyse macht und ins Kalkül ihrer Reformprogrammatik integriert, was die umstandslose Durchsetzung der Kapitalinteressen zunehmend behindert: den bürokratischen Staatsapparat und das System politischer Entscheidungsfindung.

II

Einer der prominentesten Nationalökonomen des 20. Jahrhunderts, der österreichische NPÖ-Vorläufer Joseph A. Schumpeter (1883-1950), hat bereits 1942, in seinem Buch »Kapitalismus Sozialismus und Demokratie« (5. Aufl. 1980), letztere zum lediglich nützlichen Mittel für die Auswahl von Führern und Führungsgarnituren degradiert: »Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.«

»Unfähig, selbst ein Ziel zu sein«, bedeute »Demokratie (. ..) nur, daß das Volk (das sowieso »keiner anderen Handlung als der Panik fähig ist«) die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder abzulehnen«.

Indem Schumpeter Parteienwettbewerb und allgemeine Wahlen in Analogie zum Konkurrenzbetrieb kapitalistischer Marktwirtschaften beschrieb, betonte er sowohl den Warencharakter parteipolitischer Programmatiken als auch die in seinen Augen unvermeidliche Tatsache, daß »Demokratie« in der bürgerlichen Gesellschaft nurmehr als »Regulator für die Befriedigung von Privatinteressen« (Habermas) fungiert und also gegen eine effizientere »Methode« auszuwechseln ist, wenn sie diesen Zweck nicht mehr zufriedenstellend erfüllt. Wie die »freie« Konkurrenz der Produzenten um die Kaufkraft der Konsumenten den Marktprozeß dominiere, so bestimme »freie Konkurrenz um freie Stimmen« das politische Verfahren. Und wie in der kapitalistischen Wirtschaft die Güterproduktion ein bloßer Nebeneffekt des unternehmerischen Strebens nach Profit, so sei auch das Ergebnis des politischen Entscheidungsprozesses – Regierung, Verwaltung, Gesetze – ein Nebenprodukt des Kampfes einzelner politischer Unternehmer um die mit politischen Ämtern verbundenen Vorteile.

Damit hatte Schumpeter das bürgerliche, um Begriffe wie »Gemeinwohl« und »Selbstbestimmung des Volkes« zentrierte Demokratie-Ideal vom Kopf auf die Füße gestellt und eine Kritik ideologischer Phrasen formuliert, die auch noch die freidemokratisch-grundordentliche Lüge vom staatsgewalttätigen Volk der Bundesrepublik im Wahljahr 1987 trifft: »Das Volk herrscht in Tat und Wahrheit nie, aber durch Definition kann es immer dazu gebracht werden.«

Erst kürzlich hat der »eigentliche Schöpfer der modernen Wissenschaftstheorie« (»Welt«), Sir Karl R. Popper, die Gültigkeit der Schumpeterschen Einsichten bestätigt. Auf seine Lieblingsfrage »Wer soll regieren? Die wenigen Weisen oder die vielen Dummen?«, antwortete er: »Wenn man fragt: 'Was ist das Wesen der Demokratie', dann ist die Antwort natürlich: 'Volksherrschaft'. Aber die gibt es ja gar nicht, es ist ja nur ein Wort. Wo hat man schon gesehen, daß das Volk herrscht? (...) Die Frage also nach dem Wesen der Demokratie führt zu der falschen Theorie: Das Volk soll herrschen. Das Volk herrscht aber nicht, eine Regierung herrscht.« Darüber hat sich ein ehemals regierender Sozialdemokrat sehr gefreut: »Sie haben mit ihrer Arbeit den Demokratien des Westens viel geholfen« (Helmut Schmidt an Karl R. Popper).

1951 schockierte der spätere Ökonomie-Nobelpreisträger (1972) Kenneth J. Arrow die parlamentarischen Demokraten mit der Reformulierung eines Paradoxons, das 1785 der Marquis de Condorcet entdeckt hatte und das in seiner einfachsten Form besagt: Hat ein Gremium über die Rangfolge dreier Projekte (A, B. C) zu entscheiden und wählt ein Drittel seiner Mitglieder die Rangfolge ABC, das zweite Drittel BCA und das dritte CAB, so kommt dieses Gremium zu keiner eindeutigen Entscheidung. Denn bei alternativer Abstimmung ergibt sich, daß zunächst A gegen B und dann B gegen C gewinnt, woraus logisch ein Sieg von A auch über C gefolgert werden muß. Doch bei der entsprechenden Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit gegen A.

Diese jedem Besucher einer studentischen Vollversammlung geläufige Logelei (Reihenfolge und Modus der Abstimmungen können das Abstimmungsergebnis präjudizieren) hat nun in den letzten 30 Jahren unter der Bezeichnung »Unmöglichkeitstheorem« bei Mathematikern, Statistikern, Soziologen und Ökonomen eine bemerkenswert steile Karriere gemacht. Geht es hier doch, so Bruno S. Frey, einer der emsigsten NPÖ-Popularisatoren im deutschsprachigen Raum, um die »Frage, ob überhaupt eine rationale und widerspruchslose Entscheidung in einer Demokratie möglich ist«. Seine Antwort: Arrow habe bewiesen, »daß auch unter sehr einleuchtenden und akzeptablen Bedingungen keine logisch widerspruchsfreie gesellschaftliche Entscheidung möglich ist«. Daher müsse, forderte Christian Seidl 1986 in einem Beitrag für die »Wirtschaftspolitischen Blätter«, das demokratische Mehrheitsprinzip »zu den am wenigsten überzeugenden und mit schwersten Einwänden belasteten Kollektiventscheidungsprozessen (ge)zählt« und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden. Nicht nur aus humanitären Gründen (»Lynchen« sei »die reinste Form unmittelbarer Demokratie«), sondern weil mathematisch nachweisbar sei, »daß Inkonsistenzen dieser Art vermieden werden können, wenn Entscheidungsrechte hinsichtlich sozialer Zustände nicht mehr allen Individuen offenstehen (...). Konflikte lassen sich vermeiden, wenn nicht mehr alle überall mitzubestimmen haben.«

Sechs Jahre nach Arrows logischer Widerlegung demokratischer Prinzipien veröffentlichte der Amerikaner Anthony Downs mit seinem Buch »Ökonomische Theorie der Demokratie« (1957; deutsch: 1968!) den ersten systematischen und umfassenden Versuch, das ökonomische Konzept des rational handelnden, d. h. egoistisch seinen Privat-Nutzen mehrenden Individuums auf den politischen Prozeß zu übertragen. Er hat damit der NPÖ ihre Grundlagen geliefert und Maßstäbe gesetzt, an denen sie sich bis heute orientiert.

»Wir wollen feststellen, welche Form des politischen Verhaltens für die Regierung und für die Bürger einer Demokratie rational ist« – beschreibt Downs ein Untersuchungsprogramm, dessen Ergebnisse sowohl den Verdruß der kaisertreuen Journaille am bundesrepublikanischen Wahl-Exzeß dieses Jahres verständlich machen (»Immerzu wählen. Wann eigentlich kann in Bonn regiert werden?«, »Zeit« v. 3.4.87) als auch die Anarcho-Parole »Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten« stützen.

Weil, meint Downs, ein vernünftiger Mensch in Entscheidungssituationen stets die Alternative wählt, die ihm bei geringsten Kosten (Aufwand an Zeit, Geld etc.) den größten persönlichen Vorteil verspricht, wird er auch nur dann zur

Wahl gehen, wenn der Nutzen, den er aus seiner Teilnahme an dieser Wahl zu erhalten glaubt, die ihm dabei entstehenden Kosten übersteigt. Um seinen möglichen Nutzen zu berechnen, muß sich der Wähler (Frauenstimmrecht ist keine Bedingung der NPÖ-Definition von »Demokratie«) sowohl die Programme und Leistungen der verschiedenen Parteien miteinander und mit den eigenen Bedürfnissen vergleichen, als auch die Chance ermitteln, die für eine Regierungsbeteiligung der favorisierten Partei besteht. Sich die für derartige Kalkulationen nötigen Informationen zu beschaffen, »kostet« Zeit, manchmal auch Geld. Diese »Kosten« sind mit dem möglicherweise höheren »Nutzenertrag« einer den eigenen Wünschen tatsächlich entsprechenden Wahlentscheidung zu saldieren. Ist das Ergebnis positiv, »lohnt« eine Wahlbeteiligung – unter der Voraussetzung, daß die Stimmabgabe tatsächlich den Wahlausgang zugunsten der bevorzugten Partei entscheidet. Da genau dies jedoch in einer »Massendemokratie« außerordentlich unwahrscheinlich ist, wird ein rationaler Wähler keine größeren »Kosten« auf sich nehmen, um seinen politischen Informationsstand zu erhöhen. Also, schlußfolgert Downs, ist politische Unwissenheit »eine äußerst rationale Antwort auf die Tatsachen des politischen Lebens in einer Massendemokratie«. »Rationales Verhalten besteht für die meisten Bürger darin, politisch uninformiert zu bleiben.«

Im übrigen, so komplettiert Downs seine Argumentation, gehören die denkbaren Vorteile »einer Gesellschaft mit einer wohlinformierten Wählerschaft« zu den jedem zugänglichen »öffentlichen Gütern«, d. h. vom »Genuß« dadurch bewirkter Verbesserungen kann niemand ausgeschlossen werden, gleichgültig ob er sich etwa an den »Informationskosten«, die fürs Zustandekommen der entsprechenden Entscheidungen zu »zahlen« waren, beteiligt hat oder nicht. Deshalb wird ein vernünftiger Mensch die Annehmlichkeiten nicht-vergifteter Lebensmittel und unverpesteter Luft, einer entmilitarisierten Staats- und gerechten Sozialordnung zwar gerne für sich nutzen, selbst aber nichts dafür tun wollen – und sei es, sich zu informieren: »Sich gut zu informieren, erweist sich kollektiv zwar als rational, individuell jedoch als irrational«. Oder, in der brutalen Formulierung des Münchner Professors und NPÖ-Adepten Claude Hillinger aus dem Jahr 1979: »Egal, wie die Konsequenzen für die Gesellschaft sein mögen, es ist rational für den einzelnen, sich nicht nach ihnen zu richten.«

Aber nicht nur die rationale Ignoranz des Massendemokraten und die Trittbrettfahrermentalität vernünftiger Egoisten, sondern auch die Gesetze des Wählerstimmenmarktes und der Parteienkonkurrenz eliminieren in marktwirtschaftlich fundierten Gesellschaften systemalternative Vorstellungen aus dem demokratischen Entscheidungsprozeß. Parteien, so hat die NPÖ herausgefunden, verhalten sich nämlich als politische Unternehmen, die allein auf Stimmenmaximierung aus sind, bei der Festlegung ihrer Programme genau analog einem Industrieunternehmen, das bei gegebener Arbeits- und Kaufkraftverteilung auf dem Markt den profitgünstigsten Standort wählt. Weil nun die Wählerschaft der westlichen Industriegesellschaften auf der politischen Rechts-Links-Skala »normal« verteilt ist, die Mehrheit sich also in der »Mitte« sammelt, ist es für die Parteien rational, sich programmatisch ebenfalls in der »Mitte« anzusiedeln und mit der Zeit identisch zu werden. So bewirkt der unternehmerisch stets riskante Versuch, einen (stimmen)marktgerechten Standort zu finden – gegenwärtig exemplarisch beobachtbar am De-Programmierungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie – , daß dem rationalen Wähler letztendlich eine Wahl logisch unmöglich wird. Daher, krönt Bruno S. Frey seine NPÖ-Laudatio, »ist die perfekte Demokratie durch völlige Stimmenthaltung gekennzeichnet« .

Nun ist den bürgerlichen Ökonomen selbstverständlich aufgefallen, daß die Menschen sich nicht so verhalten, wie das Modell ihnen nahelegt. Die Wahlbeteiligungen in den kapitalistischen Demokratien sind – einschließlich der 50prozentigen in den USA – noch immer entschieden zu hoch, höher jedenfalls als die ökonomische Logik gestattet. Offenbar haben die Wahlberechtigten weder kapiert, daß der wahrscheinliche Nutzen ihrer Stimmabgabe den Gang zum Wahllokal keineswegs »lohnt«, noch, daß sie gar keine Wahl haben. Downs und seine Nachfolger haben daher zu allerlei Hilfskonstruktionen gegriffen, um die Kluft zwischen Theorie und Wirklichkeit zu überbrücken, und so unökonomische Begriffe wie »Pflichtbewußtsein«, »Gehorsam« und »Staatstreue« benutzt, um sich den merkwürdigen Run der realkapitalistischen Demokraten auf die Wahlkabinen zu erklären. Warum selbst diese dürre Spekulation zur Begründung einer Wahlbeteiligung nicht ausreicht, haben 1979 die beiden deutschen Nachwuchs-NPÖler Kirchgäßner und Schneider gezeigt: »Der schlechteste Fall ist für den einzelnen Wähler nicht, daß wegen seiner Nichtteilnahme die von ihm favorisierte Partei nicht gewinnt, sondern daß er bei seinem Gang zum Wahllokal bei einem Verkehrsunfall ums Leben kommt . « Da aber die Annahme, die kapitalistischen Gesellschaften würden in regelmäßigen Abständen den zigmillionenfachen Kollektivselbstmord proben, um ihre politischen Führer zu bestimmen kaum plausibel vertreten werden kann, bleibt als Fazit der ökonomischen Demokratietheorie »die Erkenntnis, daß das tatsächliche Wählerverhalten rational nicht erklärbar ist« (Kirchgäßner/Schneider). Das haben die Amerikaner Riker und Ordeshook schon 1968 gewußt: »Voting is an irrational act.«

III

Gerade rechtzeitig, um die durch die sich formierende schwarze Bürgerrechtsbewegung und den beginnenden Anti-Vietnamkriegsprotest in den USA irritierten Gemüter wieder zu beruhigen, erschien 1965 das zweite Hauptwerk der Neuen Politischen Ökonomie – Mancur Olsons »Die Logik des kollektiven Handelns« (deutsch: 1968; Neuauflage: 1985) – und machte sofort Furore. Olson, Wirtschaftswissenschaftler und unter Lyndon B. Johnson Mitarbeiter des US-

Bundesministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, bemüht sich darin um die Widerlegung der bis dato selbstverständlichen Annahme, »daß Gruppen von Individuen so handeln, daß sie ihre gemeinsamen oder Gruppeninteressen erreichen« und behauptet statt dessen: »Außer wenn die Zahl der Individuen in einer Gruppe ziemlich klein ist oder Zwang oder irgendein anderes spezielles Mittel angewendet werden kann, um die Einzelnen zu bewegen, in ihrem gemeinsamen Interesse zu handeln, werden rationale, im Eigeninteresse handelnde Individuen tatsächlich nicht so handeln, daß ihr gemeinsames oder Gruppeninteresse verwirklicht wird.«

Wie Downs die politische Ignoranz der Stimmberechtigten, so begründet Olson die politische Passivität gleichwohl gemeinsam Interessierter mit der »Trittbrettfahrer«Mentalität vernünftiger Menschen und der Unteilbarkeit der von ihnen angestrebten

Vergünstigungen. Zum Beispiel: »Ein rational handelnder Arbeiter wird nicht freiwillig in einer großen Gewerkschaft mitarbeiten, die einen kollektiven Vorteil bietet, weil er allein die Gewerkschaft nicht merklich stärken würde und er die Vorteile aus allen Leistungen der Gewerkschaft genießen könnte, ob er sie nun unterstützt oder nicht.« Die Folge derart privater Kosten-Nutzen-Kalkulationen ist natürlich (weil tendenziell jeder so denkt), daß mit steigender Zahl derjenigen, die gemeinsam ein Ziel verfolgen, die Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung abnimmt: »Je größer die Gruppe, um so weniger wird sie ihre gemeinsamen Interessen fördern.« Anders als kleine Interessentengruppen (Kartelle, Unternehmervereinigungen etc.), die durch informelle Kontakte, interne Kontrollen und Aussicht auf persönlich erhebliche Privilegien das Engagement ihrer Mitglieder sichern können, müssen etwa große Gewerkschaften daher entweder Zwang (wie im closed-shop-System der USA) oder »selektive Anreize« (wie in der BRD: Bereitstellung ausschließlich den Mitgliedern vorbehaltener Service-Leistungen) aufbieten, um die Arbeiter zum Beitritt zu bewegen. Gewalt (z. B. durch Streikposten) und Bezahlung (durch allerlei Geldwertes, das mit dem propagierten Organisationsziel nichts zu tun hat) sind somit, meint Olson, die eigentlichen Voraussetzungen der Bildung und Ausbreitung von Gewerkschaften – und nicht etwa die Durchsetzung von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, an denen auch partizipiert, wer sich gewerkschaftlich nicht betätigt. Von solch irrationalen Regungen wie Solidarität oder gar Klassenbewußtsein ganz zu schweigen: »Wenn die Einzelnen, die eine Klasse bilden, rational handeln, wird es nicht zu klassenorientiertem Handeln kommen.«

Erich Weede, Professor für Soziologie an der Universität Köln und der wohl radikalste NPÖ-Ideologe in der Bundesrepublik, hat im letzten Jahr eine lesenswerte Zusammenfassung des aktuellen Stands der NPÖ-Forschung veröffentlicht (»Konfliktforschung«, 1986) und darin u. a. dem südafrikanischen Rassistenregime mit Hilfe der Olsonschen »Logik« eine Besitzstandsgarantie geliefert: »Für die Schwarzen in Südafrika ist die rassische Diskriminierung ein kollektives Übel. Wenn dieses verringert oder abgeschafft wird, profitieren die Schwarzen davon, unabhängig von ihrem persönlichen Beitrag dazu.« Weil es somit rational für jeden Einzelnen sei, sich an Aktivitäten zum Sturz der Botha-Diktatur nicht zu beteiligen, sei deren Existenz bis auf weiteres gesichert.

Diese Überlegung hat Weede veranlaßt, die imperialistischen Staaten auf die Risikolosigkeit einer forcierten Ausbeutung der »Dritten Welt« hinzuweisen: Da »die Verelendeten allein keine Erfolgsaussichten und deshalb keinen Anreiz zum Handeln haben (und) weil das Kollektivgut einer besseren Gesellschaft Apathie und Trittbrettfahrertum nahelegt«, sei ein ernsthafter Widerstand der geplünderten Bevölkerungen nicht zu erwarten – solange jedenfalls, wie diese sich rational verhielten (und Irre gehören eingesperrt): »Der Versuch der Nutzenmaximierung legt also den Massen unabhängig vom Ausmaß der Armut, Unterdrückung und Frustration nahe, nichts zu tun.«

Preisfrage an unsere ob derartiger Gedankengänge rechtschaffen empörte Linke: Bietet Olsons Argumentation nicht tatsächlich eine plausiblere Erklärung bspw. für das beunruhigende Scheitern von Anti-AKW- und Friedensbewegung (mangels Masse und Risikobereitschaft trotz Zustimmung von seiten der Bevölkerungsmehrheit) als jene allzu bequeme Annahme, die Bewohner der kapitalistischen Welt seien als perfekt manipulierte Wesen gezwungen, permanent gegen ihre eigenen (Überlebens)Interessen zu verstoßen? Hat die Rationalitätshypothese der NPÖ mit ihrer Unterstellung kosten-nutzenbewußt handelnder Individuen, zumal in einer bis in den Intimbereich ihrer Mitglieder durchkapitalisierten Gesellschaft, nicht einen Realismus für sich, den die gläubigen Anhänger einer lediglich fehl- weil fremdgeleiteten Masse allenfalls hilflos postulieren können? Wer ist nicht schon einer Demonstration oder Blockade ferngeblieben, in der Hoffnung, es würden sich genügend andere an ihr beteiligen, und wieviele derjenigen, die von der Volkszählung nichts halten, werden – aus demselben Grund – die Fragebögen schließlich doch ausfüllen? Wem ist die Diskrepanz zwischen Radikalität der eigenen Systemkritik und der Inkonsequenz des eigenen Widerstands noch nicht sauer und folgenlos aufgestoßen? Die NPÖ hat keine Probleme, diese »Unregelmäßigkeiten« als Ausdruck individuell durchgeführter Rentabilitäts-Berechnungen zu begreifen und – zu begrüßen.

1982 hat Mancur Olson in einer abermals seiner Zunft den Weg weisenden Studie über den »Aufstieg und Niedergang von Nationen« (deutsch: 1985) seine Analyse der Entwicklungsdynamik westlicher Industriegesellschaften aktualisiert. Aus gegebenem Anlaß. Denn siebzehn Jahre nach dem Siegeszug der »Logik« durch Universitätsseminare, Politikberatungsgremien und Managerschulungskurse war der Dollarblütentraum vom dauerhaften Wachstum der kapitalistischen Wirtschaften längst geplatzt und die Krise bereits ins zweite Jahrzehnt gegangen. Dementsprechend

mußten Olson & Co. Gegenstand und Perspektive ihrer Untersuchungen verschieben. Anstatt sich weiter mit dem logischen »Beweis« der optimistischen These zu beschäftigen, daß den kapitalistischen Gesellschaften Stabilität garantiert sei, weil am eigenen Wohlergehen interessierte Menschen blöd bleiben und die überkommenen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse nicht antasten würden, fragen sie nun nach den Ursachen des für sie überraschenden Niedergangs der Weltwirtschaft und der Zukunft »unserer« Demokratien. Ihre Antwort liest sich wie eine polit-ökonomische Reformulierung des »Untergangs des Abendlandes«, jenes Klassikers der Krisenliteratur, mit dem der Kulturphilosoph Oswald Spengler zum ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus wurde: Jahrzehntelange Friedenszeiten bei unveränderten Staatsgrenzen, demokratische Freiheiten und soziale Sicherungssysteme unterminieren die kapitalistische Ordnung.

Diesen Schluß zieht Olson aus der Erkenntnis, daß die unterschiedlichen Wirtschaftswachstumsraten der verschiedenen kapitalistischen Länder offenbar eng mit dem jeweiligen Entwicklungsstand ihrer politischen und institutionellen Organisation zusammenhängen. Und zwar folgendermaßen:

· Weil »die große Mehrheit der Sonderinteressenorganisationen (vom Unternehmerkartell über die Berufsverbände bis zu den Gewerkschaften) Einkommen eher umverteilen als schaffen, und das mit Methoden, die die soziale Effizienz und das Sozialprodukt vermindern«; (sie versuchen nämlich das Einkommen ihrer Klientel durch zusätzliche, vom Staat oder dem Tarifpartner erpreßte Vorteile auf ein Niveau zu heben, das über dem für sie auf dem Markt erzielbaren Einkommen liegt); und

· weil »stabile Gesellschaften mit unveränderten Grenzen dazu neigen, im Laufe der Zeit mehr . . . Organisationen für kollektives Handeln zu akkumulieren«;

· deshalb leiden »Länder mit der längsten demokratischen Koalitionsfreiheit ohne Umbruch oder Invasion am meisten unter wachstumshemmenden Organisationen und Verbindungen«. (Die sozialstaatlich gezähmten kapitalistischen Gesellschaften werden daher im NPÖ-Jargon 'rent-seeking-societies' genannt, wobei 'Rente' eben jenes 'leistungslose' Zusatz-Einkommen meint, auf das es die organisierten Interessengruppen abgesehen haben.)

· »Erst dann, wenn das Interessentenunwesen durch einen verlorenen Krieg oder eine gesellschaftliche Umwälzung zerschlagen wird, bekommt das gebeutelte Gemeinwesen die Chance eines Neuanfangs; der Schoß ist fruchtbar für ein Wirtschaftswunder, bis die anhaltende ökonomische und politische Stabilität die gestärkten Interessengruppen wieder auf den Plan ruft.« So hat Burkhard Strümpel in der »Zeit« den abschließenden Schritt der Olsonsschen Argumentation korrekt zusammengefaßt.

Daß Gewalt und Zerstörung notwendige Voraussetzungen der Prosperität kapitalistischer Wirtschaften sind, steht für Olson außer Frage. Großbritannien etwa, das in diesem Jahrhundert ohne Krieg auf eigenem Territorium auskommen mußte und nicht mal eine faschistische Diktatur zustande gebracht, sondern bloß sein Gewerkschaftsunwesen kultiviert habe, sei eben darum heute ökonomisch am Ende, während das wirtschaftswunderbare Beispiel der Bundesrepublik zeige, »daß Länder, deren Verteilungskoalitionen durch totalitäre Regierungen oder fremde Besatzungsmächte kraftlos oder beseitigt wurden relativ schnell wachsen werden, nachdem wieder eine freie und stabile Rechtsordnung errichtet worden ist«. In diesem Zusammenhang hat Peter Koslowski, Professor für Philosophie und Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke, »die Demokratie eine konservative Staatsform« gescholten und den Nationalsozialismus als »eine Modernisierungsbewegung« bezeichnet, »die die Stagnation der sozialen Reform und Modernisierung in der Weimarer Republik zu überwinden suchte.«

Noch allerdings hütet sich Olson davor, für einen faschistischen Staatsstreich in den kapitalistischen Metropolen zu plädieren. Stattdessen ruft er zur neokolonialen Offensive: »Wenn eine große Reserve billigerer ausländischer Arbeit leicht angezapft werden kann«, ließe sich der »'innere Widerspruch' in der Entwicklung stabiler Gesellschaften«, der »Konflikt zwischen den großartigen ökonomischen und politischen Vorteilen von Frieden und Stabilität und den längerfristigen Verlusten auf Grund des anwachsenden Netzwerks von Verteilungskoalitionen« wenigstens vorläufig stillstellen, ohne daß dafür das gesamte Institutionsgefüge der imperialistischen Staaten umgekrempelt werden müßte. Zwar wird letzteres auf Dauer sich kaum vermeiden lassen, zur Zeit seien die Bevölkerungen der 'rent-seeking-societies' noch zu stur auf die ihnen gewährten sozialen und demokratischen Rechte fixiert.

Auch Dan Usher zweifelt am guten Willen der hiesigen unteren Klassen. In seinem 1981 veröffentlichten, u. a. von »Financial Times« und »Economist« bejubelten Buch über »Die ökonomischen Grundlagen der Demokratie« (deutsch: 1983) fragt sich der Ökonomie-Professor und ehemalige UN-Mitarbeiter besorgt, »ob unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt irgend etwas anderes möglich wäre als das allgemeine Wahlrecht. Denn eine Beschränkung der Wahlberechtigung wäre heute ausgesprochen gefährlich (nicht etwa: verwerflich! WS), weil alle 'entmündigten' Gruppen auf diese Weise zu Staatsfeinden werden könnten und weil die Vorstellung gleicher staatsbürgerlicher und politischer Rechte in unserem heutigen Bewußtsein einfach zu fest (!) verankert ist. «

Da bieten die Menschen der Dritten Welt doch ganz andere Möglichkeiten: Weil die herrschende Klasse sich nach Olsons Meinung auf den 'Tag X' gut vorbereiten sollte, empfiehlt er, zu Übungszwecken Experimente mit »drastischer

ökonomischer Instabilität als auch politischer Instabilität« in den »armen Entwicklungsländern« durchzuführen. Die praktische Bedeutung solcher 'Tests' sieht er darin, »daß sie den Weg erhellen könnte(n), auf dem sich eine ökonomische und möglicherweise recht wünschenswerte Form der Instabilität (in die reichen Industrieländer, WS) einführen ließe, die die Entwicklung von institutionellem Rheumatismus verzögern oder verhüten könnte.«

Olson verschweigt, daß sein Versuchsprogramm längst angelaufen ist. So unterhält das intellektuelle und organisatorische Zentrum der amerikanischen NPÖ-Strategen, das »Center for Study of Public Choice«/ Virginia (Direktor: James M. Buchanan), seit 1980 eine Filiale im faschistischen Chile. Dieses »Centro des Estudios Publicos«/ Santiago gibt, »tatkräftig unterstützt von den großen Wirtschaftsgruppen und den einschlägigen Ministerien der Militärdiktatur« (Müller-Plantenberg), die Zeitschrift »Estudios Publicos« heraus, um die lateinamerikanische Bourgeoisie für den Ernstfall zu präparieren. Einem deutschen Wissenschaftler blieb es vorbehalten, die Anregungen seiner US-Kollegen intellektuell zu vollstrecken. Was Erich Weede in den letzten Jahren nicht nur in seiner bereits zitierten NPÖ-Zusammenschau, sondern auch in knapp 20 internationalen Fach- und Universitätszeitschriften publizierte, markierte den vorläufigen Endpunkt einer ideologischen Aufrüstung, die eine gewaltlose Lösung der gegenwärtigen Krise längst ausgeschlossen hat.

Deutlicher noch als Olson konstatiert Weede, der grundsätzlich nur von »alternden« bzw. »alten und verkrusteten Demokratien« spricht, »die starken negativen Auswirkungen ununterbrochener Demokratie innerhalb unveränderter Grenzen auf das Wirtschaftswachstum«; – dagegen »sorgen gerade Krieg und Niederlage an manchen Stellen der Welt für vitale demokratische Marktwirtschaften«. Klarer noch als bei Olson lautet das Fazit seiner Krisenanalyse: »Auf lange Sicht untergräbt die Demokratie die Marktwirtschaft, weil sie den Übergang zur 'rent-seeking-society' nicht verhindern kann. Das ordnungspolitische Paket Marktwirtschaft und Demokratie leidet deshalb unter rein internen Selbstabschaffungstendenzen.«

Deshalb spielt das Militär in Weedes Krisenlösungskonzept eine entscheidende Rolle: Es soll die Durchführung der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse repressiv sichern. Denn daß deren »Mitbestimmung« die eigentliche Ursache des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaften ist, daran besteht für Weede kein Zweifel: »Man darf nicht die Ausweitung des Verteilungskampfes (.. .) übersehen, sobald jede Stimme in der politischen Arena zählt. (...) Obwohl es die Oberschichten überall und zu allen Zeiten getan haben, werden die negativen Auswirkungen der Suche nach Renten auf Wachstum und Verteilung noch schlimmer, seitdem auch die Unterschichten sich daran beteiligen dürfen.« Dies »wirft die Frage auf, ob die Unterschichten wirklich von der Zulassung zum Kampf um Renten profitieren. Denkbar ist, daß sogar sie von unfairem Ausschluß profitieren könnten.« Was heißen soll: Der Arbeiterklasse ginge es besser, wenn ihr die politischen Rechte vollständig entzogen wüden.

Weil dies aber durch professoralen Zuspruch kaum durchsetzbar scheint, tritt nun in Weedes Programm einer kapitalistischen Renaissance durch Refaschisierung der Gesellschaft die Staatsgewalt in Form des Militärs auf den Plan: Nicht nur »(kann) der Militärdienst (...) einen wertvollen Beitrag zur Humankapitalbildung und damit zum Wirtschaftswachstum leisten«, sondern darüber hinaus »(dürften) große Streitkräfte in gefährdeten Gesellschaften (...) zur Disziplinierung beitragen. (...) Je schwächer die markt-induzierte Disziplinierung der Unternehmer durch die Gefahr des Bankrotts und der Arbeitnehmer durch die der Entlassung, desto stärker muß eine externe, etwa militärische, Disziplinierungsinstanz sein, wenn Wachstumsverluste und Stagnation vermieden werden sollen.«

Kasten Seite 29

Kernsätze der »Neuen Politischen Ökonomie«

»Das Volk herrscht in Tat und Wahrheit nie, aber durch Definition kann es immer dazu gebracht werden«

»Die perfekte Demokratie ist durch völlige Stimmenthaltung gekennzeichnet«

»Lynchen ist die reinste Form unmittelbarer Demokratie«

»Sich gut zu informieren, erweist sich kollektiv zwar als rational, individuell jedoch als irrational«

»Konflikte lassen sich vermeiden, wenn nicht mehr alle überall mitzubestimmen haben«

»Der schlechteste Fall ist für den einzelnen Wähler nicht, daß seine Partei verliert, sondern daß er bei seinem Gang zum Wahllokal bei einem Verkehrsunfall ums Leben kommt«

»Erst wenn das Interessenunwesen durch einen verlorenen Krieg zerschlagen wird, bekommt das gebeutelte Gemeinwesen die Chance eines Neuanfangs«

»Je schwächer die Disziplinierung der Arbeitnehmer durch die Gefahr der Entlassung, desto stärker muß eine militärische Disziplinierungsinstanz sein«

Konkret 08/87, S. 32

Rüdiger Grothues

Basken gibt's gar nicht. Entweder Spanier. Oder Franzosen. Oder Terroristen

In den letzten Apriltagen des Jahres 1937 wurde die baskische Stadt Guernica mit deutscher Gründlichkeit eingeebnet. Franco hatte nichts dagegen. Die Basken sollten getroffen werden. 50 Jahre später geben die Basken noch immer keine Ruhe. In Madrid regiert ein Sozialdemokrat, in Pamplona ist Hemingways Stammcafé ein Bingosaal und die Basken sind weiterhin die Terroristen.

Wir sind die baskischen Soldaten Um Euskadi zu befreien dafür sind wir bereit unser Blut zu geben
Aus dem Volkslied »Eusko gudariak« {Baskische Soldaten), »Hymne« der baskischen Linken, vor allem der ETA und ihrer Sympathisanten

Wenn die großen Ferien nahen, die Sonne brennt und der Hafer sticht, packt Weißwurstvertreter Alois Loislhuber seinen Samsonite, wienert den Kombi blank, tankt ihn randvoll und düst ab nach Spanien. Costa Brava, wilde Wüste – do gehts fei zua, sog I! Spanien ist ein schönes Land. 22 Prozent Arbeitslose, das macht die Kellner billig und die Kellnerinnen willig, denkt sich der Loisl. Eine faschistoide Polizei, die sorgt schon für Ordnung und Ruhe, wie's der Loisl gwohnt is. Jomei, in Spanien, do gfällts eam.

Nur im letzten Sommer, also das muß der Loisl wirklich sagen, das hat ihm aber gar nicht gefallen. Mitten in der Nach hoams eam aus dem Bett getrommelt, stramm wie er war. Evakuierung, hoams gsoagt. Bombendrohung von dera saudammischen Basken, dera. Basken moag er gar net, der Loisl. Diese saudammischen, diese. Sollns gfälligst oarbeitn. Oder woas.

Warum es eigentlich ging, hat der Loisl nicht verstanden. Wie auch. Der Deutsche mag die Basken nicht, drum will er sie auch gar nicht verstehen. Und alle, die er nicht mag, tritt (Türk!) oder fürchtet er (Russ!). Erstens weil er sie nicht kennt, und zweitens erstmal sowieso.

Komm ihm doch keiner mit den Basken. Da weiß er schon Bescheid. »Tagesschau«, »Heute«. San doch alle von dera ETA. Was das heißt? Was schon: »Entführungen, Terror, Attentate«. Recht hast, Loisl. Und warum? Warum machen die das, »dera Basken«? »lomei, weils halt so san.« Und weil die Deutschen halt »so san«, bombardierten sie am 26. April 1937 eine baskische Stadt, die mehr ist als das, die ein Symbol der historischen Einheit war und ist: Guernica. Sagt dir das was, Loisl? Guernica? Du gnadenlose Spätgeburt? Hm?

++++++

Die Basken? Hemingway stellt sie uns als ein ganz »fabelhaftes« Völkchen vor. Robust, »gebräunt wie Sattelleder«, trinkfest, freigiebig und immer zu Späßen aufgelegt, rund um die Uhr feiernd – Fiesta! Ein Naturvolk wie die Indianer, und drum bestens geeignet, die Kulisse für einen arrogant vor sich hin saufenden Yankee abzugeben. Papa in Pamplona. Morgens ein paar Forellen fischen, mittags drei Flaschen Rioja und abends etwas Weibliches – ist das Leben nicht herrlich hier? Im Café »Irunea« sitzen, Cognac knallen und die bärtigen Riesen an sich vorbei ziehen lassen. Prächtig, prächtig. Heute hält sich das »Irunea« mit Bingoveranstaltungen über Wasser. Nur zur Zeit der Fiesta, zu San Fermin, dann kommen Papas Fans aus aller Welt, dann werden die Tische zusammengeschoben und die Einheimischen kaum noch bedient. Dann zählt jede müde Devisenmark.

++++++

Basken? Ein Vorurteil jagt das andere. Natürlich, sie sind ein Bergvolk (Grüß dich, Loisl!). Sie pflegen seltsame Riten. Im Sommer, zu den Fiestas, messen sie sich in Wettkämpfen, die man liebevoll mit »urwüchsig« umschreiben würde. Sie sensen um die Wette, sie zerhacken Holzkötze, auf denen sie stehen, sie heben Steine.

Die Bayern Spaniens – so einfach hätte es mancher gerne. Separatisten, ab ins Archiv der Kuriositäten. Selbst Linke sehen in den Bestrebungen der Basken nach Selbständigkeit, nach Freiheit ein eher antiquiertes Anliegen, einen nationalistischen Irrweg im Zeitalter der einzig abhelfenden Kommunität. Basken, ETA: »Große Mauer drum rum und Ruhe!«, sagt Günter, linker Flügel SPD. (Hallo Loisl).

Die Basken sehen ihre Zukunft in einem Europa konföderierter Staaten.

++++++

Wer das baskische Problem begreifen will, der muß zuallererst und vorderdings eines begreifen: Sie sind keine Spanier, die Basken. Sie sind – Basken. Sie sprechen eine Sprache, die dermaßen intelligent, einfach und für uns damit kompliziert aufgebaut ist (Euskara), daß es Jahre kostet, sie zu erlernen.(Bayrisch ist keine Sprache, Loisl. Ein Furz).

Die Basken wissen um ihre »Besonderheit«. Woher sie kamen, wissen sie selbst nicht genau. Aber wohin sie gehen wollen, das wollen sie selbst bestimmen.

++++++

Irun, Grenzstadt zu Frankreich. Der Interrail-Reiseführer mahnt: »Häßliche Industriestadt«. Möglichst schnell hinter sich bringen. Portugal ist eh billiger.

Richtig so. Die Basken haben genug Probleme. Da braucht's keine Rucksäcke mehr.

Irun, Gipuzkoa. Hier warteten im vergangenen Sommer ein paar Dutzend Fischer aus dem nahen Fuenterrabia auf französische Fernfahrer. Sie hatten sich an der Grenze postiert, zogen die Trucker aus ihren Kabinen und verprügelten sie. Als die Polizei eingriff, sammelten sie sich vor dem Zollhof für LKWs und harrten schweigend aus, von morgens bis abends, umringt von einer Rotte Polizei.

Ihre Kollegen, die Fischer der flota vasca, der baskischen Flotte, blockierten derweil den Hafen von Hendaye (französisches Baskenland) mit ihren blau-rot-grün bemalten Kuttern. Sauber nebeneinander geankert, über die ganze Breite der Bucht, in vier Reihen, demonstrierten die Arrantzales, die baskischen Fischer, gegen dn Fangverbot durch die französische Regierung. Bis die Marine eingriff.

Irun, zwei Monate später. Chirac liefert »mutmaßliche ETA-Mitglieder« an Spanien aus. Bis heute sind es 32. An der Grenze zu Frankreich gehen PKWs mit französischem Kennzeichen in Flammen auf, in San Sebastian und Bilbao brennen französische Autovertretungen. In Euskadi rufen Plakate an den Wänden zum Boykott französischer Waren auf.

Ein französisches Gesetz verbietet die Auslieferung politisch Verfolgter. Basken werden einer folternden Soldateska in Gestalt der Guardia Civil ausgeliefert, während man gleichzeitig Menschenschlächter wie Duvalier, Khomeini und Bokassa duldet und geduldet hat. Liberté et Egalité gilt halt nur ab einer gewissen Größe. Terroristen sind immer die, die gegen Terror aufstehen. Und die werden in Frankreich nicht geschätzt. Außerdem gibt es keine Basken. Es gibt nur Franzosen. Grand nation. Was sagt Loisl? Nichts. Loisl jauchzt. Der wird sich noch umgucken.

++++++

Für Parolen ist kein Platz im Euskadi. Die Wände sind über und über damit bemalt. Selbst Kirchenportale erfüllen hier einen Zweck: »Gora ETA-militarra!« – Es lebe die ETA-militar. Und sie lebt.

Alle Versuche, sie zu zerschlagen, waren bislang zum Scheitern verurteilt. Die GAL (»antiterroristische Befreiungsgruppe«), von Gonzales finanziert, suchte 1983 den gewaltsamen Weg. Diese aus der Marseiller Mafia rekrutierten Killerkommandos operierten als verlängerter Arm Madrids in Frankreich, wo sie im Exil lebende Basken kaltblütig über den Haufen schossen. Diese staatlich abgesegnete und subventionierte Lynchjustiz trieb der ETA nur noch mehr Sympathisanten zu. Auch die neuerdings vielbeschworene »spanisch-französische Zusammenarbeit« (Ausweisung, Abschiebung, Deportation baskischer Exilanten) schürt Aufregung weniger in den Reihen der ETA als unter der baskischen Jugend.

Gleich nach Franco wandte sich Madrid mit Bitte um Amtshilfe an die BRD und baute eine »Antiterrorgruppe« mit Hilfe und nach dem Vorbild der GSG 9 auf. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Denn es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen der ETA und den gewöhnlichen Terrororganisationen Europas. Im Gegensatz zur RAF, den Roten Brigaden oder der Action directe ist die baskische Befreiungsbewegung kein Familienbetrieb mit zehn, elf Angestellten. Hinter ihr steht nicht nur eine Ideologie, hinter ihr steht auch ein nicht unbeträchtlicher Teil des Volkes, für das sie kämpft. 1000 Köpfe hoch schätzt man die »Euskadi ta Askatasuna« (Baskenland und Freiheit), aufgesplittert in zahlreichen Kommandos operierend; hinzu kommen 600 Etarras, die in spanischen Knästen sitzen. Ganz zu schweigen von dem unerhörten Reservoir an Gesinnungsgenossen, aus dem die ETA schöpfen kann. Die ETA ist, sowohl zahlenmäßig wie vom moralischen Standpunkt her gesehen, keine »kleine Terrorgruppe«. Sie ist eine Volksbefreiungsarmee.

Wobei sich über ihre Methoden gewiß streiten läßt. Nicht aber über ihre redlichen Motive. Die jüngsten Parlamentswahlen zur Farce einer baskischen Autonomieregierung am 30.11.86 bescherte den Basken zwar einen Wahlsieg der PSOE (mehr als ein Drittel der in Euskadi lebenden Menschen sind kastilische Immigranten), brachte die beiden baskischen Linksparteien zusammen aber auf knapp 30 Prozent aller Stimmen. Euskadiko Ezkerra (Baskische Linke), der ETA-politico-militar nahestehend, kommt mit über zehn Prozent auf neun Abgeordnete im 75köpfigen Parlament; die Herri Batasuna (HB/»Volkseinheit«), der sog. politische Flügel der ETA-militar, ist mit fast 20 Prozent Stimmenanteil drittstärkste Kraft Euskadis, nach den Sozialisten und der PNV, der konservativen baskischen nationalistischen Partei. Diese hat sich mit den zentralistischen PSOE-Leuten nach fast dreimonatigem Ringen auf eine gemeinsame Regierung geeinigt, in der sie den baskischen Parlamentspräsidenten stellt. Die Ministerposten werden zu glichen Teilen vergeben. Denn obwohl die PSOE stärkste Fraktion im baskischen Parlament ist, hatte sie keine Chancen auf die Position des Regierungschefs. Eines ist bei aller Zerstrittenheit der baskischen Parteien klar: Einen spanischen, d.h. einen zentralistischen Präsidenten wird dieses Land nie dulden.

Die HB nutzte die Präsidentenwahl zu einem ihrer seltenen Auftritte im baskischen Parlament, das sie, wie die spanischen Cortes, in denen sie auch vertreten ist, wegen mangelnder Befugnisse oder Unzuständigkeit boykottiert, indem sie einen

ihrer inhaftierten ETA-Kampfer als Kandidaten aufstellte. Eigens für diese Wahl mußte er aus der U-Haft entlassen werden, um dort, im baskischen Parlament seine Wahlrede halten zu können. Er hielt sie abwechselnd in Spanisch und Baskisch (Euskara). Die Sozialisten verließen vorab den Saal. Von den 18 Abgeordneten der PSOE beherrschen nur drei Euskara.

+ + + + + + +

(Loisl, bist du noch da?). Schön.

Die Mehrheit der Basken, daran lassen Umfragen keinen Zweifel, unterstützt offen die Forderungen der ETA, die die sogenannte Alternative KAS (Kordinadora Abertzale Sozialista/sozialistische patriotische Koordination), die der HB angehört, in einem Fünf-Punkte-Forderungskatalog zusammenfaßt: 1. Selbstbestimmung und Anerkennung der Integrität Euskadis. 2. Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. 3. Amnestie für die Etarras, die ETA-Kämpfer. 4. Abzug aller staatlichen »Ordnungskräfte« und 5. Die Eingliederung der Provinz Navarra in die C.A. Vasca.

Das sind Forderungen, die an die Substanz des spanischen Staates gehen, in dem nach wie vor das Militär das Sagen hat. Referenden in Navarra über die Zugehörigkeit zur C.A. Vasca weiß man seit Jahren auf subtile Art und Weise zu verhindern. Navarra ist zu einer Region aufgerückt, die militärisch wie wirtschaftlich von Bedeutung ist. Der Abzug aller militärischen wie polizeilichen Truppen käme in den Augen der ultrarechten Militärs einer Bankrotterklärung des spanischen Staates gleich. Heute die Basken, morgen die Katalonen, und übermorgen...

Amnestie? Sicher, es existieren Angebote zur »Wiedereingliederung« an die Etarras im französischem Exil. Aber diese sogenannten »quemados«, die Gebrannten, wären schlecht beraten, um nicht zu sagen dämlich, wenn sie sich auf diese Offerten Madrids einließen. Die Guardia Civil wie die Policia Nacional (zuständig in größeren Städten) foltern, wenn es darum geht, Aussagen zu erpressen. Das wissen die Basken ebenso gut wie amnesty international.

++++++

Euskadi ist nicht Chile. Hier wird niemand auf offener Straße angezündet, hier treibt die Polizei die Menschen nicht in Stadien, um sie systematisch zu erschießen. Aber Terror heißt Schrecken. Und der ist in diesem besetzten, betrogenen Land an jeder Straßenecke spürbar.

»Dreh dich nicht um!« heißt es, wenn einem eine Guardia-Streife entgegenkommt – »Nicht hinschauen!« Schon passiert. Wir werden rechts rangewunken. Antxon wirft mir einen bösen Blick zu. Aussteigen, Abtasten, Papiere.

Antxon ist Baske. Er liebt sein Land, er haßt die Polizei. Versteht sich, daß er HB wählt. Versteht sich auch, daß er Pazifist ist und wie die überwältigende Mehrheit Euskadis beim Referendum gegen den Verbleib Spaniens in der NATO gestimmt hat. Was sich nicht unbedingt versteht: Nach seinem Informatikstudium hat Antxon mit 26 Jahren endlich eine Praktikantenstelle bei Nixdorf/San Sebastian gefunden. Dort spielt er nun für einen Hungerlohn das Mädchen für alles. Dennoch: Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent besser als nichts.

Warum man ihn angehalten hat? »Routinekontrolle«. Klingt nicht gut. Das Nummernschild beginnt mit »SS« für San Sebastian. Am Heck des Wagens klebt die »Ikurrina«, die baskische Nationalflagge. Verdachtsmomente genug. Man filzt den Wagen, schubst Antxon hin und her, fragt ihn zum wiederholten Male, woher er komme, wohin er wolle. Dann entdeckt einer der Guardias den »Abrüstung Jetzt!«-Aufkleber. Dummerweise hatte ich Antxon mal einen Stapel davon mitgebracht, da er sie unbedingt haben wollte.

»Was hat das zu bedeuten, he?« Antxon wird brutal angegangen. Man stößt ihm mit dem MP-Lauf in die Rippen, schlägt ihm ins Gesicht – »Was, he?«. Der Guardist kann kein Deutsch. Er sieht nur abgebildete Waffen, durchgestrichen oder nicht und fühlt sich provoziert. Von Basken sowieso und immer. Ruhig, ohne ausholende Bewegungen und immer wieder erklärt Antxon ihnen den Inhalt. Als sie es endlich begriffen haben – das dauert eine Weile, belächelt man Antxon mitleidig und drängt ihn wieder unsanft in sein Auto. »Schwirr ab!« Das läßt sich Antxon nicht zweimal sagen. Er drückt aufs Gaspedal, ich komme gerade noch in den Wagen.

++++++

Kürzlich, anläßlich der Aushebung eines »baskischen Waffenlagers« in Hendaye (franz. Baskenland) prahlte man damit, der ETA einen »schweren Schlag« versetzt zu haben. »Baskische Terroristen unter Druck« tönte die »Süddeutsche«. »Einer der wichtigsten Schläge gegen die ETA seit ihrem Bestehen« sei diese Operation gewesen.

Mit den wichtigen Schlägen ist das so eine Sache. Jokin kann darüber nur müde grinsen. Er lebt seit Jahren in der BRD, arbeitete eine Zeit lang als Pfarrer, bis der Bischof ihm wegen seiner unkonventionellen Art der Seelsorge den Beichtstuhl vor die Tür setzte. Seitdem jobt er als Spanischdozent an Volkshochschulen. Im Herbst will er endgültig in seine Heimat zurückkehren. Jokin ist gebürtig aus Irun, das nur durch den Rio Bidasoa von Hendaye getrennt ist. Er kennt das Haus, diesen »ETA-Schlupfwinkel«, ganz genau. Zumal er, wie jeder anständige Absolvent eines baskischen Priesterseminars (die erheblichen Anteil am Entstehen der ETA hatten), der guten Tradition verpflichtet frühzeitig regen Kontakt zu den entsprechenden Stellen unterhielt (ETA-pm).

»Das Haus liegt direkt hinter der Puente de Santiago, von der spanischen Grenze aus einzusehen. Seit mehr als 15 Jahren war es der französischen Polizei als Auffangstation für die ETA-Flüchtlinge bekannt und wurde als solches geduldet. Ich selbst bin als Pfarrer in einem strengen Winter mal in die Schweiz gefahren und habe bei einer katholischen Hilfsorganisation um Geld für dieses Haus gebeten, damit wir Decken kaufen konnten. Ein Schlag gegen die ETA? Lächerlich.«

Solche Häuser, ob als Schreinerei oder sonstwas getarnt, gebe es zuhauf im französischen Baskenland. Die paar sichergestellten Waffen, die 450.000 Mark in Devisen, die »Hinweise über finanzierende Hintermänner« – belanglos. »Eine Propagandaaktion«, meint Jokin.

++++++

Der Jahresetat der ETA wird auf saubere zehn Millionen Deutschmark geschätzt. Das ist nicht viel, aber es reicht. Die Summe setzt sich hauptsächlich zusammen aus den Erlösen von Banküberfällen, Lösegeldern und der Revolutionssteuer. Diese erhebt die ETA von baskischen Unternehmern, von denen sie glaubt, daß diese es sich leisten können. Daß dabei auch mal der Falsche zur Steuer veranlagt wird, muß wohl oder übel in Kauf genommen werden. Die Steuerfahnder der ETA sind halt nicht immer auf dem neuesten Stand. Oft gibt sich die ETA aber auch damit zufrieden, wenn Industrielle und Fabrikanten für die zunehmend entstehenden baskischen Kulturvereine spenden. »Good will« für die baskische Sache wird durchaus honoriert. Aber ja doch. Erpressung? Böses Wort. Höchstens eine »Spendenaffäre«. Gell, Loisl? Do host Vaständnis für, eh?

++++++

Zur ETA zu gehören (oder besser: gehört zu haben, denn der aktive Etarra wird sich verständlicherweise nicht zu erkennen geben) ist in Euskadi keine Schande. Auch dann nicht, wenn man sich erwischen läßt. Vor fünf Jahren hat Jons Freund Inaki mal ein gutes Werk tun wollen und eine Bank überfallen. Ging allerdings in die Hose. »Ziemlich dilettantisch vorbereitet«, gesteht er heute grinsend ein. Nach 200 Metern hatten sie ihn schon. Kofferraum voll Geld, ETA-Mitgliedschaft – vier Jahre Bau mußte er absitzen. Heute ist er 25 und hat ein kleines Tabakgeschäft. Mit Starthilfe der ETA? Wer will das denn wissen, Loisl! Bereuen? Ach was. Inaki hat getan, was er »damals tun mußte«, sich selbst, seinem Gewissen gegenüber. So einem würde man hierzulande den roten Hahn aufs Dach setzen. Drunten kauft man ihm Zigaretten ab. Auch mal eine Schachtel Streichhölzer. Wo brennt's, mein Freund? – Schlag morgen die Zeitung auf.

Im Gegensatz zur Bundeswehr hat die ETA keine Nachwuchsschwierigkeiten. Zudem ist sie schlagkräftiger. Die ETA-Kämpfer wissen wenigstens, wozu sie da sind. Die ständigen Repressionen durch die staatliche Terrortruppe Guardia Civil, die katastrophale wirtschaftliche Lage dieser einst reichsten Provinz in Spanien, die Werftschließungen durch Gonzales, die sozialen Folgen (50% Jugendarbeitslosigkeit/die Zahl der Heroinsüchtigen San Sebastians ist die zweithöchste Europas nach Amsterdam) lassen der baskischen Jugend keine andere Wahl, als die Zukunft in einem freien autonomen Euskadi zu suchen.

+++++++

Das Baskenland muß auf den, der hier länger und öfter weilt, den Eindruck eines besetzten Landes machen. In den Straßen wimmelt es von Polizei. Und das ist nur die sichtbare.

Streifen patrouillieren Tag und Nacht, stets mit mindestens zwei Fahrzeugen, sich gegenseitig sichernd. Konvois der Guardia Civil oder der Policia Nacional (paramilitärische Truppen mit zusammen fast 100.000 Mann) werden durch einen Helikopter angekündigt, der im Tiefflug die Strecke abfliegt. Dann geht es Schlag auf Schlag: Alle Ampeln werden auf »Rot« geschaltet, aus dem ersten Fahrzeug, ein Jeep, springen vier bewaffnete Guardias, sichern die Kreuzung nach allen Seiten ab, richten ihr MPs auf die Fenster der umliegenden Häuser. In einem Höllentempo jagt der Konvoi durch die Stadt, und die vier Posten springen wieder auf den letzten Wagen der Kolonne auf. Falsche Bewegungen sind in diesen Momenten tödlich. In Euskadi wird erst geschossen und dann gefragt.

++++++

Fuenterrabia (Bask. Hondarrabia) ist ein kleines Fischerdorf in Guipuzcoa. Der Strand, die mittelalterliche Altstadt rund um die Burg und die bunten Fischerhäuschen längs der Allee mit uralten Platanen am Rande des Hafens locken im Sommer die Touristen aus Madrid und dem nahegelegenen Frankreich. Die Fiestas hier, jährlich zu Anfang September, haben es in sich. Nachts, wenn die Touristen vollgefressen und besoffen in den Kisten liegen, geht's richtig zur Sache. Dann gehören die Bars den Basken, dann wird auch schon mal jene Scheibe aufgelegt, die das Ende Carrero Blancos feiert. Der fette Admiral, zweiter Mann hinter Franco, wurde am 20.12.73 mitten in Madrid von einem ETA-Kommando samt Auto in die Luft gesprengt. Der Anfang vom Ende der franquistischen Diktatur. Daß es danach nicht groß besser würde, konnte damals noch keiner ahnen.

Das Lied ist auch Tanz. Beim Refrain geht man in die Hocke, um dann, beim infernalen Trommelschlag, die Arme hochreißend aufzuspringen – bumm! Und es hat zoom gemacht. »Zehn Meter hoch ist er mit seinem Auto geflogen! – Ach

was, erzähl nicht! 15 waren's! – 15? 20. Mindestens 20! – Junge, du hast keine Ahnung. 14 Stockwerke. Aber ja!« Und während Carillos Kadaver fliegt und fliegt und fliegt fühlt man sich eigenartig wohl. Obwohl wir nicht übertreiben wollen. Elf Meter waren es, die Blanco mit Auto hoch und über eine Klostermauer geschleudert wurde. Amen.

Was aber will uns das Lied heute sagen? Es will uns sagen: Nimm dich in acht, Felipe.

++++++

Angst regiert in diesem Land diesseits und jenseits der atlantischen Pyrenäen. Gespräche verstummen, wenn ein kurzgeschorener Mann mit Schnäuzer eine Kneipe betritt. Man kennt ihn. Einer von denen, die »da unten« wohnen, in den Kasernen der Guardia Civil am Rande der Stadt.

Manche kennen ihn persönlich. Diese Erfahrung bringt es mit sich, daß »solche« selten bedient werden. Solche wissen das und haben normalerweise ihre eigenen Lokale.

Es kursiert ein Witz, ein Wortspiel, das sich um die Herkunft und das Ende von Guardia-Mitgliedern dreht: »Wo wird der Guadalquivir (Guardia/Vivir=leben) geboren? In Andalusien. Und wo stirbt er? In Bilbao.« Der Guadalquivir mündet in der Nähe von Sevilla in den Atlantik. { g

Böse? Die Angehörigen der Guardia Civil und ihre Familien werden psychologisch betreut. Die Basken, Loisl, betreut niemand.

++++++

Als ich das erste Mal in Irún war, fragte ich Jon, woher die Basken kämen, wer sie eigentlich seien. Eine, wie ich heute weiß, dumme Frage. Die letzte Kneipe hatte gerade dicht gemacht und die Sonne ging bereits schmerzhaft auf, als wir ins Freie wankten. Jon schaute mich schelmisch an, ließ sich eine Zigarette geben, obwohl er gar nicht raucht, paffte unbeholfen und sagte: »Wir sind die letzten Überlebenden von Atlantis.«

Und die wollen nicht länger untertauchen müssen. Und sie fangen an zu schwimmen, wenn man sie ersäufen will.

Konkret 08/87, S. 36

Magazin

WOHL BEKOMMS; HERR FROMMS

Nachdem an den Börsen in New York und Tokio die Aktien von Kondom-Herstellern spektakuläre Kurs-Sprünge nach oben vollführt hatten, meinten hierzulande einige, auch ihr einschlägiges Papier entdeckt zu haben und kauften auf Deibel komm raus Aktien von Veritus Gummi deren Wert in wenigen Wochen von 260 bis auf 700 DM hochgejubelt wurde. Einen Schönheitsfehler, zu dem sich die Anleger öffentlich nicht so gern bekennen, hatte der rasante Aufschwung dieses Papieres allerdings Präservative zählen ebensowenig zum Produktionsprogramm dieses Unternehmens wie zur Hamburg-Newyorker Gummiwarencompagnie. Wenn das so einfach wäre, dann müßte man sich ja beispielsweise auch fragen, was die Deutsche Vergaseranstalt in Westberlin gerade herstellt. (Ehrlich, war das einer zu viel? Na ja.)

GENUG IST NICHT GENUG

Vier neue Atomkraftwerke werden dieses Jahr in Frankreich ans Netz gehen der Block vier des Atomkraftwerks Chinon an der Loire, Block eins des Atomkraftwerks Belleville Block zwei in Cattenom an der Mosel und Block eins des Atomkraftwerks Nogent-Sur-Seine südlich von Paris. Schon heute werden 70 Prozent des französischen Strombedarfs durch Atomkraft gedeckt. Bis 1993 sollen weitere dreizehn Atomkraftwerksblöcke ans Netz gehen.

EINE FRAGE DER HAUTFARBE

Vier Millionen Wohnungen – täglich 600 – müßten bis zum Jahr 2000 in Südafrika fertiggestellt werden, um mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt zu halten und die akute Wohnungsnot zu beseitigen Bereits heute fehlt eine halbe Million. Betroffen sind ausschließlich schwarze Familien. In »weißen« Gebieten, in denen sie nicht leben dürfen, stehen hingegen fast 30 000 Wohnungen leer.

VERLETZLICHE POLIZISTEN

Der bayerischen CSU unter Franz Josef Strauß »blieb es vorbehalten, die Positionen in der Innen- und Rechtspolitik zu vertreten, die zum Erholt der inneren Sicherheit, zum Schutz von Polizeibeamten und zur Wiederherstellung des inneren Friedens in der Bundesrepublik zwingend notwendig sind«. Meint Benedikt Martin Gregg, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Wo die Polizei zuschlägt, gibts den Krawall. So auch in Bayern. Während 1985 in Bayern nur 22 Polizisten verletzt wurden, waren es im letzten Jahr 391. Insgesamt wurden '86 bundesweit 818 Polizisten verletzt. Staatsanwalt a. D. Wilfried Penner erlaubte sich »die Frage, ob nicht die zum Teil ungeschickte und schlechte Polizeiführung bei den Demonstrationen um Wackersdorf die Verantwortung hierfür trägt«. Schließlich, so SPD-MdB Penner, verliefen von 7143 Demos im letzten Jahr gerade 261 unfriedlich.

RADIKAIAUER

Von Winfried Thomsen

Richtig, Kohl, auch die Nazis wollten sich nicht zählen lassen. Schließlich sollte keiner merken daß sie nur 3 oder 2, eigentlich nur einer waren.

Kreuzberger Hymne: froh zu sein, bedarf's Kewenig...

Wozu noch Atombomben, wo doch sowieso nur noch strahlende Pilze aus dem Boden schießen.

Kohl tauscht mit Pinochet. Aber nur die Innenminister.

Die Bundesrepublik schränkt ihre Waffenexporte weiter ein: keine Pershing- 1-A verläßt das Land.

Immer wieder gibt es Politiker-Reden vor geladenen Gästen. Wann werden die endlich entsichert und abgefeuert?

POST-SITTLICHKEIT

Wenn Holly Johnson sagt »Ich bin schwul und bekenne mich dazu«, wird er, der Sänger der englischen Pop-Gruppe Frankie goes to Hollywood, trotzdem in allen internationalen Hitparaden gespielt.

Wenn Tom Cruise in dem paramilitärischen Film »Top Gun« die Hauptrolle spielt, ist er trotzdem der bestbezahlte Schauspieler Amerikas. Wenn auf Tittenblättern nackte Jungs und Mädels sind, dann bekommen die Abonnenten diese trotzdem mit der Post.

Wenn man nun aber einen Brief aufgibt, auf dessen Vorderseite ein Konterfei Tom Cruises mit dem Zitat von Holly Johnson versehen ist und auf der Rückseite zwei Aktfotos eines bekannten Knipsers sind, dann ergibt dies alles zusammen einen Sinn, den das Postamt 1 der Stadt Dortmund dazu bringt, den Brief nicht zu befördern, denn – so die Interpretation der Post – »Von der Postbeförderung sind ausgeschlossen: Sendungen, deren Außenseite oder einsehbarer Inhalt erkennbar gegen das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstößt, insbesondere, wenn sie wegen des offenen Versandes anstößig wirken«.

In diesem Insbesonderen-Fall wurde dieser Satz der Postordnung aus dem Jahre 1963 angewendet, der Brief wurde mit der Begründung der Oberpostdirektion Dortmund nicht befördert, daß ja immerhin zu bedenken sei, »daß gewöhnliche Briefsendungen im Wege der Ersatzzustellung an Nachbarn oder gar an Kinder ausgeliefert werden könnten.« Das Bundespostministerium entblödete sich sogar soweit, daß es auf die Entgegnung, »auch Postkarten mit nackten Frauen drauf würden verschickt«, antwortete »Tja, nackte Frauen sind ja auch keine Pornographie«.

NA SOWAS!

Der Ausländerbeirat der Stadt Dietzenbach im Kreis Offenbach hat sich in einer Resolution an den hessischen Kultusminister einstimmig gegen die Rückkehr des Konrektors Rudolf Füssel an die Dietzenbacher Heinrich-Mann-Gesamtschule oder an andere Schulen ausgesprochen. Füssel war vor einem Jahr an das Frankfurter Schulamt abgeordnet worden. Bereits Ende 1985 hatten Schüler einer 11. Klasse den Vorwurf erhoben, der Konrektor habe im Mathematikunterricht gegen die Schüler gerichtetes schlimmstes nationalsozialistisches Vokabular (»Sie gehören vergast, Sie gehören standrechtlich erschossen«} verwendet. Füssel ist CDU-Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Kreis-Schulausschusses.

FREMDER GEIST

In der »Deutschen-National-Zeitung« vom 9. Januar 1987 fand sich folgende Geburtsanzeige »Und solange noch auf Deutschlands Boden unsere Wiegen stehen, gibt es Hände, die das Unkraut roden, das uns fremder Geist ins Land gesät.«

KLARTEXT

»Als Gewerkschafter können wir uns nicht dem Dogma verpflichtet fühlen, 'Jeder Arbeitsplatz ist es wert, erhalten zu werden'. Jeder Arbeitsplatz, der im Zuge der Rüstungsverminderung in diesen Industrien verloren wird, ist ein Fortschritt«. Ilse Brusis heißt die Frau, die so spricht. Sie ist Vorsitzende der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied des DGB-Bundesvorstandes. Als solche stellte sie ein Buch über »Alternative Produktion statt Rüstung« vor. Jetzt fehlt nur noch die Praxis.

MAMMA ITALIA

Schon wieder ein Mythos hin Italien, Urbild eines Landes, in dem die Mütter mit den Kindern um die Wette kreischen, Bambini hier, Bambini dort und immer Leben im Karton, dieses Italien ist dahin. Erstmals überhaupt in der jüngeren Geschichte ist die Bevölkerungszahl absolut rückläufig. Anfang 1986 lag sie nur noch knapp über 57 Millionen. Das hat natürlich seinen Grund auch in der seit Jahren sinkenden Geburtenzahl. Pro Familie werden im Durchschnitt nur noch 1,7 Kinder geboren, im industrialisierten Nord- und Mittelitalien sind es sogar weniger als 1,3 Kinder pro Familie. Dennoch Auch wenn das so weitergeht, sterben die Deutschen, langfristig gesehen, früher aus.

FBI IN KIRCHEN

In den USA haben seit 1984 bisher unbekannte Täter mehr als zwanzigmal bei Kirchengemeinden eingebrochen, deren Mitglieder Flüchtlingen aus El Salvador helfen oder gegen die Mittelamerikapolitik der US-Regierung arbeiten. Akten, Adressenlisten und Kontobücher wurden gestohlen, Wertgegenstände wurden allerdings zurückgelassen. Mehr als 40 Mittelamerikagruppen und Mitglieder dieser Organisationen wurden ebenfalls Opfer solcher Einbrüche.

Nun soll ein Kongreßausschuß untersuchen, ob diese Einbrüche vom FBI organisiert oder zumindest gebilligt worden sind. Einer der Hauptzeugen des Ausschusses ist der ehemalige FBI-Agent Frank Varelli, der nach eigenen Angaben zwischen 1981 und 1984 eine El-Salvador-Solidaritätsgruppe in Dallas (Texas) infiltriert hatte. Er gestand, daß das FBI bei dieser Organisation einen solchen Einbruch gemacht habe. Außerdem habe das FBI die Nationalgarde El Salvadors über geplante Mittelamerikareisen von Aktivisten informiert. Inzwischen hat sich Varelli bei der Solidaritätsgruppe in Dallas entschuldigt.

ARROGANZ

Schmerzensgeld des Staates Israel hat die Witwe eines irischen Soldaten der UNO-Friedenstruppe abgelehnt. Dermot McLoughlin kam um, als israelische Panzer einen südlibanesischen UNO-Posten beschossen – einer von 139 getöteten UNO-Soldaten seit Stationierung der Friedenstruppe im Libanon 1978. Das 50.000 Dollar-Angebot bezeichnete Holly McLoughlin als »arrogant, gefühllos und unpassend«. Es diene nur der Beruhigung des eigenen Gewissens.

EHRENWERTE GENOSSEN

Zwanzig Jahre gab es ihn, den sozialistischen Gruß im Parlament Tansanias, der von Staatschef Julius Nyerere eingeführt wurde. Der Gruß sollte Symbol für die Einheit der Abgeordneten mit der Sozialistischen Partei und dem Volk sein. Damit ist es jetzt vorbei. Eine neue parlamentarische Verordnung verbietet die Anrede »Ndugu« (Genosse) und schreibt vor, daß die Politiker sich künftig mit »ehrenwerter Abgeordneter« zu betiteln haben. Ganz wie unter der einstigen Kolonialmacht Großbritannien.

SELBSTKONTROLLE

Die chemische Industrie in der BRD genehmigt sich ihre Katastrophen selbst. Der BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.) hat nachgeschaut, wer im TÜV sitzt und dafür sorgt, daß keiner sitzen muß:

TÜV Bayern: Rolf Höltermann (Direktor der Höchst AG, Werk in Gendorf), Peter Mosel (Direktor der Südzucker AG), Ernst Völkening (Leiter der Erdölraffinerie Neustadt/Donau).

TÜV Rheinland: Hermann Böker (Vorstandsmitglied der Bayer AG, Leverkusen), Ludwig Schweizer (Vorstandsmitglied der Königsbacher Brauerei AG), Günter Siekemeier (technischer Werksleiter der Kali-Chemie, Werk Honningen und Geschäftsführer der Kohlesäure Werk Deutschland GmbH), Otto Opderbecke (Mitglied der Geschäftsleitung der Firma Henkel und Co., Düsseldorf), Alfred Renker (Geschäftsführer der Papierfabrik Zerkal Renker & Söhne) .

TÜV Baden: H.W. von Thaden (Geschäftsführer der Oberrheinischen Mineralöl-Werke, Karlsruhe), J. Martin (Firma Boehringer, Mannheim), Schenk (Geschäftsführer der Kernkraftwerk Obrigheim GmbH), J.H. Wagner (stellvertretender Vorsitzender des Kernforschungsinstituts Karlsruhe).

TÜV Pfalz: Berthold Frank (Mitglied des Aufsichtsrates der BASF AG), Max Siebert (Geschäftsführer der Mobil Oil Raffinerien Wörth GmbH & Co.), Karl August Wetjen (Mitglied des Vorstandes der BASF AG), Rolf Eberhard (Mitglied des Vorstands der Gasanstalt Kaiserslautern AG).

TÜV Berlin: Franz Zängl (Bereichsleiter Fachbereich Zentrale Technik der Schering AG).

TÜV Hessen: Hans Schlachter (Mitglied des Vorstandes der Hoechst AG, Frankfurt), Wolfgang Fahrnschon (Direktor der Lurgi-Ges., Frankfurt), Josef von Riet (Messer Griesheim GmbH, Frankfurt), Karl Heinz Wilski (Geschäftsführer der Caltex Deutschland GmbH, Praunheim).

TUV Norddeutschland: B. Brummer (Dow Chemical GmbH, Werk Stade), Karl Friedrich Gauder (Unilever Forschungsgesellschaft mbH), Armin Scram (Firma Texaco).

SCHÖNES SCHWEIN

Eine Zucht extra für Tierversuchszwecke kann die US-Firma Charles Rivers Laboratories jetzt der Pharmaindustrie anbieten ein nur acht Pfund schweres, haarloses Minischwein. Laut Firmenprospekt benötigt dieses »keine besondere Stellung und ist kostengünstig in der Haltung«. Das pflegeleichte Versuchsschwein sei außerdem »anatomisch und physisch dem Menschen sehr ähnlich«.

ABERGLAUBE

Man soll am Morgen während des Betzeitläutens in eiskaltem, laufenden Wasser baden und drei Ave Maria beten, in der Nacht Erde von einem frischen Grabe nehmen und in die Loserummel werfen, Zähne von einem Totenkopf, eine Kreuzspinne, ein Stock von einem Grobkreuz in der Tasche haben, einen Schneller Garn, den ein vierjähriges Mädchen gesponnen hat, um den Leib tragen. Oder man wischt sich kurz vor der ärztlichen Untersuchung das Gesicht mit einem Leichentuche ab, dann wird man nicht für brauchbar gefunden.

Alles schön und gut – doch woher kriegt man heutzutage noch ein Leichentuch, wenn uns unser Massenvernichtungsminister Wörner zum Dienst in der Bundeswehr ruh? Nein, dieses Rezept, dem Militär zu entgehen, wurde in einer Zeit gedruckt, als eine organisierte Friedensbewegung in Deutschland völlig unterdrückt war, 1936 zu Berlin im siebten Band vom »Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens« {de Gruyten Verlag, DM 348, -) . Der Autor des Stichworts »Rekrutierung« schrieb ein Jahr noch Wiedereinführung der Wehrpflicht auf einem Höhepunkt des nazistischen Militarisierungstaumels zuerst ausführlich über die Mittel, um untauglich für den Militärdienst erklärt zu werden und erst dann kurz über das Brauchtum (»stehlen sie am Tag der Aushebung«) der Leute, die sich willig rekrutieren lassen.

Das bisher unerschwingliche »Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens«, dessen zehn Bände in der Zeit von 1927 bis 1942 erschienen waren, ist jetzt mit seinen 8760 Seiten in einer Paperback-Kassette photomechanisch nachgedruckt worden. Die Bände aus der Nazi-Zeit heben sich wohltuend von vielem ab, was deutsche Professoren damals geschrieben haben. Gewiß, da gibt es auch den durch und durch nazistischen Artikel »Religion« des Würzburger Philologen Friedrich Pfister – er betont die »Artfremdheit« des Christentums wegen seiner Herkunft »aus dem semitischen Kulturkreis«. Charakteristisch für das Handwörterbuch aber ist eher wenige Seiten darauf das Stichwort »Ritualmord«. Hier weist Will-Erich Peuckert noch, daß die Mordbeschuldigungen gegen Juden immer erst »das Ergebnis einer sich ständig steigernden Erregung« waren »so in Trient, wo wir im 15. Jahrhundert genau feststellen können, daß judenfeindliche Volkspredigten den Beschuldigungen vorangehen«. Und dann übt Peuckert – teilweise geschickt in Fußnoten versteckt – Kritik an »Beschuadigungen« die »antisemitische Kreise« in »neuester Zeit« erhoben haben, ja er wendet sich offen gegen die Behauptung Julius Streichers, ein Breslauer Kindermord von 1926 sei ein jüdischer Ritualmord gewesen. Peuckert mußte damals eine staatspolizeiliche Untersuchung über sich ergehen lassen. Aber er hat bewiesen, daß deutsche Professoren sich nicht so prostituieren mußten, wie sie es in ihrer Mehrzahl damals taten.

Otto Köhler

LANDKINO

In Kuba hat man begriffen, was mit dem Kino geschehen muß, damit es bestehen bleibt Wenn die Zuschauer nicht mehr ins Kino kommen, muß das Kino zu den Zuschauern kommen. So gibt es auf der Insel gegenwärtig an die 1000 Schmalfilm-Kinos, in denen mit 16-mm-Projektoren alles gezeigt werden kann, was der kubanische Verleih hergibt. Ein Drittel dieser Kinos sind mobile Einrichtungen, so daß Filme auch in den entlegenen Gebieten gezeigt werden können.

KLEINE GESTE

Eine Retrospektive sowjetischer Filme der sechziger Jahre bis in die Gegenwart wurde jetzt erstmals in Peking gezeigt. Die Filmreihe wird zudem noch in Shanghai, Kanton, Xi'an und Chengdu laufen.

NOSTALGIE

Gibt die Gegenwart nichts mehr her und glaubt man an keine Zukunft mehr, so bleibt der verklärende Blick zurück. Die Sozis sind gealtert. Klar, daß es mit der Bewegung nicht mehr so weit her geht. Zudem Links der Mitte wütet ungerecht dolchstoßend der Zeitgeist und ach – da türmt ein Übel aufs andere sich – wählt grün oder nicht, also schwarz. Jammer!

Das schmissige Wort vom »Genossen« hat im Zuge kontinuierlicher Mißgeschicke an Kraft und Jugend eingebüßt und kaum noch eines Sozialdemokraten Herz erwärmt sein Klang, wird es den eh schon herbstlich gestimmten Parteitagsdelegierten entgegengeschmettert. Selbst die einstmals loyalen Jusos machen blutsaugerisch in grün.

Melancholie und Wehmut brechen sich Bahn. Geradeso die rechte Stimmung für ein nostalgisches Buch.

Es ist erschienen.

Was Leidensgenosse Volker Kühn da herausgegeben hat, das trägt den Titel »Zurück Genossen, es geht vorwärts!« (Rasch und Röhring, 184 Seiten, 32 DM) und will dem Damals, gleichsam kondolierend, Trost spenden. Zeitzeugen, von Morgenstern bis Mühsam, von Tucholsky bis Weinert, von Kittner bis Neuss, zeigen´s auf: Mag die Historie der Sozialdemokratie auch reich sein – stets erfolgreich war sie mitnichten. Seit Marx vor nunmehr schlappen 150 Jahren Arbeiterträume manifestierte, lagen die Sozis mit der unüberwindlichen Wirklichkeit, den Verhältnissen, mehr oder minder mächtig im Klinsch. Daß Sozialdemokraten sich beim Fortschreiten häufig genug selbst auf die Füße traten, davon geben nicht bloß Rückblicke Zeugnis.

Reinziehen!

SO DELIKAT NACH SCHWEIZER ART

In einem senkrecht fallenden Zeilenraster, das schon ein bißchen die Schwammigkeit früherer Fernsehröhren hat, posiert der Schweizer Filmemacher Daniel Schmid {»Hecate«, »Der Kuß der Tosca«) in schweizer Zeitungen auf ganzseitigen Anzeigen mit einer Flasche auf einem Tisch, einem Glas in der Hand und der Dachzeile »Bei Filmemacher Daniel Schmid läuft nichts ohne Scotch« über dem Kopf. Aber nix Alki. So wird andernorts Werbung für Videobänder gemacht. Den Namen der Firma müssen wir jetzt wohl nicht mehr verraten.

KRIEGSTECHNIK

Der Krieg, hatten sie gesagt, sei der Vater aller Dinge. Ja, ja, hatten da die anderen erwidert, die Teflon-Pfanne, wirwissen-schon, aber sonst ist das doch reichlich übertrieben. Denn was ist, so hatten sie gefragt, etwa mit den künstlichen Maiglöckchen . Und nun plötzlich entdecken sie doch mehr als die Teflon-Pfanne Erst attackierte Virilio bei Hanser {»Krieg und Kino – Logistik der Wahrnehmung«), nun kommt Friedrich A. Kittler bei Brinkmann & Bose hinterher mit »Grammophon, Film, Typewriter« 1430 Seiten, Abbildungen, 48,-DM), und auch bei ihm ist es der Krieg. Er, der Erfinder und Innovator, er, der die Überproduktion so schön begrenzt halt durch Vernichtung. Ach, Karl, was tun sie Dir an, die Meisterdenker aus Paris und aus Freiburg im Breisgau, warum zeigen sie uns immer wieder Mareys chronophotographische Flinte als Beleg auch für die »Klarstellung«, »daß die wahren Kriege nicht um Leute und Vaterländer gehen, sondern Kriege zwischen verschiedenen Medien, Nachrichtentechniken, Datenströmen sind.« Friedrich Kittler, der der »taz« ein neuer Foucault ist, lebt als Privatdozent in Freiburg. Im Breisgau. »Neben Klaus Theweleit«, so lobt ihn sein Verlag und macht ihn gleichzeitig hin, »ist er der Autor einer neuen Geschichte dieses Jahrhunderts, die keine Geschichte mehr sein wird, weswegen Kittler klar nurmehr vom 'sogenannten Menschen' spricht.«

= Sogenannte Sprache?

NACHEINANDER AUFEINANDER

Aus einem PR-Text für den weltberühmten Film »Angelina von allen begehrt« »Als Marco von ihrem Seitensprung erfährt, fühlt er sich vor den Kopf gestoßen, beleidigt und gedemütigt. Er trennt sich von ihr. Erst jetzt merken beide, wie unglücklich sie ohne einander sind. Am Weihnachtsabend steigt die Sehnsucht nacheinander auf das Unermeßliche, und Angelina kehrt zu Marco zurück. Beide sind bereit, mehr aufeinander einzugehen. Während sie eine leidenschaftliche

Nacht erleben, läuten die Weihnachtsglocken ihre wiedergefundene Liebe ein.«

ROMANE

In der UdSSR wird zur Zeit eine wissenschaftliche Ausgabe von 90 Romanen bekannter sowjetischer Schriftsteller vorbereitet, deren Bücher die Zeit seit dem Ende der Oktoberrevolution beschreiben. In diesem Jahr – dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution – sollen die ersten der insgesamt 70 Bände erscheinen.

OH, WIE GEMEIN

Die zürcher »Weltwoche« hat für die Gäste der 750-Jahr-Feier im kapitalistischen Westen der Stadt einen heißen Tip, der nicht allein aus eidgenössischem Neutralitätsgehabe entstanden sein kann »Heißer Tip für Kenner Man buche das luxuriöseste, modernste Fünfsternehotel der DDR, das im Mai 1987 eröffnete 'Grand Hotel', das wesentlich preiswerter als die Westhotels ist, und pendle mit der U-Bahn hin und her. . . Seit neuestem kann man in der DDR übrigens mit den üblichen westlichen Kreditkarten zahlen.«

LAPUTA

In der gleichen Ausgabe, in der in der französischen Filmzeitschrift »Cahiers du Cinema« Dörries »Männer« mit einigen wenigen Sätzen abgefertigt wurde, präsentierte das Blatt einen 1986 in der BRD realisierten Film der bundesdeutschen Filmemacherin Helma Sanders-Brahms. »Laputa« ist die 90 Minuten währende Begegnung eines französischen Architekten, gespielt von Sami Frey, und einer polnischen Fotografin, dargestellt von Krystyna Janda, in Westberlin. Der Film dauert mit Vorspann und Abspann 92 Minuten. Während dieser Begegnung läuft im Fernsehen ein Eishockeyspiel zwischen Schweden und der Tschechoslowakei . Und sonst? Der Film war bislang ebensowenig in der BRD zu sehen wie »Die Zukunft von Emilie«, vorletztes Werk von Helma Sanders-Brahms. »Laputa« ist nicht, wie vermutet werden könnte, eine Verformung von »la pute« (die Nutte), sondern Titel eines Abschnitts in Swifts »Gullivers Reisen« Laputa, Insel in der absolut perfekten Form eines Kreises. (Kleine Korrektur Das Frauenfilm-Festival »femme total« zeigt den Film Ende April einmal innerhalb einer Sanders-Brahms-Werkschau.)

EIN KINO

Nun ist er ja irgendwie doch erholten geblieben, der »Gloria-Palast« auf dem Kurfürstendamm in Westberlin. Die populäre Geschichte dieses Kinos, das anfangs wirklich so etwas wie ein Lichtspieltheater war und nach dem zweiten Kriege im Stile der Nierentisch-Eleganz wieder aufgebaut wurde, hat Heinz Frick in dem Band »Mein Gloria-Palast – Das Kino am Kurfürstendamm« (168 Seiten, Abbildungen, Universitas-Verlag München, 29,80 DM) zwar nicht besonders tiefschürfend, dafür aber um so klatschiger niedergeschrieben. Aber die Bilder lassen den Text vergessen.

TRUDE HERR

Ach was hat sie nicht schon alles gemacht. Und noch ein bißchen mehr. Und nun, noch all dem, auch noch bei Fackelträger ein Band mit zwei Erzählungen »...Und plötzlich kippt es um« (172 Seiten, 16,80 DM). Wenn man sie nicht so gern haben müßte ob all der Flips und Flops, dann käme man nur schwerlich auf den Einfall. hier eine zehnzeilige Ankündigung zu schreiben und kein Wörtchen mehr. Oder doch? Nur die eine Stelle »Agathes Mann war von ihr begeistert. Sie liebten sich, und er hatte sie, die, wonach alle anderen Genossen sich sehnten: Die perfekte, klassenbewußte Arbeiterfrau.« Nett nich.

KLAR & DEUTLICH

Die DDR-Zeitschrift »Bildende Kunst« beschäftigte sich über mehrere Ausgaben hinweg mit dem Architekturgestammel, das sich »Postmoderne« nennt. Der Autor schließt seine Darstellung wie folgt »Architekturpropaganda gehört zur realen Architekturpraxis postmoderner Architektur ebenso wie warenästhetische Werbung zum Markt. Die Ausstellungen (...) zeigen, welcher Aufwand da getrieben wird, um postmoderne Architektur bildreich und in den Katalogen auch wortreich zu propagieren und dabei die sozialen Fragen zum Schweigen zu bringen. Verschwiegen wird vor allem, daß postmoderne Architektur nicht von ihrem Ursprung her, aber in der herrschenden realen Architekturpraxis der kapitalistischen Länder von heute zum elitären und luxuriösen Image des herrschenden – weil zahlenden – Geschmacks der Bourgeoisie avanciert

ist und nur in der billigeren Kopie auch für breitere Schichten des Volkes zu haben ist.«

KINOZUG

Bahnreisende in Dänemark können sich nachts die Reisezeit mit Filmen vertreiben. Die Bahn setzt seit dem 1. Juni versuchsweise in den Nachtzügen zwischen Kopenhagen und Frederikshavn einen »Kinowagen« mit Platz für 50 Besucher ein. Hier werden auf sechs Video-Schirmen für einen Preis von zehn Kronen (2,80 Mark) Spielfilme, Western und Krimis gezeigt.

BEWUSSTSEIN

Saxophonist José »Luis« Cortes von der kubanischen Band Irakere produzierte gemeinsam mit den Gruppen Afrocuba, Alfrede Y Su Son, Rubalcabds' Proyecto u. a. eine Trilogie zur Geschichte der kubanischen Musik. Die Kompositionen unter den Titeln »Vor unserer Zeit«, »In unserer Zeit« und »Nach unserer Zeit« sind an alte Yonuba- und Voodoo-Gesänge angelehnt.

LIEBER ORIGINAL

Bei einer Umfrage in der Schweiz, wo im Prinzip alle ausländischen Filme im Original mit Untertiteln laufen, wurde noch einer epd-Meldung auch danach gefragt, ob die Besucher reine Unterhaltungsfilme lieber synchronisiert sehen mochten, wie es in der Schweiz bisher nur im Fernsehen üblich ist. 69 Prozent der Befragten plädierten weiterhin für die Originalfassung, in den großen Städten waren es sogar 72 Prozent.

OHNE JOB

Opfer einer Gesellschaft, die Brotlosigkeit institutionell verwalten muß, weil fördert, sind bevorzugt Frauen, denen das moderne Patriarchat heillos starrsinnig die Kochnischen der Nation anheimzustellen nicht abläßt, blind zu erkennen, daß sich hier am Grabe einer überkommenen Tradition zu schaffen gemacht wird. Wenn Frauen Schrauben eindrehen, mutmaßt gar manch ein Unternehmer, müßten sie locker sein. Der Lohn entspricht dem Unken: karg. Die anachronistische Huldigung männlichen Nasevornhabens in puncto Arbeitsqualifikation forciert das weibliche selber in puncto Arbeitslosigkeit. »Ich brauche Arbeit zum Leben« klingt logisch und ist Titel eines Buches (Karin Fißler Arbeitslose Frauen erzählen/rororo aktuell). Enthalten sind reflexive und dokumentarisch-lebensnahe Aussagen frisch ihrer Arbeit verlustig gegangener Frauen, die dies sogenannte Schicksal, keine Arbeit (mehr) zu haben, verarbeiten müssen, die ihrer Wut, Verzweiflung und auch ihrer Hoffnung Luft machen, allemal erfahrend, daß selbst hinreichende Sozialhilfe kein Lebensinhalt und kaum Hilfe ist.

GLOBE THEATRE

Sam Wanamaker, US-amerikanischer Schauspieler und Regisseur, hat einen 1 7 Jahre währenden Kampf mit Kommunalbehörden um den Wiederaufbau von Shakespeares Globe Theatre an seiner ursprünglichen Stelle in London gewonnen. Er erhielt die Baugenehmigung für das Projekt am Südufer der Themse . Im Sommer sollen die Arbeiten am Fundament beginnen, die Eröffnung soll am 23. April 1992, dem Geburtstag Shakespeares, stattfinden.

FÜNF LEBENSLÄUFE

Wie üblich. So geht's: Studenten eines Seminars zum Thema Amateurfotografie an der westberliner Hochschule der Künste trugen Familienfotos zusammen und die Lehrenden machten dann daraus etwas Bilder von Lebensläufen, die gemeinhin nicht von öffentlichem Interesse, weil zu alltäglich sind. Fünf Personen werden so in Amateurfotografien und knappen Bildzeilen über die Jahre hinweg dargestellt. Die Bilder ähneln sich. Nicht weil die Geschichte der Personen ähnlich ist – das überhaupt nicht – , sondern weil die Haltung der Amateurfotografen zu ihren Objekten und das Verhalten der Fotografierten sich nur wenig unterscheidet. Mehr noch die Bilder von 1918 unterscheiden sich kaum von denen aus dem Jahre 1985. Die älteren sind vielleicht randschärfer. (Aber das wäre eine andere Geschichte.) Die Sammlung mit den 243 Schwarz-Weiß-Bildern ist von Joachim Krauss und Walter Scheiffele unter dem Titel »Ich bin im Bilde – Fotografie und

Alltagskultur 1918- 1985« als Bildmappe herausgegeben worden. Sie ist über die Pressestelle der Hochschule der Künste Berlin, Ernst-Reuter-Platz 10, 1000 Berlin 10 Telefon 030/31 85 24 56, zu beziehen.

DAS EROTISCHE MAHL

Zum Kotzen: Da hat einer ein spannendes Thema, das erotische Mahl, offenbar noch einige Connections zum Verlagswesen, hier Syndikat/EVA, und schon erscheint sein Text zu dem Thema »Das erotische Mahl«, zwischen zwei pappigen Deckeln gebunden eben bei Syndikat/EVA zum Preise von 12,80 DM, für 60 Seiten Text und 35 Seiten Anmerkungen, so daß auch der letzte Depp, beispielsweise ein Zeitschriftenjournalist merkt, daß hier aus uneinsichtigen Gründen ein Text, dem das Proseminar (oder vielleicht gar schon das Hauptseminar?) aus allen Zeilen entgegendampft, auf den Markt gepfeffert wird, weil das Thema ja an sich nicht unspannend ist. Aber reicht das? Eben nicht. Der Autor ist Hartmut Kiltz, und es gehört nicht viel dazu, um zu prophezeien, daß dieser Band in wenigen Jahren bei irgendwelchen Versandbuchhandlungen Bestandteil eines besonders preiswerten Syndikat-Pakets sein wird.

SCHNELLER LESEN!

Von den tagtäglich in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie Postwurfsendungen angebotenen Informationen erreichen nur zwei Prozent die vorgesehenen Empfänger. Die 98 Prozent der Informationen werden praktisch nicht wahrgenommen. Dies hat eine Untersuchung des Instituts für Konsum- und Verhaltensforschung an der Universität in Saarbrücken ergeben. Die Studie nennt einige eindrucksvolle Beispiele für die heutige Informationsüberlastung Wer alle in einer großen Wochenzeitschrift mit 300 Seiten enthaltenen Informationen aufnehmen wollte, bräuchte dazu ungefähr sieben Stunden. Alleine um die gesamte Werbung in einer Zeitschrih zu lesen, seien 70 Minuten notwendig. Die durchschnittliche Betrachtungszeit des Lesers für eine Zeitungs- oder Zeitschriftenanzeige betrüge jedoch nur 1,8 Sekunden. Bilder, so die Studie, werden wesentlich schneller aufgenommen als sprachliche Informationen. Um ein Bild geistig so aufzunehmen, daß es später wiedererkannt werden kann, genügen bereits 1,5 bis zwei Sekunden. In der gleichen Zeit könne gerade ein einziger Satz von sieben bis zehn Wörtern aufgenommen werden.

EIN ACHTEL FASSBINDER

Mit ein bißchen Verzögerung ist jetzt bei Schirmer/Mosel der erste Band einer Rainer-Werner-Fassbinder-Edition erschienen, die sämtliche Kinofilme des 1982 Gestorbenen dokumentieren wird. Die gesamte Ausgabe ist auf acht Bände angelegt. Der erste (294 Seiten, 200 Abbildungen, 49,80 DM) enthält neben den beiden frühen Kurzfilmen »Der Stadtstreicher« (1965) und »Das kleine Chaos« (1966) die Protokolle der 1969 entstandenen Filme »Liebe ist kälter als der Tod«, »Katzelmacher« und »Götter der Pest«. Fehlen auch Angaben zu den Einstellungen und den Längen der jeweiligen Szenen, so können die doch sehr zahlreichen Abbildungen – sämtlichst aus den Filmkopien genommen – über dieses Manko, das sicherlich insgesamt die Lesbarkeit der Filme erhöht, hinweghelfen und jenes Interesse an dem Werk des Filmemachers hervorrufen, das dieses Werk verdient. Bleibt nur zu hoffen, daß der Verlag sein selbstgesetztes Ziel, alle 24 Kinofilme zu dokumentieren, auch erreicht. Abwarten.

SPRACHEOSE MINDERHEITEN

Die sprachlichen Minderheiten in der Bundesrepublik bedauern das Fehlen eigener Rundfunksendungen. Bemühungen um die Möglichkeit von Beiträgen in den Sprachen der Dänen, Friesen, Polen sowie Sinti und Roma seien bisher erfolglos gewesen, »obwohl Sendungen für Gastarbeiter in deren Muttersprache ausgestrahlt werden«, bemängelte das »Komitee für die Bundesrepublik Deutschland für weniger verbreitete Sprachen«. Die im vorigen Jahr gegründete Einrichtung ist Teil eines europäischen Büros, das rund 50 Millionen Angehörige von Minderheitensprachen vertritt. In der Bundesrepublik gehören ihr die dänische Volksgruppe und die Friesen in Schleswig-Holstein, die Saterländer Friesen in Niedersachsen, die Polen im Ruhrgebiet sowie die Sinti und Roma an.

Konkret 08/87, S. 42

Dietrich Kuhlbrodt

Platzanweiserin

Die Platzanweiserin ist eine bejahrte, inzwischen nostalgisch gewordene Service-Einrichtung auf dem Kinomarkt. Sie leidet. Denn immer weniger hat sie Gelegenheit, etwas zu den Filmen zu sagen, die ihr am Herzen liegen . Weil die nicht mehr ins Kino kommen. Zum Beispiel zum Spielfilm-Dokumentarfilm **Das falsche Wort von Melanie Spitta und Katrin Seybold**, vor sechs Wochen uraufgeführt auf dem Europäischen Low-Budget-Film Forum in Homburg. Zigeuner, Sinti, erzählen die Geschichte ihres Holocaust in Deutschland. Und das ist gleichzeitig die Geschichte ihrer Mörder und Verfolger, die ihre Karriere nach 1945 ungebrochen fortgesetzt haben Anthropologen, Rasseforscher, Wissenschaftler, Juristen, Beamte. In der Bundesrepublik befaßten sich die fürchterlichen Akademiker und Amtsträger weiter mit ihren Opfern, die nach wie vor erfaßt, gezählt, verwaltet und verfolgt wurden. Jetzt galt es, die Wiedergutmachung zu verhindern. Erst heute, im Sommer 1987, sieht sich der Bundestag genötigt, sich mit der Wiedergutmachung an den Zigeunern zu befassen. Wer aber hat bis jetzt überlebt?

Der Film macht betroffen, wütend. Auf dem Low Budget-Festival löste er in allen Vorstellungen lange Diskussionen aus. »Das falsche Wort« ist ein Film über unsere Gegenwart, in der die Zigeuner immer noch keinen Platz finden. Selbst die Wiedergutmachung ist das falsche Wort es schiebt die Verantwortung Juristen und Beamten zu. »Ihr habt uns den Kopf abgeschlagen u nd sprecht von Wiedergutmachung. Wiedergutmachung ist das falsche Wort denn ihr habt euer Gefühl für Reue und Sühne vergessen«. Das sagt im Film die Sintezza Melanie Spitta. Sie spricht im Film über den Leidensweg der eigenen Familie. Die Art und Weise ihres Sprechens, die kaum wahrnehmbaren Emotionen sind es, in der die Ungeheuerlichkeit der Verwaltungsvorgänge und die Unmenschlichkeit der Behördenapparutur zum Vorschein kommt. Der Film bewegt umso mehr, als er auf den ersten Blick nichts weiter tut, als sachliches Material auszubreiten. Fakten. Archivfunde im Zentralarchiv in Potsdam und in Aktenlagern der DDR und auch der BRD. Originale Filmdokumente der Rasseforscher aus dem Reichsgesundheitsamt und dem Reichssicherheitshauptamt sind zum erstenmal zu sehen. Katrin Seybold hat das Verdienst, die Geschichte der Zigeunerverfolgung vor und noch 1945 neu geschrieben und die historischen Fälschungen aufgedeckt zu haben. Mit dem Film »Das falsche Wort« gibt es die Chance, das allgemeine Bewußtsein zu erreichen. Und der Film, je geduldiger er ist, schreit noch Anklage, Reaktion, Handlung. Aber wo wird dieses tief bewegende und politisch brisante Dokument zu sehen sein? Im Kino? Darauf möchte ich nicht warten. Ich furchte, der Zuschauer muß sich selbst um eine Vorführung kümmern. Den 16 mm-Film gibt es, auch als Videokopie, bei Katrin Seybold-Film, Adalbertstraße 28, 8000 München 40, Tel. 089/34 8619.

Je mehr die Wörter falsch sind, umso teurer die Kunst, richtig zu reden. Miteinander zu reden. Und diese Kunst ist bei uns traditionell unterentwickelt. Dafür gibt es aber den italienischen Spielfilm **Also sprach Bellavista.** Und der lauft im Kino. Anderthalb Stunden philosophisches Vergnügen. Neapel. Ein Auflauf in der Straße. Was ist los? Der Mann mit dem roten Holzpferd (Riccardo Pazzaglia) berichtet der Menge, warum und weshalb er das Geschenk gekauft hat und wie erden Dieb gerade noch am Schenkel erwischt hat und wie dieser sich entwunden hat. Und da er immer wieder neue Zuhörer bekommt, die einen Anspruch haben, den Grund des öffentlichen Geschehens zu erfahren, beginnt der Holzpferdmann immer wieder von vom, und jedermann lauscht zum Abermalen dieser aufregenden Geschichte. Mit Genuß. Denn Riccardo Pazzaglia ist ein Meister der Gestik und der Mimik, darin kennt jeder Neapolitaner sich aus. Um die Geschichte an sich geht es selbstredend nicht, wohl aber um die Art und Weise, wie sie erzählt und nochmals erzählt wird. Und da der Erzähler ein Könner ist und auch sonst bella figura macht, ist er so, wie er auf der Straße spricht und gestikuliert, für das schiere Dasein nämlich, der öffentlichen Anteilnahme sicher. Übrigens auch der Anteilnahme des Filmpublikums. Darum kann er auf der Straße ebenso wie im Film auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Was bedeutet, daß sein anekdotisches Dasein die Lust am Leben und am Film ausmacht. Den Mann mit dem roten Holzpferd kann man lieben, weil er für nichts anderes steht, zum Beispiel nicht für ein Plot oder für die höheren Ziele der Filmdramaturgie.

»Also sprach Bellavista« ist ein rundum geglückter, populärer und unterhaltsamer Film, der seine Philosophie in Anekdoten, in Manier und Gestikulation auflöst. Und er ist ein Film über die Art des Sprechens. Gesprochen werden die Dialoge des Drehbuchautors Luciano de Crescenzo, geschrieben nach dem Roman **von Luciano de Crescenzo,** vom Hauptdarsteller Luciano des Crescenzo. Und das ist die Titelrolle des Ex-Studienrats Bellavista. Ein Autorenfilm, wie er nicht im Buche steht. Denn de Crescenzo, der fröhliche Philosoph und epikuräische Mensch, illustriert die Kunst, miteinander zu reden (der deutsche Titel seines letzten Buches Oi Dialogoi, bei Diogenes).

De Crescenzo/Bellavista befördert mit vielen praktischen Demonstrationen und Arpecus die Fähigkeit, »den seelischen Zustand den Ereignissen proportional anzupassen«. Wie also geht man mit der Arbeitslosigkeit um, der korrupten Bürokratie, der Camorra, der drohenden Pleite, dem bösen Nachborn, der kaputten Waschmaschine, der

Konsumgesellschaft, den Fundamentaldogmatikern, dem Natobündnis? Da jeder die Antwort wissen möchte und vor allem, wie man dabei seinen Spaß haben kann, notieren wir den Überlebensratschlag des Films zur Bündnisfrage natürlich mit den Russen gegen die Amerikaner. Denn gefangengenommen werden wir allemal {sagen die Straßencafé-Neapolitaner). Klimatisch ungünstig ist dann Sibirien . Wenn wir schon nicht in Neapel bleiben können, dann lieber als Gefangene der Amis in Kalifornien. Oder so.

Konkret 08/87, S. 44

Wolfgang Pohrt

B□ cher

Wenn montags der Manager auf dem Weg ins Büro schon den Sportteil der »Bild«-Zeitung verschlungen hat, muß sich die Gattin im Reihenhaus noch gedulden denn erst am Donnerstag erfahren die grünen Witwen, die Gymnasiallehrer und das akademische Proletariat aus der »Zeit«, welcher Federfuchser beim Ingeborg-Bachmann-um-die-Wette-lesen Meister aller Klassen wurde. Der Dauerradau um Hitlisten, Hackordnungen und Tabellenplätze soll die Tatsache vertuschen, daß längst keine Siege mehr zu verzeichnen sind, und die Literatur, die sich wichtigtuerisch so nennt, ist der weitaus fadeste Teil des Rummels, der den Stillstand übertönt.

Inmitten des Trubels, welcher dem Pfeifen im Walde ähnelt, fallen Bücher auf, deren Motto »Es heißt, wir sind ausgestorben« lautet. Seit acht Jahren schreibt **Peter Kurzeck** Texte, welche ein seit Beginn der Massenarbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise literarisch obsolet gewordenes Thema variieren, die Erfahrung nämlich, daß das Leben »ein einziger Friedhof gescheiterter Pläne erlittener Wirklichkeit und gestutzter Flügel« (Pavese) ist. 1979 veröffentlichte der **Verlag Stromfeld/Roter Stern** seinen ersten Roman, jetzt ist unter dem Titel **»Kein Frühling«** { DM 38, –) sein dritter erschienen, eine »Chronik des oberhessischen Dorfes Staufenberg«, wie der Klappentext nicht ganz ohne Berechtigung behauptet, doch in Wahrheit die Ausbeute einer atemlosen, weil zweckgebundenen Suche nach der verlorenen Zeit. »Hinter der Scheune auf die Nacht ein Käuzchen rufen gehört, unser Leben wollten wir bedenken und es kommt uns wie eine Ewigkeit vor. Als ob es uns schon verlassen hat, spurlos, wir wüßten nicht einmal wann.«, heißt einer von Kurzecks melancholischen Schlüsselsätzen, und er bezeichnet eine Konstellation, in welcher das Subjekt mehr noch als von Erinnerungslücken von akutem Realitätsverlust bedroht ist. Die Anstrengungen des Erzählers, sich die Vergangenheit ins Gedächtnis zurückzurufen, strahlen daher keine kontemplative Ruhe aus, sondern eine panische Angst vor dem Verschwinden nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart. Auf den drohenden Verlust seiner Wahrnehmungsfähigkeit, seines Verstandes, seines Selbstbewußtseins reagiert das Subjekt nicht mit träumerischer Versenkung in die gute alte Zeit, sondern mit höchster Aufmerksamkeit und Anspannung aller seiner Krähe. Das Erinnerungsvermögen wird zum Existenzbeweis und hat die Funktion des Spiegels, den man Toten an den Mund holt »Daß du beständig, die Muskeln angespannt, alle Kraft zusammennehmen mußt u nd keine Einzelheit je vergessen darfst, nur um zu bleiben und wiederzukehren; das heißt man Gedächtnis.«

Das Thema des Buches, der gehetzte, vergebliche Abwehrkampf des von der Auflösung bedrohten Subjekts, drückt sich in einer unverwechselbaren sprachlichen Form aus, die Kurzeck so virtuos beherrscht, daß sie leicht seine Marotte und er ihr Gefangener werden könnte. Kurzeck schreibt, wie man spricht, wenn man sich im Stadium gesteigerter Wachheit befindet, wo man schneller denken als reden kann und die Auslassungen und Andeutungen kommen den gleichsam fetzenweise anfallenden Erkenntnissen und Bildern zugute, die nur als lückenhaft formulierte und kurz aufblitzende richtig sind, weil sie unter der Wucht eines Satzes mit Subjekt, Prädikat und Objekt gleich wieder zusammenbrechen würden. Als Beispiel für die Verdichtung durch Auslassen, welche die Intensität von Kurzecks Sprache bewirkt, eine kurze Sequenz »Die armen Pferdchen, jetzt sind es nur noch zwei, in ihrem eigenen lebenslangen Schindmährendasein, so müde und nicken mit jedem Schritt. Und werden nicht ewig leben, sie auch nicht, ein Jammer, und dann?«

Wie diese Schilderung fern aller ländlichen Saft- und Kraftprotzerei eher die Vorstellung von ausgelaugten Fabrikarbeitern vermittelt, so entsteht aus dem Text generell nicht dos geschlossene Bild eines bestimmten Ortes, sondern wie unbeabsichtigt und deshalb überzeugend entstehen Allegorien auf ein so ortloses wie zeitloses Leben, welches als einzige Bewegung das Altern und Verrinnen kennt und als einzigen Einschnitt von Bedeutung den Tod, und welches, nachdem es schon keines gewesen war, zu allem Überfluß auch noch endet. Weit entfernt davon, eine durch Folklore und Anekdotisches angereicherte Lokalchronik zu liefern, also den Ort aus der Perspektive des Fremden zu betrachten, der dort Pittoreskes oder Possierliches, bestimmt aber Lokalspezifisches suchen und finden wird, übernimmt Kurzeck vielmehr den Blickwinkel der Bewohner für die das elende Kaff die Welt ist und die Welt ein Gefängnis. Wenn Kurzeck die Besinnlichkeit eines Feierabends nach getaner Arbeit auf dem Lande beschreibt »Den Abend erwarten: sie verrammeln mit Sorgfalt Türen und Fenster und sitzen kläglich im Finstern und fürchten sich vor sich selbst. Haus bei Haus, wie unter einem Netz steht jetzt jedes Gehöft, von seiner eigenen Stille umgeben eine Ruhe wie nach der Pest.« – dann verdeutlicht dies nur, daß sich die Landbevölkerung um keinen Deut von den Stadtbewohnern in beispielsweise Berlin-Kreuzberg unterscheidet wo die Türen viermal verriegelt werden von Rentnern, die nichts zu verlieren haben als ihre Einsamkeit.

»Sind ein Jahr, sind Jahre und Jahre zu spät dran sind hoffnungslos im Verzug und können nicht aufgeben«, schreibt Kurzeck irgendwo, und mit diesem Befund ist auch die Situation von Texten bezeichnet, die dergleichen zur Sprache bringen. Oder an anderer Stelle »Seit wir keinen Hofhund mehr haben, müssen wir im Traum oft stundenlang würgen und bellen; furchtbar anstrengend so ein Schlaf«. Obgleich man sich der eigentümlichen Melancholie solcher Bilder schwer

entziehen kann, möchte man ihnen keinen großen Publikumserfolg wünschen. Nichts wäre fürchterlicher als eine Gemeinde, die sich Kurzecks Bücher zum festen Glaubensgrundsatz macht, mit dem hinlänglich bekannten Effekt daß über dem Interesse an der literarischen Verewigung und Veredelung schlechter Verhältnisse die Notwendigkeit ihrer Abschaffung vergessen wird.

Konkret 08/87, S. 48

Thomas Kapielski

Kassel - Documeta

Kassel. Man muß erstmal lachen. Die Verwandlung einer gespannten Erwartung in nichts, bekanntlich Kants Definition des Lachens, wird, bevor es die »Documenta« dann tut, zunächst durch »Kassel« verursacht. »Kassel, Sie sind ein Nichts! Weitermachen!« Alles eng, klein, frimmelig; fällt einem schwer die »Realitäten« anzuerkennen, denn man befindet sich auf einer Modelleisenbahnplatte mit »Fallermodellhäusern« .

Das ist zur Zeit überall wirksam!: Die schleichende **Verkasselung** Harmlos, freundlich-doof purzeln Mainzelmännchen durchs unbegreifliche, sinnleere und zeitlose Leben (Posthistoire!). Übermütig, kreativ, verspielt meistern sie das Leben. In die Leere zeichnen sie ein Bett und legen sich schlafen! Wir lassen noch unsere schweren Leiber durch Kassel laufen, aber manchmal vergessen wir uns auch ins Fernsehn hinein, und wir haben Mode, schöne Sachen zum Kaufen, diverse Imaginarien, Andréhellereien und: *die Kunst.*

In Kassel wurde die **Einkaufsstraße** erfunden! Die Künstler »setzen sich mit Stadtraum auseinander«, wie der »Documenta«Führer erklärt. »Vermurkster Raum wird auf wehende Weise ins Luftige erweitert.« Ich sehe was, was du nicht siehst und das ist Kunst. Der Unterschied zwischen »Kassel« und »Kunst« ist ohne Führer schwer bestimmbar, beide gleich ulkig. Vor einer als Kunst ausgewiesenen vernagelten Ruine sagt einer: »Sind och nur Bretter!«

Einrichtung Bekanntlich hat eine seelische Berufskrankheit die Abschaffung der Strom- und Gasmänner erzwungen. Die Ableser hatten zuviele Wohnungseinrichtungen erleben müssen und waren an dieser zwangsweisen Begegnung unterschiedlichst eingerichteter Privatheit langsam vor die Hunde gegangen. Zumal sich in Deutschland ja *Gesinnung* einrichtet, die keine andere kennt und keine andere gelten läßt. Einrichtung = eine Richtung. Die Gas- und Strommänner litten an der Zersetzung ihrer Einrichtungsgewohnheit, weil sie soviele Möglichkeiten anerkennen mußten und sie verloren den Glauben an *ihre* Einrichtung, weil wenn man all die anderen sieht; man merkt, wie abscheulich und illusorisch Privatheit ist, wie dumm, und plötzlich steht man offen da und »unbedeckt«.

Auf Fotos von frühen »Documentas« verblüfft neben den komischen Effekten, die davon herrühren, daß man die Parodie einer »Moderne-Kunst-Ausstellung« zu sehen glaubt, die Enge und Nähe der Kunstwerke untereinander. Das **Wohngemeinschaftsstadium** der Kunst.

»Documenta 6« besteht aus zwei Wohnblöcken mit relativ homogener Population (es gibt kein echtes 'Ausländerproblem', nur zwei Verrückte auf halber Treppe; davon später...). Soweit wie möglich ist jeder Künstler in einem Appartment für sich untergebracht. Die Einrichtungen sind wirklich apart. Man merkt, die Bewohner haben den Willen, sich individuell zu möblieren, sie zeigen Geschmack, aber wenn man von woanders kommt, sieht doch alles recht einheitlich aus. Auch inter-apart beißt sich nichts. Es gibt Dauermieter, die mit ihrer Stil-Vorgabe wohl auch den Zuzug kontrollieren. Die Wirkung des »Der-paßt-nicht-zu-uns« ist unklar, unterirdisch, denn man sieht nicht, wer (warum) *nicht* da ist. Die Gründe für Abwesenheit lassen sich denken: etwas ist »keine Kunst«, »nicht aktuell/repräsentativ«, »unwürdig«, »erst das nächste Mal da«, ... (sophistische Gründe). Die Hausgemeinschaft kondoliert Joseph Beuys (wohnt hier schon ewig).

Gemälde. Es gibt kaum mehr Bilder zu sehen. Jetzt, wo man anfängt sich zu amüsieren, sind die Ölschinken verschwunden. Wir wissen, wie dekorativ sie sind, wie gedankenlos sich darob meditieren läßt und ein jegliches zeuget vom Reichtume seines Herrn. Es hätten Tage der Wahrheit sein können für die Hochstaffelei. So sehe man sich um der Reinigung und um der Aufklärung willen das ehrliche, alte, gute Deko im Kasseler Tapetenmuseum an und wieder weiß man, was Einrichtung heißt.

Installation. Die Künstler haben weiter vorangetrieben!: In den vorhergegangenen Jahren haben wir die Welt immer nur verschieden groß gemalt, es kömmt diesmal darauf an, sie verschieden zu installieren! Holz, Marmor, Stahl, Torf, Beton; genagelt, poliert, genietet, gegossen, geklebt, zusammengestellt; – man wird den Eindruck nicht los, daß hier ein ehemaliges Menschenverbessern/verändern-Wollen, auf Grund der dabei auftretenden Schwierigkeiten, sich den Dingen zuwendet. (Als der Arbeiter und Sozialdemokrat die Revolution aufgab, widmete er sich der Züchtung von Brieftauben.)

Selbst ein Granitblock läßt sich geduldig/ungestraft verändern. Mit Hammer und Uhu werden gewöhnliche Dinge bedeutungsvoll gemacht, darauf läuft es hinaus. Verändere die Welt, sie braucht es (wo dort ein » ! « steht, sei hier ein »?« gesetzt: ?.

Life is harder than fiction. Wer sich Schaufensterdekorationen ansieht, dem wird die kecke Kreativität der Augenoptiker nicht entgangen sein. Alles ist möglich!: zwischen Kohlenbriketts, Strohballen, Autoreifen, Marmorstaub und rostigen Eisenteilen werden Brillen ausgestellt. Auf der »Documenta« fehlt die Brille, an ihrer Stelle befindet sich eine Leerstelle Lacanscher Art, welche für die Aussage »das hier ist Kunst!« Sorge trägt. Offensichtlich aber schätzt man die Leistungen der Künstler höher als die der Augenoptiker. Wo Brille war, muß Kunst werden! Merkwürdig, wo doch heuer life harder than fiction is, und wer muß sich noch in die Oper setzen, wenn er draußen liest, daß die »Hochzeit des Figaro« wegen Krankheit ausfallen und durch »Die lustige Witwe« ersetzt werden muß. Alles was die Kunstwerke als Wahrnehmungsknüller für sich verbuchen, ist den Erscheinungen des Lebens insgesamt eigen. Die Mainzelmännchen sind sich längst im klaren darüber. Kassel für sich ist surrealistisch, dadaistisch, lachhaft, spartenübergreifend, bemalt und behämmert genug, als daß man auf eine darin befindliche Ausstellung der »Documenta 8«-Art angewiesen wäre. Im Juli 87 hat ein Mann in Merchweiler seine Ehefrau einbetoniert!

Affekt durch Effekt. Hegel hatte einen lichten Moment, als er den »Heiligen Hain« einer Analyse unterzog: dieser sei nichts als die Summe von Holz plus Gefühl. Novalis lehrt die Techniken der Synthese: Material plus Gefühl romantisiert den banalen Gegenstand- und zwar »indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn, dem Gewöhnlichen ein geheimnisvolles Aussehen, dem Bekannten die Würde des Unbekannten, dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe.« Marmor wirkt wertvoll und dauerhaft, zerschnittene Autos signalisieren wagemutigste Avantgarde, Bronzetorso meldet »Körperbewußtsein«, Zitatenreichtum beweist Gelehrsamkeit und »voll drin im breiten Strom der Kunst«, aleatorische Techniken flüstern »cage! cage ! « . In summa rufen einem alle zu: »Wir sind bedeutend, wir sind Kunst!« Beweis: »Wir sind hier nicht bei Augenoptikers, wir stehen auf der 'Documenta'!«

Pathos. Der Installateur ist Bastler (im Lévi-Strausschen Sinne); aber der Bastler ist auch eine traurige Figur. Wer ewig bosselt, laubsägt, neigt zwecks Aufwertung und Höherbestimmung seines pusseligen Daseins zu edlem Material und Gröl3e, zu Ehrpusselei. So wird der Ursprung allen Dübelns in der Welt eines Tages der Hang zum Hehren. Die »Künstler« arbeiten mit Formen des »Klassiszismus«! Nägel, Schnur und Uhu lösen Scham aus und werden nach innen verlegt, wo ja eigentlich die Bedeutung west. Schaut man hintenrum zur rechten Zeit, erblickt man: Arno Breker mittels Preßlufthammer ein Pferdearschloch gestaltend.

Engagement. Manche Kunstwerke kämpfen sogar zum Zwecke ihrer Daseinsberechtigung gegen den südafrikanischen Rassismus! In erster Hinsicht erringen sie einen Sieg, dafür nehmen sie in letzterer die Niederlage in Kauf.

Besucherandrang. So simpel, idiotisch es klingt: die Kunstbegeisterung hat ihre Ursache im Wunsche vieler Menschen nach einer Aufwertung ihres Lebens (Sinn). Ich lebe bewußt, ich kaufe gesund, ich esse japanisch, ich trinke Sekt, ich kleide mich sportlich, ich möbliere mich frech, ich interessiere mich für Kunst und fahre zur »Documenta«. Also bin ich ein bewußter, gesunder, weltoffener, außergewöhnlicher, sportlicher, aufgeschlossener, moderner, informierter, usw. Mensch! Da haben sich also die richtigen Kunstwerke und die richtigen Menschen gefunden! Da ist ein Geben und Nehmen: die Menschen sagen: »Ihr seid gute, anspruchsvolle, echte Kunst!« Die Kunstwerke bedanken sich: »Ihr habt begriffen, was wir für gute Kunst sind, da müßt ihr schon verdammt eingeweihte Kunstkenner sein. Ihr seid so schön wie wir.«

Publikum. »Die Regierung von Helmut Kohl ist eine Regierung der Luxusklasse, die sich der Durchschnittsbürger eigentlich nicht leisten kann« (Ernst Breit). Abgesehen davon, daß die Trennung Publikum – Entertainer die Härte des Klassenunterschiedes übertroffen und beinahe abgelöst hat, ist die damit verbundene Dummheit und der Masochismus des Publikums erstaunlich: wie CDU-Regierungen, Thomas Gottschalk, Papst und Pullis zu 350 DM ertragen werden, wie devot man den Kunstwerken das Hohe und Außergewöhnliche zubilligt.

Einweihung. Über einen großen Teddybären am Rande der »Documenta«, den die Kassler lieben und süß finden, ist man sich unter den Eingeweihten einig geworden, was *nicht* dazugehört. Kataloge und Kommentare zur »Documenta« neigen zur rhetorischen Exkommunizierung derer, die angesichts der Kunstbezeitgeisterung nüchtern bleiben. Auch zwischen Kunstbeschreibern und Kunstwerken ist ein Geben und Nehmen. Denker haben beim Denken über Kunst große Vorteile; die doofe Leerheit eines Kunstwerkes ist das ideale freie Feld für die Gedanken, die nie falsch sein können. Lyotard: »Wie

bei allen Postmodernen gibt es wenig zu sehen und viel zu denken.« So wie man sich die Verführte schönsaufen kann, denkt man sich ein Werk »evident«. Die Fernsehredakteure stellen erfreut fest, daß sich die Kunst mit »nuklearen Feuerstürmen« und »Protest gegen die Zerstörung der Natur« befaßt; ihre während der Ausbildung gelernte Sprache der Kritischen Theorie macht sie redselig, aber die Macht der Anstalten mäßigt, verböllisiert die Kommentare.

Fischli/Weiss. Auch wenn man den Augenoptiker unten im Hause hat, gibt es doch *einen Grund,* nach Kassel zu fahren: Dort finden sich die Besten Deutschlands und der Welt und die 8jährigen Genies von Morgen auf halber Treppe in einer winzigen Klause ein, um den Film »Kettenreaktion« von Fischli/Weiss anzusehen.

Dieser Film kann nur, auch wenn Brillen Rollen spielten, ein Werk der Kunst sein! Er ist *richtig, gut, schön !* Er hat die schwermütige Heiterkeit der »so-ist-es !«-Erkenntnis, die bekanntlich nichtdenkbar ist, sondern Sache guter Kunst. Kunst ist Syntaktik, taktisches Zusammenstellen von Dingen, Zeichen und es kommt auf das »wie« an. Dies aber ist unerklärlich, denn Kunst ist, was man nicht kann, denn wenn mans könnte, wärs ja keine Kunst. (Nestroy)

Ducomenta in Köln. Es hätte sich dieser Artikel, dieser ganze anstrengende Enthüllungs- und Erklärungskram erübrigt und wäre ein Erlebnis guter Kunst gewesen, wenn man nicht nach Kassel hätte müssen, sondern nach Köln können. Dort war in der Galerie Hetzler eine »russische Stellung« namens »Peter« bezogen worden und hatte »Installation« mit einz in Freimut optischen Gewissens changiert. Keine »Gegen-Documenta«, sondern alles außer »Documenta« und die noch außerdem.

Zusammenfassung. In Kassel sehe man sich das deutsche Tapetenmuseum an. Auf der »Documenta« den Film »Kettenreaktion« von Fischli/Weiss. In Köln die Ausstellung »Peter« von M. Kippenberger.

Konkret 08/87, S. 52

Levent Sinirlioglu; Taner Aday

Wallraff ganz unten durch

Die Show ist gelaufen: Erst durften die Türken den Wallraff anmachen, dann durfte Wallraff zurückkeilen – einmal hin, einmal her, rundherum das ist nicht schwer. Das Unterhaltungsmagazin »Spiegel« ließ den Vorhang fallen, bevor das Spiel ernst werden konnte. Deshalb antworten Levent Sinirlioglu und Taner Aday auf Wallraffs »Spiegel«-Interview nun in KONKRET

Unsere öffentliche Kritik an Günter Wallraff hat einige Wellen geschlagen. Wallraff selbst hat auf die Kritik reagiert. Darauf wollen wir jetzt antworten. Zum besseren Verständnis: »Wir« sind einige Türken, die mit Wallraff zusammengearbeitet hatten, damit das Buch »Ganz unten« entstehen konnte. Wir wußten, wie schwer es sein würde, eine moralische Instanz zu kritisieren. Insbesondere gilt unter einigen Linken immer noch das Prinzip: Kritik unter Linken ist solange ein Tabu, solange auch die Rechten Kritik üben. Um nicht von rechten Angreifern auf Wallraff benutzt werden zu können, haben wir gewartet, bis Wallraff seine Prozesse gegen Thyssen u. a. gewonnen hatte und haben immer betont, daß wir gegen rechte Angriffe an der Seite Wallraffs stehen werden daß wir jeden Satz in dem Buch »Ganz unten« unterstreichen und auf eine politische Wirkung hoffen, die den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern etwas helfen kann.

Wir kritisieren Günter Wallraff, weil er selber Methoden eines Unternehmers praktizierte und einer möglichen politischen Wirkung zum Teil im Wege stand, weil er sich als Held in den Vordergrund schob bzw. schieben ließ, über die Millionen an Einnahmen aus dem gemeinsamen Projekt allein und undurchsichtig verfügte, begonnene Projekte für Ausländer/innen still sterben ließ, und überhaupt die Gespräche mit denen abbrach, ohne deren Hilfe das Buch nicht erschienen wäre. Uns wurde schnell klar daß der Schriftsteller und Individualist Wallraff von den politischen Folgen seiner und unserer Arbeit überfordert war. Umso mehr hatten wir eine demokratische Beteiligung vor allem der türkischen Mitarbeiter des »Ganz unten-Projektes« an politischen Hilfs- und Unterstützungsaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus für selbstverständlich gehalten.

Genau das aber wollte Wallraff nicht. Denn dadurch hätte weniger er, der deutsche Hexenmeister mit seinen Enthüllungs-Kunststücken für die »leidenden« Ausländer, im Vordergrund gestanden.

Weniger Personenkult also, stattdessen ein gemeinsames politisches Projekt: das hätte ein bedeutender Beitrag gegen den neuen Rassismus sein können. Obwohl es aus unseren Kreisen davon mehrere Anregungen gab, ließ Wallraff alles wieder fallen.

Wir wissen, daß die große Verbreitung des Buches mit dem Namen Wallraff und dessen Verwandlungskünsten zu tun hat. Aber, wäre nicht der rechtzeitige Hinweis auf die vielen türkischen Rechercheure und Mitspieler an dem Buchprojekt eine bessere Grundlage für eine solidarische Politik gewesen als die Ausgrenzung dieser Helfer, zugunsten einer Publicity-Show des einzigen, von aller Welt verfolgten und umzingelten deutschen Machers.

Wir waren gespannt, wie Günter Wallraff auf unsere Kritik reagieren würde. Er reagierte wie eine Gummiwand. Er nahm unsere Kritik verbal an (»auch ich habe Fehler gemacht«), um uns dann umso schlimmer zu diffamieren. Seine Antworten bestätigen erstens ungewollt die Berechtigung unserer Kritik. Zweitens widerlegt Wallraff jene, die ihm zur Seite sprangen nach dem Motto, Wallraff sei eben ein herausragender und besessener Reporter, aber kein Politiker. Wallraff machte mit seinen Antworten auf unsere Kritik handfeste Politik gegen uns. Jetzt müssen wir uns gegen seine Unterstellungen wehren. Wallraff im Kölner Express vom 4. Juli: »Die Angriffe kommen von zwei Mitarbeitern einer ganz bestimmten, politischen Fraktion, die mich für ihre Zwecke einspannen wollte. Sie drohten einem jungen türkischen Betriebsrat Prügel an. Von da an wollte ich mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Das ist nun ihr Rachefeldzug.«

Das ist kalkulierte Politik. In der Boulevard-Presse genügt es, Kritik ganz zu ignorieren und stattdessen eine Story anzubieten, die uns als prügelnde, rachsüchtige Türken ausweist, hinter denen eine dunkle Organisation lauert.

Für welche Zwecke er eingespannt werden sollte, muß nicht mehr erwähnt werden. Im übrigen stimmt davon nichts. Wir haben verschiedene politische Auffassungen und werden von niemandem gegängelt. Selbstverständlich wollten wir keinen türkischen Betriebsrat verprügeln. Wir sind auch nicht an einem Rachefeldzug interessiert. Wallraff bietet den Lesern der Boulevard-Presse das passende Türkenbild an und steht selber sauber da. Natürlich haben wir Ende der 70er Jahre gegen die Grauen Wölfe und später gegen das Militärregime in der Türkei gekämpft und entsprechende Bewegungen sowohl in der Türkei als auch in der Bundesrepublik unterstützt. Der von Wallraff besonders diffamierend angegriffene Taner A. war jahrelang gewerkschaftlicher Vertrauensmann in der Türkei. Daran haben bisher nur unsere politischen Gegner etwas auszusetzen gehabt.

In der »TAZ« war derselbe rachsüchtige und Prügel androhende Levent S. ein ganz anderer: »Dem Levent werde ich nie vergessen, daß er mir zu einem Zeitpunkt, wo mit dem Erfolg des Buches niemand gerechnet hat, selbstlos... Wenn ich ihn brauchte war er da. Seine Kritik nehme ich sehr ernst.« Allein Taner A. sei der Bösewicht. Im »Spiegel«Interview lobte

Wallraff noch einmal Levent S., von dem er in einer türkischen Zeitung gesagt hatte, ohne ihn wäre das Buch nicht halb so gut geworden. Hier dichtete er aber bereits eine politische Gruppe im Hintergrund hinzu: »Nachher erst, als der Erfolg sich einstellte, trat hinter ihm diese politische Gruppe in Erscheinung, die mich für ihre Zwecke vereinnahmen wollte.« Für welche Zwecke? Diese Gruppe trat nie in Erscheinung, man mußte sie erst erfinden, aber dem linksliberalen Spiegel-Leser sollte damit genüge getan werden ,weil er Angst vor Sekten hat – deutschen und türkischen. Hinzu kommt der kalkulierte Opfereffekt: Wallraff nicht nur ein Verfolgter der Reaktion, sondern ein Verfolgter der ganzen Welt.

Hemmungslos antwortete Wallraff in der auflagenstärksten nicht eben fortschrittlichen türkischen Tageszeitung »Hürriyet«: »Nach Veröffentlichung meines Buches... wurden gegen mich verschiedene Kampagnen eröffnet. Diese letzten Vorwürfe sind eine Verlängerung dieser Kampagnen. Daß in so einer Kampagne, die vor allem von Rechten geführt wird, meine Arbeitskollegen teilnehmen, ist für mich schmerzlich. Sie versuchten mich als ein Mittel für ihre politischen Zwecke zu benutzen. Aber, diese Personen sind nur zwei von hunderten, tausenden Türken. Daß ehemalige Freunde sich später beschmutzen wollen, ist eine menschliche Schwäche, die nicht nur Türken eigen ist. Ich würde mir (in Zukunft) weniger Helfer nehmen. Meine Helfer wären dann türkische Arbeiter. Denn die, die diese Angriffe führen, sind keine türkischen Arbeiter.«

Auch diese türkische Tageszeitung, die gegenüber dem türkischen Regime keineswegs kritisch eingestellt ist, bekommt von Wallraff das zu hören, was ihren Lesern am besten eingeht. Zunächst versucht Wallraff, unsere Kritik abzutöten, indem er sie als Verlängerung rechter Kampagnen diffamiert. Dann bietet er die demagogische Unterscheidung zwischen den guten und schlechten Türken in der Bundesrepublik an. Er werde in Zukunft nur noch mit (echten) türkischen Arbeitern zusammenarbeiten und nicht mehr mit »unzuverlässigen« Linksintellektuellen wie mit uns. Und gönnerhaft fügt Wallraff hinzu, daß es solche Selbstbeschmutzer, die mit ihrer Kritik vor allem sich selbst schaden würden, nicht nur unter Türken gebe. Welches Bild zeichnet Wallraff? Hier die anspruchslosen türkischen Arbeiter, dort die anspruchsvollen türkischen Nicht-Arbeiter, von denen er in Zukunft die Finger lassen werde. Hier die anonyme türkische Masse, über die Wallraff schreiben kann, dort die politisch Organisierten, die alles und jeden für ihre Zwecke mißbrauchen. Solche Äußerungen gegenüber einer eher regimetreuen türkischen Zeitung sind denunziatorisch. Mit ähnlichen Begründungen wurden wir ausgebürgert. Was kann den traurigen Verdacht seiner Mitarbeiter, für Wallraff seien Türken Spielmaterial seiner Eitelkeit und die Firma Wallraff habe ausbeuterische Methoden angenommen, besser belegen als die Antwort von Wallraff selbst: Solange ich, Wallraff, linke Türken für mein Projekt gebrauchen konnte, habe ich sie mir geholt; stellen sie aber Ansprüche oder äußern sie Kritik, muß ich sie das nächste Mal gegen andere Türken austauschen.

Wir haben die Antworten von Wallraff deshalb so differenziert aufgeführt, weil er eben nicht nur ein Opfer seiner schriftstellerischen Tat ist, sondern ein Politiker, der sehr genau weiß, welche Floskeln er welchem Publikum anbieten muß, um unsere Kritik abzuwürgen. Deshalb sind wir angeblich einmal Handlanger der Rechten, ein anderes Mal keine richtigen türkischen Arbeiter, dann wiederum von einer dunklen Organisation gegängelt, und immer wieder: Sektierer. Auch auf diesen Vorwurf, den wir von rechten Sozialdemokraten im DGB kennen, wollen wir eingehen. Einer von uns, so Wallraff, habe Betriebsräte und Gewerkschafter auf seinen vielen Gewerkschaftsveranstaltungen »Sozialfaschisten oder »Arbeiterverräter« genannt. Mit solchen Leuten wolle er nicht zusammenarbeiten. Niemand von uns hat so etwas gesagt. Wir können das sogar beweisen, weil wir von der Oberhausener Veranstaltung, wo die Worte gefallen sein sollen, einen Video-Mitschnitt haben.

Es geht um folgenden politischen Konflikt: Auf dieser wie auf ähnlichen Veranstaltungen präsentierte Wallraff in erster Linie sich selbst und gab immer dieselbe Antwort, die Ausländer im Saal sollten doch in den DGB eintreten, dann werde alles besser. Als einige von uns die Ausländerpolitik des DGB kritisch diskutieren wollten, wurden wir zu Sektierern abgestempelt. Im Vordergrund stand die Unangreifbarkeit von Wallraff und DGB.

Wir wollten z. B. darüber diskutieren, warum vor der Veröffentlichung von »Ganz unten« ein DGB-Vertreter die Unterstützung des Buches mit der Begründung abgelehnt habe, die DGB-Basis sei leider zu ausländerfeindlich. Wir wollten darüber diskutieren, was der DGB bis dahin gegen Leiharbeit unternommen habe. Wir wollten wissen, warum die Gewerkschaften bei Thyssen jahrelang nicht ihre elementaren Aufgaben wahrgenommen hätten (Masken, Arbeitsschuhe, Staub). Wir wollten mit DGB-Vertretern und Sozialdemokraten diskutieren, daß das Türkenproblem nicht erst mit der Wenderegierung entstanden sei, weil auf den Veranstaltungen immer wieder diesen Eindruck erweckt werden sollte. Wir wollten wissen, weshalb die vielen türkischen DGB-Mitglieder nicht in einflußreichen DGB-Positionen erscheinen. Wo war der DGB, als in der Bundesrepublik gesetzlich geregelt wurde, daß eine Türkin, die einen hier arbeitenden Türken heiratet, ein Jahr lang – in Bayern drei Jahre – nicht in die Bundesrepublik darf? Was sagt der DGB zum § 19 Arbeitsförderungsgesetz, der es möglich macht, daß ein nachgezogenes türkisches Familienmitglied vier Jahre lang keine Arbeitserlaubnis bekommt? Solange dieser Paragraph existiert, wird er die Leiharbeit fördern.

Unser Eindruck war: Alles sollte mit Hilfe Wallraffs in dem Rahmen bleiben, den der DGB gerade noch vor dem deutschen Alltagsbewußtsein verantworten kann. Deshalb werden wir mit unseren Anliegen als Sektierer angegriffen.

Den Dialog mit Wallraff sehen wir vorerst als gescheitert an. Zu dick ist die Mauer, mit der er sich umgeben hat. Schmerzlich ist dabei nicht so sehr, daß er nichts an sich herankommen ließ, sondern, daß er jene Methoden gegen Kritiker anwendet, die uns von denen da oben bekannt sind. Wir werden uns nach diesem Ausflug in die Öffentlichkeit wieder unserem Alltag zuwenden.

(Levent Sinirlioglu und Taner Aday – nach einer Diskussion mit weiteren türkischen Mitarbeitern des Projektes »Ganz unten«, deren Namen wir nicht nennen, weil sie zu Recht Veröffentlichungen in der türkischen Presse befürchten.)

Konkret 08/87, S. 54

Gabriel García Márquez; Lidice Valenzuela

Das lateinamerikanische Kino, von der Kritik gelobt, vom Publikum nicht sonderlich geschätzt, kann ein bißchen Förderung schon brauchen. Die Kubaner haben den Film-Leuten deshalb in Havanna eine Akademie geschenkt und eine Stiftung zur Finanzierung dazu. Als Fund-Raiser fand sich ein nicht ganz unbekannter Autor. Von Lidice Valenzuela

KONKRET Wie fühlt man sich als Vorsitzender der Neuen Lateinamerikanischen Film-Stiftung? Gemessen am Ehrgeiz der Projekte, könnte man die Stiftung für eine bürokratische Einrichtung halten.

García Márquez: In Wirklichkeit ist die Stiftung die unbürokratischste Sache, die man sich vorstellen kann. Sie hat nur drei Mitarbeiter: mich als Präsidenten, einen Geschäftsführer und einen Sekretär, Punkt aus. Alle Mitarbeiter würden in diesen Raum hier passen. Wir sind drei Schriftsteller, und ich benutze nicht einmal mein Büro.

KONKRET Wie wird die Arbeit dann erledigt?

García Márquez: Wir entwickeln nur die Ideen, die wir dann an geeignete Experten weiterreichen. Wir sagen ihnen, sie sollen die Idee prüfen und uns ein Projekt vorschlagen. Wenn ihre Überlegungen abgeschlossen sind, fragen wir sie, was es kosten wird und sehen uns nach einer Förderung um.

Ein konkretes Beispiel ist die Studie über die Situation von Film und Fernsehen in Lateinamerika. Die ist in Arbeit. Anderes Beispiel: Ein Film-Fachwörterbuch auf Spanisch, das den Leuten aber nicht vorschreiben soll, was sie zu sagen haben, sondern das darüber Auskunft gibt, wie die Dinge in den verschiedenen Ländern benannt werden. Es ist ja schon vorgekommen, daß eine brasilianisch-kubanische Co-Produktion in Kolumbien gedreht hat, und der Regisseur dem Kameramann oder seinem Assistenten, die aus verschiedenen Ländern kamen, einen Befehl gegeben hat und niemand wußte, worüber der redet. Es hat einfach Mißverständnisse gegeben, die die Arbeit behindert haben.

KONKRET Was ist das Ziel der Studie über Film und Fernsehen? Was passiert, wenn sie abgeschlossen ist?

García Márquez: Wenn wir schon eine Stiftung aufbauen, deren Ziel die Entwicklung und Zusammenführung des Neuen lateinamerikanischen Kinos ist, müssen wir zuerst etwas über die wirkliche Lage wissen. Dann können wir Entscheidungen treffen.

Es ist klar, daß keine Stiftung eine Filmbewegung wie das Neue Lateinamerikanische Kino erfinden kann. Wir müssen nur aufmerksam sein für das, was schon da ist. Und das ist eine Explosion an neuen Filmen. Wir versuchen nur, Bedingungen zu schaffen um die Entwicklung zu fördern, die neue Bewegung auf dem Markt vorzustellen. Der Haken ist nur: es gibt keine Zentralisierung oder Vereinigung. Die Brasilianer, die Venezulaner, die Kolumbianer, die Argentinier, alle machen sie Filme. Aber das ist im Großen und Ganzen bruchstückhaftes, unvollständiges Kino. Wir wollen die Bewegung zusammenführen und Verbindungen herstellen zwischen den nationalen Kinos.

KONKRET Was meinen Sie mit Vereinigung?

García Márquez: Vorab muß ich wohl klarstellen, daß wir nicht die Absicht haben, die Ästhetik der Filme zu beeinflussen. Wir wollen uns um das unentdeckte Potential kümmern. Wir sind ja nicht die einzigen, die die Existenz dieser Bewegung entdeckt haben, es stellt sich inzwischen heraus, daß die Regierungen versucht haben, ihre eigene nationale Filmindustrie zu schützen. Jedes dieser Länder hat ein eigenes Protektions-Gesetz vorgelegt.

KONKRET Glauben Sie, daß Co-Produktionen eine Lösung sein könnten?

García Márquez: Ich denke mehr an Multi-Co-Produktionen. Als ich von der Zusammenführung des lateinamerikanischen Kinos sprach, meinte ich nicht, daß alles eins werden sollte und alles gleich. Jedes Land will seine Identität ausdrücken. Aber um herauszufinden, ob Co-Produktionen eine Lösung sein könnten, sollten wir uns ein Beispiel ansehen. Im letzten Jahr machten Kuba und Kolumbien zwei Filme gemeinsam, die sich als große Erfolge erwiesen. Das sind zwei Länder ohne diplomatische Beziehungen, mit anderen Worten, das Kino kann über derartige Probleme hinausgehen, sie überbrücken. Es ist viel leichter für die lateinamerikanischen Länder, Co-Produktionen zu machen, als daß jeder seinen eigenen Kram macht.

Es gab darüber vor 25 Jahren schon einmal eine Diskussion, aber nicht nur über das Kino sondern den Roman und die Literatur allgemein. Seit vielen Jahren gibt es hervorragende lateinamerikanische Romanciers. Aber sie haben keine lateinamerikanische Literatur-Bewegung zustandegebracht. Das Kriterium, das damals an oberster Stelle rangierte, hieß: »Der-und-der ist phantastisch«. Er ist ein großer Schriftsteller, seine Bücher sind in viele Sprachen übersetzt«. Damals, vor zwanzig Jahren mußten wir zur Kenntnis nehmen daß die Übersetzung in viele Sprachen gar nicht so wichtig ist. Diese Bücher erschienen auf Englisch, Italienisch, Französisch. Sie brachten drei oder vier gute Kritiken, wurden wiederaufgelegt, ließen sich in ein paar Tausend Exemplaren verkaufen und das war's dann. Zu einer wirklichen Bewegung wurde die Literatur erst in dem Augenblick, als wir die lateinamerikanischen Leser gewannen, als wir unser eigenes Publikum hier aufbauten.

Indien produziert etwa 700 Filme pro Jahr. Warum? Weil die Industrie gestützt wird vom Inlandmarkt. Aber wir sprechen ja hier vom lateinamerikanischen Film. Unsere Filme sind reif für den Oscar, sie werden auf Festivals gezeigt und gewinnen Auszeichnungen. Aber in Lateinamerika bekommt sie niemand zu sehen, weil die Verleiher keine lateinamerikanischen Filme wollen.

Ich will großzügig sein, ich denke nicht, daß sie es aus politischen Gründen tun. Sie tun es weil es kein Publikum gibt, weil die Leute nicht in diese Filme gehen. Von dem Tag an, wo sich die Leute in unseren Ländern ihre eigenen Filme ansehen, werden sich die ausländischen Gesellschaften darum reißen. Und sie werden sie verleihen. Solange sie ein Geschäft damit machen können, werden sie es auch tun.

Was also muß die Stiftung anstellen, wenn sie das berücksichtigt? Sie darf nicht nur die Herstellung der Filme fördern, sie muß auch ein Publikum dafür schaffen. Aus diesem Grund verhandeln wir, um in jedem Land ein Film-Zentrum einzurichten.

KONKRET: Mit welcher Strategie wollen sie denn das Publikum in die Kinos bringen. In den vierziger Jahren fühlte sich das Publikum vom lateinamerikanischen Film angesprochen. Glauben Sie, daß es heute eine ähnliche Reaktion geben könnte?

García Márquez: Das war während des Zweiten Weltkrieges. Das europäische Kino lag am Boden und die Vereinigten Staaten steckten alles in die Kriegs-Propaganda. Sie hinterließen eine Lücke in Lateinamerika für die nationalen Filmindustrien. Und die Leute haben sich deren Filme angesehen – es waren die einzigen, die man hatte. Argentinien war ein guter Filmproduzent, Mexiko auch. Mexiko brachte es sogar zu einer gewissen Popularität. Aber als der Weltkrieg einmal vorbei war, begann der Kampf um den Markt. Die nationalen Filmindustrien wurden von den Vereinigten Staaten beiseite geschoben, nicht von den Europäern übrigens, die sich ein eigenes Publikum erarbeiteten.

Deshalb ist unser Vorhaben immens, es ist strategisch und sehr langfristig angelegt. Und es schließt jene kleinen Filmzentren in den Ländern ein, in denen die Klassiker des lateinamerikanischen Kinos, von denen Sie gesprochen haben und von deren Existenz die jüngere Generation nicht einmal weiß, dann auch gezeigt werden können. Das gehört alles zu den Förderungsplänen der Stiftung, bedeutet aber nun nicht, daß wir uns um den Rest der Welt nicht kümmern. Für Ende nächsten Jahres stellen wir eine Übersicht über die lateinamerikanischen Filme zusammen, die in Tokio, Peking, Neu-Delhi und Moskau gezeigt werden wird.

KONKRET: Seit der Gründung der Film- und Fernseh-Hochschule sind nun ein paar Monate vergangen und es scheint, sie leistet ganz ordentliche Arbeit.

García Márquez: Ja, aber es gibt auch Probleme. Für den Grundkurs müssen die Studenten als Aufnahmebedingung bloß einen höheren Schulabschluß vorweisen und sie müssen zwischen 20 und 30 Jahre alt sein. Aber einige Studenten haben schon zwei oder drei Jahre an anderen Schulen verbracht und dies und das probiert. Wir können das nicht verhindern. Wir müssen sehen, was wir in Zukunft in solchen Fällen unternehmen werden, aber da die Studenten nun einmal da sind, können wir sie auch nicht einfach rausschmeißen. Deshalb überlegen wir, wie wir das Qualifikations- und Zulassungssystem verbessern können, damit so etwas nicht wieder passiert.

KONKRET: Wie sollen denn in Zukunft die Unterhaltskosten für Stiftung und Hochschule aufgebracht werden. Welche Resonanz hat es auf ihren Spendenaufruf gegeben, den sie bei der Einweihung gemacht haben?

García Márquez: Die finanzielle Situation der Schule ist ganz klar. Die Schule ist ein Geschenk Kubas, sie ist uns, vollständig ausgerüstet und ausgestattet mit einem Jahresbudget in kubanischer Währung, übergeben worden. Zwangsläufig hat die Schule aber auch hohe Kosten, die in konvertierbarer Währung zu bezahlen sind: Das Material, die Ausrüstung, die Gehälter für die Lehrkräfte, die Flug-Tickets – das alles wird von der Stiftung bezahlt und für die Stiftung habe ich um Spenden geworben.

KONKRET: Wird der Stiftungs-Etat diese Kosten decken?

García Márquez: Im Augenblick hat die Stiftung Mittel für die kommenden zwei Jahre.

KONKRET: Aber wie war die konkrete Antwort auf ihren Appell?

García Márquez: Es gab eine Äußerung der spanischen Regierung, die anfragte, ob wir Geld oder Ausrüstung benötigten. Als Ministerpräsident Gonzalez nach Kuba kam, habe ich ihm gesagt, daß wir ihn nicht um Geld bitten würden. Denn wenn wir darum gebeten hätten – sagen wir eine Million Dollar – man hätte sie uns gegeben, nehme ich an. Aber danach wären wir nicht mehr in der Lage gewesen, Spanien auch nur um einen Cent zu bitten.

KONKRET: Was haben sie also vereinbart?

García Márquez: Spanien könnte uns z. B. eine bestimmte Anzahl von Stipendien zur Verfügung stellen, Lehrkräfte schicken. Und immer wenn wir etwas brauchen, was Spanien uns geben könnte, werden wir Spanien darum bitten.

Oder Peru. Sie haben uns wissen lassen: »Wir möchten Ihnen helfen, was brauchen Sie?« Wir haben uns bedankt, aber wir haben nicht gesagt, was wir haben wollen. Aber in dem Augenblick, wo wir wissen, was wir benötigen, werden wir es ihnen mitteilen. Denn es geht nicht bloß darum, Geld zu bekommen.

So wie es aussieht, haben wir mit den Rechten aus dem Miguel Littin Buch (Garcia Marquez: »Das Abenteuer des Miguel Littin, Illegal in Chile«, erscheint im Herbst bei Kiepenheuer & Witsch, d. Red.) die ersten beiden Jahre der Stiftung bereits finanziert. Ich bekomme ein Riesen-Gehalt für mein Seminar, das ich der Stiftung zur Verfügung stelle. Die meisten Leute, die dort arbeiten, können das nicht, weil sie nicht die Mittel haben. Ich bin versorgt. Aber ich kann Ihnen versichern, daß die Lehrer ihren Klassen allein wegen des Vergnügens alles geben. Mehr noch, sie sind alle Profis von hoher Qualifikation, die ihre Arbeit zuhause unterbrochen haben, um für einige Zeit nach Kuba zu kommen.

Und das ist ein zusätzliches Problem, denn die auswärtigen Lehrkräfte können nicht ein ganzes Jahr in Havanna bleiben, schon gar nicht zwei oder drei Jahre. Und die Leute sind gefragt, wir könnten sie gar nicht mit hohen Gehältern locken, weil sie überall mehr verdienen könnten. Sie sind hier, weil sie es genießen. Es gibt eine enorme Sympathie für dieses Unternehmen unter den Filmemachern in Lateinamerika.

Dieses Interview erschien zuerst in der kubanischen Zeitschrift »Prisma« 5/87

Konkret 08/87, S. 56

Michael Scharang

»Ich weine nicht, ich fluche!«

Interview mit dem Wiener Stephansdom - Alles über Gott und die Welt. Alles über Himmel und Hölle. Alles über Wojtyla und Waldheim.

KONKRET Dieser Tage kann man über Sie in einem Spendenaufruf lesen: »Der Stephansdom weint nicht. Er schreit nicht. Der Stephansdom stirbt leise.« Als wir diesen Termin vereinbarten, machten Sie jedoch alles andere als einen hinfälligen Eindruck; Sie husteten zwar wie hundert Kettenraucher, Ihre Stimme aber dröhnte, daß man sie bis zur Donau hörte.

Stephansdom: Die wollen doch nur mit billigen Tricks Stimmung machen, um den Menschen Geld herauszulocken. Ich weine nicht, sagen sie, ich schreie nicht. Was soll das? Der Teufel weiß, es gibt unendlich viel anderes, was ich nicht mache: So furze ich nicht am Sonntag, schaue nicht fern, schiffe nicht ins Weihwasserbecken, lese keine Zeitungen –

KONKRET Woher wissen Sie dann von den Annoncen?

Stephansdom: Ich habe meine Informanten: Heiden, Ungläubige, Atheisten, Menschen also, die ihren Verstand noch halbwegs beisammen haben und die vor dem zunehmenden Terror des katholischen Aberglaubens bei mir, dem alten Heiden, Zuflucht suchen.

KONKRET Ist es möglich, daß der saure Regen bereits Ihre Gehirnsubstanz angegriffen hat?

Stephansdom: Sie werden lachen, es ist tatsächlich so, daß die Industrie es nur so zum Schein auf die Umwelt abgesehen hat, in Wirklichkeit aber auf mich. Weil ich auf der ganzen Wahrheit bestehe, und die lautet: Ohne Pfaffen würden sie es auch heute nicht schaffen, die Herrschaften. Trotz ihrer Massenmedien könnten sie die Bevölkerung nicht für dumm verkaufen, brächte nicht auch noch die Kirche, das Urbild jeder Irreführung, mit ihrem Aberglauben die Menschen um Verstand und Würde.

KONKRET Klingt hetzerisch, finden Sie nicht?

Stephansdom: Gemessen daran, wie lange ich mir diese Schweinerei schon anschaue, klingt, was ich sage, äußerst konziliant. Und daran gemessen, daß diese Schweinerei gegenwärtig wieder säuische Formen annimmt, ist mein Urteil über die Kirche geradezu mild.

KONKRET Und warum sympathisieren Sie als österreichisches Wahrzeichen ausgerechnet mit dem Heidentum?

Stephansdom: Was heißt sympathisieren! Ich war Heide, bin Heide und werde immer Heide sein!

Die Arbeiter, die begonnen haben, mich zu erbauen, die die ältesten Teile errichtet haben, ohne welche die anderen nicht sein könnten, sie standen zwar im Dienst der Pfaffen, mußten ihnen das Bauwerk dann auch überlassen, doch in die Höhe zogen die stolzen Handwerker, was ihnen Freude machte, was ihnen sinnvoll und schön erschien; was die von euch, die noch Entdeckeraugen haben und es sehen können, armselig heidnische Symbolik nennen: meine Mauerhaut aus Schlangen und Drachen, die vielen Pfalli, verteilt über meinen ganzen Körper, damit ich nicht nur zwischen den Beinen, wo die Menschen aus und ein gehen, beim Anblick dieser oder jener Schönen einen Ständer kriege, sondern auch dort an der Ecke und hier in der Nische, wo sie beisammen stehn zum Plausch.

KONKRET Wenn es Ihnen recht ist, möchte ich auf ein allgemeineres, weniger verfängliches Thema zu sprechen kommen; auf die Moral vielleicht.

Stephansdom: Ich rede nicht von Dingen, die es nicht gibt. Reden wir lieber von der Doppelmoral. Auch hier ist das Christentum unübertroffen: Die Menschen vor den Qualen der Hölle retten und ihnen dabei höllische Qualen zufügen. Nirgendwo hätte ich das besser studieren können als hier in Wien; außer in Rom.

KONKRET Beim jetzigen Papst?

Stephansdom: Bei wem sonst? Dieser scheinheiligste aller heiligen Väter. Noch nie hat ein Gesicht so viel Verschlagenheit ausgedrückt: streng zu den Mächtigen und Reichen, doch voll Demut vor ihnen; leutselig zu den Unterdrückten und Armen, aber erbarmungslos. Charisma nennen das die Lumpen. Und man dachte auch schon, das entzückendste Paar dieses Jahrzehnts in Wojtyla und Walesa gefunden zu haben, im Christenführer und im Arbeiterführer, in diesen Eintänzern, die überall, wo eine Revolution korrupt wird oder eine Befreiungsbewegung zu stark, sogleich den Tango der Konterrevolution aufs Parkett legen. Doch Walesa wurde von einem anderen W. verdrängt; ein würdiger Rivale immerhin, schließlich hat er sein bisheriges Leben zusammengefaßt in die Worte, er sei praktizierender Katholik, praktizierender, wohlgemerkt. Nun stehen Wojtyla und Waldheim als das definitive Traumpaar fest. Waldheim, Fachmann für höllische Vergangenheit, und Wojtyla, Spezialist für himmlische Zukunft, weisen der Menschheit gemeinsam den Weg in das gegenwärtige Fegefeuer.

KONKRET Könnten Sie als österreichisches Wahrzeichen mit dem österreichischen Bundespräsidenten nicht ein Wort über seinen Rücktritt reden?

Stephansdom: Tat ich schon.

KONKRET Und?

Stephansdom: Ich habe ihn zurückgehalten.

KONKRET Im Ernst?

Stephansdom: Nicht vom Rücktritt. Nach einer heiligen Messe kam Waldheim ganz allein zu meinem Kirchturm und wollte hinaufsteigen. Wozu? Will der alte Wortverdreher aus Zurücktreten ein Hinunterspringen machen? Das konnte ich nicht zulassen. Steht doch die Mehrheit der Österreicher hinter ihm, und wenn die es ihm gleichtut, bricht mein Turm zusammen.

Also rufe ich: Halt. Waldheim bleibt stehen, und ich rede ihm ins Gewissen: Bedenken Sie, Lügen haben kurze Beine; und meine Stufen sind hoch. Er überlegt nicht lange und geht weg.

KONKRET Können Sie sich denken, warum der Bundespräsident die Aufregung um ihn immer neu anfacht? Wäre er nicht zum Papst gefahren, hätte bald niemand mehr von ihm gesprochen, denn seine Anhänger wie seine Gegner werden langsam müde.

Stephansdom: Die Fahrt zum Papst, nein, die ist nicht Waldheims Schuld, dahinter steckt die österreichische Regierung, dieses kopflose Ungeheuer, das mit zwei Schwänzen brutal übers Land fegt.

Diese Regierung und dieser Waldheim, die gehören zusammen wie Pech und Schwefel. Einerseits ist die Regierung das logische Produkt der Waldheim-Wahl; andrerseits könnte sie ihre Politik nicht so unbehelligt durchführen, wäre die Öffentlichkeit nicht pausenlos beschäftigt mit Waldheims wirklichen, vermeintlichen und augenblicklichen Schandtaten – die Reden meine ich, die er über seine Vergangenheit hält und die den Eindruck hinterlassen: so schlimm kann die Vergangenheit gar nicht gewesen sein, wie es die Wörter sind, mit denen er sie rechtfertigt.

Regierung und Waldheim sind ohne einander nicht denkbar. Und da diese Regierung droht – als hätte sie auch den letzten demokratischen Rest in diesem Land, die Wahlen, bereits abgeschafft – , die nächsten zehn Jahre im Amt zu bleiben, kann man sich auch auf eine lange Waldheim-Zeit gefaßt machen.

KONKRET Trotz der breiten Front gegen ihn?

Stephansdom: Mir kann niemand weismachen, daß ausgerechnet in den reaktionärsten Regierungen des Westens plötzlich ein antifaschistisches Herz zu schlagen begonnen hat, jetzt auf einmal, und nur gegen diesen kleinen österreichischen Reaktionär.

KONKRET Aber die Amerikaner –

Stephansdom: Hören Sie mir auf mit den Amerikanern. Die heben die Hand gegen Waldheim nicht, um Waldheim, sondern um die Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs zu treffen.

KONKRET Versteh ich nicht.

Stephansdom: Weil Sie, wie die meisten präpotenten Europäer, die USA unterschätzen. Die denken, als wirkliche Führungsmacht, in erster Linie strategisch. Das beginnt mit der einfachen Betrachtung der Geographie. Will heute ein Flugzeug der NATO die paar Kilometer von München nach Mailand zurücklegen, müßte es über Belgien, den Atlantik und das Mittelmeer fliegen, würde es nicht illegal Tirol überqueren. Nicht angenehm für die mächtige NATO, mit diesem Zustand zu leben.

Die USA haben der Neutralität Österreichs nur zugestimmt im Vertrauen darauf, daß das antikommunistisch gedrillte Land alsbald den Staatsvertrag bricht und sich wirtschaftlich der europäischen Gemeinschaft, militärisch der NATO darbietet. Auf diese Möglichkeit hat Österreich mehr als 30 Jahre verzichtet, höchste Zeit also für die USA, ungeduldig zu werden und schärfere Töne anzuschlagen.

KONKRET Das ist doch absolut hirnrissig. Österreich war und ist ein von Nationalsozialismus und Antisemitismus verseuchtes Land; wollten die USA es stärker an die Brust ziehen, würden sie nicht so dumm sein, die Waldheim-Österreicher gegen sich aufzubringen.

Stephansdom: Irrtum. Machtpolitik ist ihrer Natur nach hinterhältig und kann nie den geraden Weg gehen. Das Wichtigste: ein Land, ehe man es sich zur Beute macht, vor aller Welt herabzusetzen; in unserem Fall besonders vor den blockfreien Ländern und denen der 3. Welt, wo man hin und wieder meint, dem Modell Österreich etwas abgewinnen zu können: Staatsanteil an der Wirtschaft und trotzdem Kapitalismus, neutral und westlich und trotzdem Beziehungen zum Osten; wenig Militär und viel Fremdenverkehr. Diese Diskussion um das Modell Österreich muß international abgewürgt werden:

das allein ist der Grund, warum die USA Österreich als Nazistaat hinstellen, und nicht, weil sie es zu einer westeuropäischen Oase des Antifaschismus machen wollen.

Für die Zerstörung des guten Rufs haben die USA in Waldheim das ideale Medium gefunden; und in der gegenwärtigen Regierung den denkbar besten Partner für die übrige Demontage des Landes.

Ich bin aus Sandstein und keineswegs verkalkt. In der 1. Republik kam weder die bürgerliche Demokratie noch die Wirtschaft richtig auf die Beine. In der 2. versuchte man es noch einmal, schuf einen verstaatlichten Sektor und päppelte damit das private Kapital mühsam auf. Heute steht es fett da, blödgefressen von Gewinnen und bereits ohne Erinnerung, wem es seine Existenz verdankt. Also macht es sich auch noch daran, die eigene Grundlage aufzuzehren, holt sich einen Bankdirektor als Bundeskanzler, damit er rasch eine Verlobung arrangiert zwischen der neureichen Bourgeoisie und dem internationalen Kapital, ehe sie wieder in das Nichts zurückfällt, aus dem sie 1945 kam.

KONKRET: Sie malen den Teufel an die Wand.

Stephansdom: Mein Freund, Sie sind zu jung, um die österreichische Bourgeoisie wirklich zu kennen. Kaum wo ein Bürgertum, das so verkommen ist. Hielt von sich selber nichts. Warf sich Mussolini an den Hals, dann Hitler; erlangte erst nach 45 ein wenig Selbständigkeit dank der aufopfernden Pflege durch die Sozialdemokratie. So warf sie sich dem neuen starken Mann, den USA, nicht an den Hals, sondern lehnte sich nur dezent an ihn an.

Dummerweise hatten die USA für jene Dezenz nichts übrig, sie wollten den Anschluß, nicht direkt an die USA natürlich, das hätte die Sowjetunion zu sehr in Rage gebracht.

KONKRET: Ganz ehrlich, meinen Sie das ernst?

Stephansdom: Ganz ehrlich – nein. Für die USA ist das augenblickliche Spiel mehr eine Komödie; für eine Tragödie ist Österreich zu klein und unbedeutend. Andrerseits – Grenada ist ja auch kein Kontinent. Egal. Jedenfalls prügeln die USA Waldheim nicht wirklich, sie holen bloß zum Schlag aus. Das österreichische Bürgertum und Kleinbürgertum, gewohnt, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten, sieht die erhobene Hand und gibt den Schlag, den es gar nicht erhalten hat, flugs an die Juden weiter. Dieserart in Hochstimmung versetzt, stimmt es nicht nur den antisemitischen, sondern gleich auch den anti-amerikanischen Chor an, bis als Refrain das Deutschlandlied erklingt.

KONKRET: Wie wird das weitergehen?

Stephansdom: Heuer läuft dieses Spiel noch unter dem Titel »Die Waldheim-Farce« auf jeder österreichischen Seebühne, in jeder Felsenreitschule, auf jedem Domplatz. Spätestens Ende des Jahres wird der Hauptdarsteller Waldheim seine Aufgabe erfüllt haben: Österreichs Ansehen wird für einige Zeit zerstört sein, im Land selbst werden die wichtigsten Entscheidungen für die Privatisierung und für den politischen und wirtschaftlichen Niedergang getroffen sein. Waldheim wird eine dankbare Nebenrolle zugewiesen werden.

Waldheim wird als einer der beliebtesten Bundespräsidenten in die österreichische Geschichte eingehen. Denn noch nie werden Antisemitismus und Austrofaschismus auf einen so gütigen Landesvater gestoßen sein. Und auf dem internationalen Parkett wird er hoch zu Roß auftauchen, um vorerst die Huldigungen der englischen Königin und dann die des nächsten amerikanischen Präsidenten entgegenzunehmen. Es ist ein altes Gesetz: Keine Klassensolidarität ist so zuverlässig wie die unter Reaktionären; müssen sie einen von ihnen aus taktischen Gründen eine Zeitlang fallen lassen, heben sie ihn dann umso höher.

KONKRET: Glauben Sie, daß Sie das noch erleben?

Stephansdom: Warum nicht? Mir geht es gut, so gut sogar, daß ich mir überlege, ob ich nicht aus meiner jahrhundertelangen Passivität heraustreten und den ersten Stein werfen sollte auf dieses Pack. Da ich nachweislich nicht im Glashaus sitze und der Architekt Hollein auch noch nicht vor hat, mich zu einem Verkaufskiosk umzugestalten, ist niemand geeigneter als ich, den ersten Stein zu werfen.

Das ist den Herrschaften nicht entgangen; überall, wo ich einen Stein an meinem Gemäuer lockere, um ihn endlich auf die Pharisäer zu schleudern, stürzen sie sich auf mich und hindern mich daran – unter dem Vorwand, Renovierungsarbeiten an mir vorzunehmen. Jetzt kennen Sie auch die wahren Gründe der Spendenaktion.

KONKRET: Macht es Ihnen was aus, wenn ich heute nichts mehr von Ihnen wissen will? **Stephansdom**: Im Gegenteil. Ich bin durstig vom Reden, und der Himmel öffnet gerade seine Schleusen. Diese Gelegenheit möchte ich mir nicht entgehen lassen. Sie können ja in ein paar hundert Jahren wieder vorbeikommen, wenn Sie Lust haben. Aber auch dann werde ich noch fluchen und nicht weinen. Oder fluchen *und* weinen, wer weiß.

Konkret 08/87, S. 58

Michel R. Lang

Jude tot, Kultur lebt

Von der nationalsozialistischen Ermordung der Juden haben viele profitiert. Auch die Museen. Sie sind – wie auch immer – zu Werken gekommen, die einst im Privatbesitz waren. Die einstigen Besitzer können ihre Ansprüche nicht geltend machen. Sie leben nicht mehr. Wenn dann doch noch jemand auftaucht, dann wird es wieder so deutsch, wie es schon einmal war. Ein Beispiel aus Hamburg

Der Schweizer Antisemitismusforscher Emanuel Hurwitz schlug in seinem Buch »Bockfuß, Schwanz und Hörner« vor, weniger Geschichte zu lehren, als Geschichten zu erzählen, um die jüngere deutsche Vergangenheit besser vermitteln zu können. Hier ist eine:

Hamburg, Montag, 17. März 1986, Museum für Kunst und Gewerbe, erste Etage. In einem Herrenzimmer aus der Jugendstilzeit sitzt der 68jährige Al (Ulli) Guttsmann hinter dem Schreibtisch seines Großvaters Adolf Sultan, streicht sanft die Platte des Möbels und weint. Pünktlich zu seinem Geburtstag war der in Berlin geborene und jetzt in New York als Pensionär lebende Jude in die Hansestadt gekommen, um seinem ohnehin schon bewegten Leben eine weitere bittere Episode hinzuzufügen. Zufällig hatte er erfahren, daß das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe seit 1977 in der Jugendstil-Abteilung einige Möbelstücke präsentiert, die seinem Großvater 1938 in Berlin gestohlen worden waren. Der ehemalige Leiter der Jugendstil-Abteilung Dr. Heinz Spielmann im Katalog: »Die Hamburger Sammlung will nicht nur Pretiosen des Kunstgewerbes vorstellen (dies kann sie selbstverständlich ebenfalls) – sie will einen historischen Prozeß als gegenwärtig erlebbar vermitteln.« Daran muß gezweifelt werden.

Als Al (Ulli) Guttsmann und sein amerikanischer Anwalt merkten, daß sie von dem jetzigen Direktor des Museums, Axel von Saldern, hingehalten und verschaukelt wurden, um Zeit zu gewinnen, entschloß sich der Sultan-Erbe, selbst in die BRD zu reisen. Nach einem Tag hatte er schon genug von Hamburg, von dem Museum und von dem Herrn von Saldern, der zwar mit der Anschaffung der Ausstellungsstücke offensichtlich nichts zu tun hat, aber ansonsten ein Mann mit dem Fingerspitzengefühl eines Ottakringer Pferdeschlächters ist. Von dem Ehepaar Rita und Al (Ulli) Guttsmann, das vor 50 Jahren von der Gestapo in Hamburg verhaftet und mit zehn Reichsmark auf ein Schiff verfrachtet worden war, das nach Amerika fuhr, danach befragt, wie es denn mit der Rückgabe der gestohlenen Exponate aussähe, antwortete Axel von Saldern nur lapidar: »Da kann ja jeder kommen, beweisen Sie mir erst einmal, daß das Ihr Eigentum ist, dann werden wir weiter sehen. Außerdem ist es Mode geworden, Sachen herauszugeben.« Und fügte feinfühlig hinzu: »Das müßten Sie auch mal!« Was immer auch der Museumsdirektor mit dieser Bemerkung meinte, unstrittig ist, daß von Saldern Erfahrung mit geklauten Sachen hat. 1985 mußte er die Order erteilen, ein in Italien gestohlenes 2500 Jahre altes Freskofragment den rechtmäßigen Besitzern zurückzuschicken. Das 1963 aus der etruskischen Nekropole »Tomba della Pulcella« (Grab des Mädchens) in der Nähe von Tarquinia (nördlich von Rom) herausgebrochene Fragment, war, so die »Frankfurter Rundschau«, »aus dem Schweizer Kunsthandel für eine fünfstellige Summe erworben« worden.

Aber da lag der Fall anders. Mit dem Staat Italien legt sich ein Gentleman aus der Hansestadt nicht an – da hätten er und die Kulturbehörde wohl auch den kürzeren gezogen – mit alten Juden hingegen, die sich kaum wehren können und ohnehin so weit weg wohnen wie die Guttmanns, macht das Hadern offenbar eher Spaß. So weigerte sich von Saldern anzugeben, wann die Möbel von Heinz Spielmann angekauft worden waren, wieviel das Museum dafür hatte hinblättern müssen, wer die angebliche »rechtmäßige Erbin« wirklich war, die unter dem Namen Helene Möller das Raubgut ans Museum verkauft hatte.

Es ist sattsam bekannt, daß Museen in aller Welt ihre Sammlungen auch mit Hilfe nicht gerade sauberer Geschäfte zusammenraffen. Vieles wurde und wird noch immer auf Auktionen, im Kunsthandel, von Privatpersonen und von Vermittlern der Unterwelt erworben. Dabei gehen die Vertreter der Museen oft nicht gerade zimperlich vor. Die Personalien der Verkäufer werden selten überprüft, die Herkunft der Ware nicht geklärt, die Aussagen der Anbieter kaum einmal überprüft. Nicht ohne Grund: Denn die Undurchsichtigkeit dieser Geschäfte ist teilweise Voraussetzung für ihr Gelingen.

Was die Sultan-Möbel im Hamburger Museum betrifft, ist die Sachlage besonders schwierig. Nur für die Erben, selbstverständlich. Denn der Diebstahl der Möbel geschah vor fast 50 Jahren, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, – wie es bei den Nazis üblich war – und bis heute weiß niemand, wer beteiligt war: SS, SA, Gestapo, »spontane Arisierer« oder einfach nur die Nachbarn von nebenan. Erschwerend für die Sultan-Erben kommt auch noch hinzu, daß es damals nicht üblich war, seinen Besitz fotografieren und registrieren zu lassen, um ihn später identifizieren zu können. Und schließlich wohnen die wenigen Überlebenden der Familie heute fast alle in den USA – eine ungünstige Konstellation für einen langwierigen und zermürbenden Streit mit den ohne Zweifel gewieften Justitiaren der Hansestadt. Da nützt es wenig, wenn Frau Heike Wolf-Altmann von der Rechtsabteilung der Kulturbehörde äußerte, sie sei gegen diese Restitutionsansprüche grundsätzlich »nicht oppositionell«. Eine schöne Formulierung angesichts der Sache, um die es geht.

Die Familie Sultan, um deren Möbel es geht, war einst eine große und angesehene jüdisch-deutsche Familie. Drei Brüder standen an ihrer Spitze: Geheimrat Adolf Sultan, Mitbegründer des »Spritkonzerns«, Inhaber mehrerer Aufsichtsratsposten, Professor Dr. Georg Sultan, Pathologe und Chirurg, Pour-Le-Mérite-Träger und Gründer der Neuköllner Universitätsklinik in Berlin, und Dr. Curt Sultan, ebenfalls Chirurg, im Ersten Weltkrieg Oberstabsarzt und Leiter des Städtischen Krankenhauses im schlesischen Freiburg. Ihr sorgen- und problemloses Leben endete 1933. Dr. Curt Sultan verlor nach der Verkündung der Nürnberger Rassengesetze seinen Posten als leitender Arzt, durfte aber bis 1938 praktizieren. Dann wurde ihm auch - erboten, und man wies ihn zur »Beobachtung« zwangsweise in ein sogenanntes »SS-Haus« ein. Die Familie hatte alle Wertgegenstände an die Nazis »freiwillig« abgegeben: Schmuck, Teppiche, Bilder. Im Dezember 1939 wurde er ins Gestapo-Gefängnis gebracht, weil auf einer Lebensmittelkarte der Zwangsvorname »Israel« fehlte. Gegen Zahlung von 800.- Reichsmark löste ihn seine Tochter Johanna aus. Im Januar 1940 starb er an den Demütigungen durch die Nazis und der Angst um seine Familie. Seine Tochter tauchte zuerst unter, arbeitete mit der »Bekennenden Kirche« zusammen, wurde verhaftet, kam ins KZ Ravensbrück und leistete später bis Kriegsende für die Firma Siemens Sklavenarbeiten, für die sie bis heute nicht entschädigt wurde. Sie wohnt heute wieder in Berlin. Auch sie vermutet, daß das Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg die Möbel ihres Onkels direkt von dem Dieb erworben haben muß. Denn andere Familienmitglieder, die diese Möbel hätten verkaufen können, lebten in den 60er Jahren nicht mehr in der Bundesrepublik.

Den beiden anderen Sultan-Brüdern erging es nicht anders, nicht besser. Professor Dr. Georg Sultan, Johannas Onkel, bekam 1942 seinen Einlieferungsschein nach Theresienstadt. In derselben Nacht warf er seine Auszeichnungen in den Landwehrkanal und nahm sich mit Gift das Leben. Der letzte der drei Brüder, der einstige Eigentümer der Jugendstilmöbel, Adolf Sultan, verlor alle seine Ämter, mußte sein Vermögen ans Deutsche Reich abgeben, wurde 1938 seines Hauses in der Schlachtenseer Ernst-Ring-Straße beraubt und starb 1941 in Berlin. Seine Frau Coba und seine Tochter Claire, Al (Ulli) Guttmanns Mutter, wurden nach Riga verschleppt und vermutlich dort ermordet.

In den frühen 50er Jahren bekamen Ulli Guttsmann und die anderen wenigen Erben die leere Berliner Villa zurück . Sie verkauften sie wenig später aus Geldnot. Die gesamte Einrichtung des großväterlichen Hauses aber blieb verschwunden, bis das Museum in Hamburg stolz einige Stücke der Öffentlichkeit vorstellte.

Das ist diese Geschichte. Vorläufiges Resumée: Das Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg besitzt und stellt aus sieben Jugendstilmöbel, die 1938 von den Nazis gestohlen wurden, den Mindestwert einer kleinen Villa an der Alster besitzen und zweifellos unberechtigt angekauft worden sind, ohne nach der Herkunft zu fragen. Ferner weigern sich sowohl das Museum als auch die Kulturbehörde der Hansestadt, den Beweis für die Legitimität ihres Besitzanspruches an diesen Möbeln vorzulegen und lehnen es hartnäckig ab, die Person aufzutreiben, die das gestohlene Sultan-Mobiliar an das Museum verkauft hat. Das, allerdings, gehört zur Geschichte der jüngeren deutschen Vergangenheit. Und es ist nur ein Beispiel. Denn es gibt viele Museen in der BRD. In vielen werden Möbel ausgestellt, um »einen historischen Prozeß als gegenwärtig erlebbar« zu vermitteln.

Ein jiddisches Sprichwort sagt: Mer kejnen kajn Mensch bis mer handelte nicht mit ime. Man kennt keinen Menschen, solange man nicht mit ihm gehandelt hat.

Konkret 08/87, S. 60

Diedrich Diederichsen

Bolshevique Chic - Rive Gauche

Kommunismus als Mode. Ist das böse? Schadet das dem Kommunismus? Schadet das der Mode? Ist eines von beiden am Ende wünschenswert?

Meine Antwort muß unerwartet differenziert ausfallen, ich sehe keine andere Möglichkeit. Sicher, wenn die gesamte »Tempo«Redaktion nach Moskau reist und nach ihrer Rückkehr als die Freiheit, die sie meint und der Sowjetunion wünscht, diejenige nennt, daß »Tempo«-Redakteure in Moskau frei und unbehelligt mit sowjetischen Jugendlichen über die neue Prince-LP diskutieren können, so haben sowohl Prince wie die sowjetischen Jugendverbände als auch ganz besonders der sowjetische Jugendliche, der das Recht hat, über Prince mehr zu erfahren, als ihm ein »Tempo«-Redakteur sagen kann, allen Grund zur Klage über eine gewisse Spielart von Mode-Bolschewismus. Demgegenüber stehen aber andere Spielarten, die weder der Mode noch dem Kommunismus schaden.

Bolshevique Chic ist nichts Neues und hat zunächst mal nichts mit Gorbatschow- und Glasnost-Begeisterung zu tun. Im Gegenteil, seine Logik folgte in seinen Anfangstagen eher der, nach der irgendwelche Kids/ Rocker/Punks Hakenkreuze und SS-Runen verwenden, also ein möglichst deutliches Zeichen für etwas möglichst deutlich Verbotenes. Die mir bekannte erste Aufführung von Bolshevique Chic finden wir in Stanley Kubricks Film »Clockwork Orange«, der zur Zeit gerade wiederaufgeführt wird. Malcolm McDowell und seine »Droogies« flechten in ihren Gang-Code jede Menge russische Worte ein, gerne auch wenn sie gerade wieder töten und vergewaltigen, ihr bevorzugtes Stammlokal heißt »Moloko Plus«. Der deutsche Verleih hat das allerdings nie begriffen und die russischen Vokabeln wie genuscheltes Englisch behandelt. So wird aus »goroscho« (»gut« oder »zufrieden«) in der deutschen Version »Horrorshow« usf. »Clockwork Orange« veranschaulicht präzise, wozu Bolshevique Chic dient. Da das pluralistischverfaßte System eines ist, das durch Kritik in seinen Regeln nicht erschüttert, sondern nur stabilisiert wird, sucht der Jugendliche, der in der Regel keine Faschismus-Theorien gelesen hat, nach Zeichen, die ihn außerhalb des Systems stellen, die für das stehen, was in der pluralistischen Rhetorik »totalitär« heißt. Und dazu dienen ihm Gewalttaten ebenso wie Hakenkreuze und Hammer und Sichel. Der Jugendliche ist in der Regel ziemlich bescheuert und bedarf der Verbesserung. Der Jugendliche ist andererseits auf einer vitalen Ebene immer im Recht und bedarf nicht der Verteufelung, sondern einer Solidarität, die seine Kreationen nicht relativiert oder soziologisiert, sondern erweitert, die von ihm lernt.

Noch aus der Punk-Zeit kennt man die Geschichten von Kindern, die sich des Verständnis-Terrors sozialdemokratischer Lehrer nur durch Hakenkreuze erwehren konnten. Kurz danach kam diese Taktik aber aus der Mode, weil schließlich – wir werden das noch sehen – Zeichen ihre eigenen Gesetze haben und sich unter den von sozialdemokratischen Lehrern geplagten Schülern herumgesprochen hat, daß auch Hakenkreuze nicht für etwas stehen, was sie erstrebenswert finden könnten.

Um 1980 verbreitete sich die Mode, sozialistische Orden und Ehrenzeichen an der Kleidung zu tragen. Rote Sterne an Baseball-Kappen kamen hinzu, Bettwäsche in Rot mit aufgenähtem Hammer und Sichel waren möglich, sowjetische Eishockey-Trikots waren sowieso schon länger weit verbreitet, El Lissitzky wurde Vorbild für Stadtzeitschriften-Layouter und das englische Modeblatt »The Face« brachte gerade im vergangenen Monat das zweite große Gorbatschow-Poster. In Köln gibt es eine Yuppie-Boutique, die als Signet Sektglas und Sichel im Fenster hat. Besser könnte man nicht auf den Punkt bringen, was diejenigen, die ein tieferes Verhältnis zu diesen Zeichen haben, »bedenklich« finden.

Aber falsch (Oh, ich widerspreche nicht aus Prinzip): Was sich auf der unreflektierten, aber oft nur auf viel direktere Weise Wahrheiten aufspürenden Ebene der PopMode durchgesetzt hat, die Einsicht, daß man mit einem Hakenkreuz (und anderen Hell's Angels-Accessoires) nie etwas anderes sagen (und folglich auch leben kann) als den stumpfen Reiz der Provokation. Hammer und Sichel dagegen gewähren weit mehr Vorteile: man stellt sich nicht nur außerhalb des Wegrelativierbaren und Wegsoziologisierbaren, denn kein Lehrer kann bestreiten, daß es im Gegensatz zum Hakenkreuz zu Hammer und Sichel auch ein Signifikat, real existierend, auf der Welt gibt. Und man unterstützt mit der Kraft von Pop und Mode das, was als Erscheinungsweise akademischer Betätigung von unserer Kultur erfolgreich vernichtet worden ist: Sozialismus. Ein anderer erstaunlicher Zug läßt sich an dieser Mode feststellen, der dem Prinzip anderer Szene-Moden widerspricht: Sie ist langlebig, sie nutzt sich nicht ab, und sie verliert nicht dadurch, daß sie Mainstream-Kreise erobert.

Mich erinnert dies an die Mao-Moden der späten 60er/frühen 70er. Über den sogenannten Mao-Look wurde damals in linken Kreisen nur gespottet. Und zwar mit so trüben Argumenten, wie dem, daß die Frauen, die sowas tragen, ja keine Ahnung hätten, von den Reden auf der Konferenz von Yü-Gung oder woher die richtigen Ideen der Menschen kommen.

Ich fand immer: den richtigen Ideen der Menschen kann man ihre Richtigkeit auch *ansehen.* Unlängst gab es in Köln eine Ausstellung mit dem Titel »Europa-Amerika«; sie versuchte Parallelen zwischen Entwicklungen der modernen Kunst in diesen beiden Kontinenten recht naiv durch das Gegenüberstellen formal ähnlicher Arbeiten nachzuweisen. Gleich im ersten Raum hingen sich ein Malewitsch und diverse vom Konstruktivismus beeinflußte Vertreter amerikanischer Malerei

der 40er und 50er wie auch einige Emigranten aus Deutschland und noch spätere gegenüber, oder nur um eine Ecke getrennt (von Barnett Newman bis Palermo). All diesen vom Konstruktivismus beeinflußten oder einen eigenen oft metaphysischen Konstruktivismus verantwortenden Künstlern war etwas gemeinsam, das sie nicht mit Malewitsch teilten. Überall das eine oder andere Element, das sie verband aber nicht bei Malewitsch vorkam (den ja schon die schludrige Ausführung seiner keine schludrige Ausführung duldenden Ideen adelt). Denn Malewitsch, mochte er glauben oder denken, was er wollte, war eine ästhetische Manifestation der frühen Sowjetunion (daß er schon vor der Oktoberrevolution gearbeitet hat, tut nun wirklich nichts zur Sache), dies, jenseits aller anderen Parameter, die ein Kunstwerk ausmachen können, gibt seiner Arbeit eine überprüfbare (wie diese Überprüfung geht, überlasse ich einer zu schaffenden Wissenschaft) Schönheit, die allen formalen und künstlerischen Hervorbringungen eigen ist, die sich vorgenommen haben, die Kunst Realität und Politik aushalten zu lassen, die die Kunst mit schwerster sozialer Verantwortung belasten – was das Gegenteil von faschistischer oder sogenannter kritischer Kunst ist, die beide nicht die Kunst belasten und prüfen, sondern, wo die Kunst sich bei der Politik – ob positiv oder kritisch ist da wirklich fast egal – anbiedert. Alle Formen aber, die sich mit einer Verantwortung gegenüber der Menschheit und deren vornehmsten Zielen im Alltäglichen wie im großen Ganzen aufluden, eine Verantwortung, die sie logischerweise nie ganz verkraften konnten, haben für alle Zeiten diesen Geschmack von Gültigkeit, diese Würde – das gilt für Malewitsch-Bilder wie für Hammer und Sichel.

Was für die Kunst in all ihrer Komplexität gilt, gilt auf noch wesentlich einfachere Weise für das einfache Abzeichen: handelt es von einer moralisch richtigen Angelegenheit – die längst ihre Unschuld verloren haben kann – und mußte es diese auch verantworten, so spiegelt sich das in der Form des Zeichens wieder. Moral und Wahrheit haben Geschmack, richtige Ideen das richtige Layout. Hier müssen wir einmal mehr darauf hinweisen, daß sich der Bolshevique Chic nicht auf den Gorbatschowismus bezieht, sein Arsenal sind die Symbole und Abzeichen vor allem der 20er Jahre, insbesondere des russischen Konstruktivismus .

An ihnen schmeckt der ungebildete Jugendliche einen pathetisch-machtvollen Aufbruch für eine gerechte Sache, nicht so etwas erwachsen-Vernünftiges-Gereiftes wie die heutigen Bemühungen von Generalsekretär Gorbatschow. Ihre dauerhafte Kraft verdanken diese Zeichen allerdings der Tatsache, daß sie noch heute eine Referenz in der zeitgenössischen Realität haben; daß sie in der Sowjetunion nie aus dem Gebrauch verschwunden sind. In diesem Spannungsfeld entsteht ihre Kraft: Vitalität und Instinkt einer dumpf die westlichen Verhältnisse ablehnenden Jugend, moralische Integrität und Autorität der frühen Sowjetunion (die Schönheit von Formen, die nicht zweckfrei gedacht waren) und das reale Bestehen dieser Sowjetunion heute. Denn nur solche Symbole haben den Geschmack der Richtigkeit, die sich auf etwas Reales beziehen, ihre Schönheit aber den unangreifbaren Jugendstunden dieser Realität verdanken. In diesem Sinne ist das einzige, aber entscheidende, was den Gorbatschowismus mit Bolshevique Chic verbindet, daß beide, wenn auch auf die denkbar verschiedenste Weise, Fans dieser Epoche sind.

Und es gibt in gleicher Weise nichts gegen Zeitgeist-Idioten einzuwenden, die zu Gorbatschowiki konvertieren, wie gegen 16jährige, die mit Juri-Gagarin-Medaillen 'rumlaufen.

Konkret 08/87, S. 62

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

SOMMER SONNE TANZMUSIK

O ja! Beim Würfeln gegen das so oder so atomare Schicksal ruhig einmal drei Wochen aussetzen. Denn machen nicht auch Ausbeutung und Unterdrückung, Entfremdung und Verdummung, Klassenjustiz und Bundesliga Ferien? Fläzt nicht auch die sonst aus automatischen Waffen starrende Konterrevolution halbnackt an einem goldgelben Strande? Sehet nur, wie der dicke Bernhard (»Bernie«) Besitztitel mit seiner entzückenden Gattin Gitta Grundrente und den beiden süßen Sprößlingen Zins und Zinseszins über den Spielplatz an der Sonne tollt (und schwitzt wie eine Sau!). Nukem und Alkem haben ihren Leuten freigegeben, im Verteidigungsministerium schafft lediglich ein Notdienst mit viertel Kraft und selbst in den beiden großen deutschen Seelsorgeanstalten läuft das berühmte Band »Wir sind zur Zeit nicht erreichbar, Sie haben dreißig Sekunden, sprechen Sie -, jetzt! »Warum solltest Du da, meine geliebte Leserin, und Du, mein lieber, die Nase so gern in diese Kolumne Steckender, nicht auch einen kleinen Schlag Pause vom politischen Überich machen? Freilich, ganz wollen wir natürlich nicht vom Fleische der geistigen Übung fallen, wiewohl - leicht soll es diesmal zugehn, so wie bei Ulricke Jokiel, die im Fernsehen immer so artig aufsagt, daß sie schon enorm geil auf Schokolade sei, nur »leicht muß sie schmecken«. Leichte literarische Sommerkost aber ist meine

KLEINE FAHRRADDIEB-HALSGERICHTSORDNUNG

Daß die Welt ein einziges Verbrechen sei
(am umschuldigen Nichts)
Davon kündet der in den Schluchten des
Universums sich brechende Schrei

Welches aber von den scheußlichen Verbrechen
(es sind drei)
Das scheußlichste sei

Davon kündet dieser Bericht
(To whom it may concern: memento mori! Und begeht keine scheußlichen Verbrechen nicht!!)

Das scheußliche Verbrechen ist das Zusammensacken von wie irr lichternden Sternen zu schäbigen Schlacken Zwölftausend kalte Wohnungen in Stuttgart-Degerloch erheischten der Energie von Alfa Zentaurus, doch der stürzt, sich selbst und Stuttgart-Degerloch vergessend, in sein schwarzes Loch

Das scheußlichere Verbrechen ist dann schon:
Gottvater schert sich den Dreck um seinen Sohn
Dreimal ruft ihn vom Kreuz aus an der Sohn
Doch der Alte geht nicht ans Telefon

Das sind zwei der scheußlichen Verbrechen
Die sowohl fürs Scheußliche wie fürs Verbrechen an
und für sich sprechen

Jedoch das scheußlichste Verbrechen in Zeit und Raum ist die Fortnahme fremden Fahrrads von Kandelaber, Mauer, Baum

Ja, das scheußlichste Verbrechen

Ist das Fahrradschloßaufbrechen

Ja, schlimmer als KleinkinderFicken und Hostienbespein
Ist das Fahrradeigentümer/Fahrrad-Entzwein

Ja, gemeiner denn der tückische Schlachter an der ahnungslosen Sau
Handelt am Fahrradeigentümer der Fahrradklau

Heilig, heilig ist das Eigentum am Fahrrad, doch der Fahrraddieb
Pißt, scheißt und kotzt auf das Sakrament
das da heißt
Nimms nicht! Hab deines Bruder Fahrradfahrer
Fahrrad lieb

Ja, heilig, heilig, heilig ist das Fahrrad, das einzige
des Menschen lächerlichen Erfindungstrieb rechtfertigende Gerät
Doch grausamer als aller Kains und aller Neros aller
Zeiten ist des Fahrraddiebes Bestialität

Es war der Fahrradeigner vor der Tat
Ja so unendlich glücklich mit seim'm Rad

Das Rad war ihm nicht nur mechanisches Gefährt
Es war ihm mehr als, sag'n wir mal - ein Pferd

Es war ihm mehr dann Sache (»it«)
Es war ne She, die er mit sanftem Schenkeldrucke ritt

Ein schlankes Ding, mit dem er in die Gange kam
(zwölf Stückl) und das ihn mit in Licht und Luft
und Sonne nahm

Er hatte sie vom Mund sich abgespart
Er hatte sich gleich bei der Probefahrt mit ihr gepaart

Sie trug ihn hoch den Harz, hinab mit 70 km h
die Rhön, die Ebenen entlang,
Sie trug ihn (kleine Stadtfahrt) hin zu Kino, Kirche,
Sportplatz, Restaurang

Sie trotzte Scherben, Nageln, scharfem Split
Hielt tapfer Luft, gehorchte schnurrend jeder
Schaltung, jedem Tritt

Er dankte ihr's mit trocknem Unterstand, sechs, sieben bar, dem Schmätzchen Öl

Da kam der Fahrraddieb und raubt' ihm das Juwel

Von weitem schon gewahrte er: Das Schloß geschändet und - weg - sie
Da brach der Fahrradeigner wie von einer Riesenfaust gefällt ins Knie

Dieb, Ausgeburt, du stürztest deinen Fahrradbruder in marianengrabentiefes Leid
So, Pest du, sie von nun in alle Ewigkeit vermaledeit

Und wiss: Die Tage sind gezahlt und bald schon
schlägt die Stund
Hund, dir fällst in die Häscherhände du dem Fahrraddiebstahlrachebund

Bist du, du Dreck des Drecks, von uns erwischt, winkt dir (ade!) der Untat Leidenslohn
Und eine Mutter zückt das Zellstofftuch, um reinzuweinen in dasselbe um den toten Sohn

Bist du von uns ertappt so bist du Schand' der
Schande dran
Und es klagt laut ein Weib um seinen toten Mann

Bist du, vor dem sich Blutsturz ekeln, Raucherbein, Geschwür
Gestellt von uns, so wiss, es kräht kein Wienerwaldhahn mehr nach dir

Bist du von uns gefangen, hoff auf Gnade nicht
Nicht Recht noch Gnade, Rache nur macht Sinn beim Raddiebstahlsgericht

So aber, Raddieb, wirds geschehn
Und es wird schauder sein und nicht sein schön

Raddiebscharfrichter, wird es heißen, auf der Stell
Gib's Startkommando für die Schlußetappe Leben - Höll

Raddiebscharfrichter, walte deines Amts
Und nimm das Leben stückweise ihm, sein durch die Tat verdammts

Ist sein Verbrecher nicht in sein'm Geschau erblüht?
So sei's mit glüh'nden Speichen ausgeglüht
(auf die von abgrundtief gemeinen Blicken entleerten Höhlen papp zwei Fahrradflicken)

Hat er mit seinen Griffeln nicht das Lenkerband berührt?
So seien seine Finger zehnmal um die Kupp kupiert
Hat er die Lenkerhörner nicht mit Diebeshand gepackt?
So seien ihm die Hände hart am Pulspunkt abgehackt

Hat er, als er mit fremdem Rade flitzte, seine Arme nicht benutzt?
So seien ihm die Flügel bis zum Schlüsselbein gestutzt

Die Beine taten bei der Flucht vom Ort der Untat
Dienste ihm, wenn schlecht auch mehr denn z'recht?
So trenne man die Laufe ab vom Fuß bis zum Gemächt

Hat er mit seinem Arsch den heil'gen Sattel nicht geschändet?
So sei er nicht um Arm und Bein gekürzt nur und nicht nur geblendet

Man pfähle ihn, man treib des Fahrrads stählernes Gestänge
Dem Fahrraddieb ins After und der Därme dunkle Gänge

Bis daß es dem Gestänge von des Fahrraddiebes Innern graut
Und es erleichtert aus dem Maul des Fahrraddiebes schaut

Nun, Raddiebscharfrichter, mach des Bestohlnen Rache satt
Und ficht zuguterletzt den bleichen Torso auf das Rad

Und pflanz das Rad hoch auf die Raddiebschandestange
um Radwegrand, und laß das Fahrrdiebaas nur den Fahrradiebaasgeiern
unterm Himmel lange

So, Kerl (denn Kerl bis du, Fraun sah man nie beim Fahrradklau'n) wirst du dein ranzigs, mistigs Leben los Und nun, du krumme Kreatur, geh, knack das nächste Fahrradschloß

---

aus »Fahrradliebe« Bilderlesebuch, Elefanten Press, Berlin

Konkret 08/87, S. 68

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton: Nachsommer

Die Ehre der Pruzzis/Showgeschäft/Kein Fall von Kunst/Wer hat eigentlich die Wahlen gewonnen/Vom Prinzip Gesindel/Die Kostbarkeit von Pornographie/Der wahre Jakob

Ganz Weimar, sagt leicht übertreibend wie es seine Art ist, Brockes, ganz Weimar habe seinerzeit vor Begeisterung aufgeschrien, als beim WM-Endspiel zwischen Argentinien und 'Deutschland' die Tore für uns gefallen seien. Er kommt eben von dort. Wir sind zurück gerade aus dem Italienischen. Das müßt ihr verstehen, sagt M., die von da ist, das müßt ihr verstehen, nachdem ich ihr erzählt habe, wie uns ihre Landsleute mal wieder reingelegt haben. Einen Ölwechsel angedreht haben gleich hinter Rom, obwohl wir keine zwei Wochen vorher frisches 01... Und eine neue Batterie. Die liegt jetzt hinten im Fond, und wir könnten auch Blumen reinstecken.. . Nicht zu reden von den kleinen Geschichten: an dieser Autobahnraststätte, an jener Tankstelle... Wie gesagt, wenn ihr das nicht versteht, sagt sie; Touristen reinlegen, das ist einfach so eine Art nationales Gesellschaftsspiel: Da will jeder einfach der Beste, der Geschickteste gewesen sein, abends, wenn es ans Erzählen geht. Ein bißchen mitgemeistert haben, ja, auch national, diese alljährliche Invasion durch diese großen, dicken, rotgebrannten Menschen aus dem Norden in ihren stumpfsinnig schnellen Kisten.

Zonis, wann endlich hört man über euch klagen, ihr hättet Wessis auf eurem Territorium gerade so gelinkt? Wann endlich hört man von ausgebauten Radios bei Ludwigslust, weggezauberten 'Blauen' am Alexanderplatz? Diese ekelhaft dicken Mercedesse: Warum nicht mal einen auf einer selbstgebastelten Umleitung verzupfen? Stattdessen immer nur brav und heiß auf unseren Fußball; und darauf, etwas mittebacht zu kriegen, einen Dujardin, eine Stereoanlage. Warum nehmt ihr's euch nicht einfach von den Barbaren, so wie es andere Kulturnationen euch vormachen? Wo ist eure nationale, eure slawische, eure pruzzische Würde?

*

Sie ging vor mir, in der Via XXI Aprile, nein, sie ging nicht, sie hatte ihren täglichen öffentlichen Auftritt, in der ortsüblichen melodramatischen Aufzäumung, ein wandelndes Showgeschäft; nur sich nicht anmerken lassen, daß man ansprechbar ist. Und nur immer zu verstehen geben, wie unendlich begehrenswert man ist. Dann verliert sie einen Zehntausend-Lire-Schein. Signora, rufe ich; sie dreht sich nicht um. Signora! Sie beschleunigt den Schritt. Signora, Lei ha perso... Sie springt davon, auf die andere Straßenseite. Ich stecke das Geld ein. Auch Blödheit soll mal büßen.

*

Idee nach dem Besuch von »Luna Luna« in Hamburg: Große Ausstellungen mit den wenigen noch verbliebenen Menschen und Dingen, die sich eindeutig als Nicht-Kunstwerke ausweisen lassen. Zum Beispiel ein Rest Margarine von Piwitt statt eines Restes Fett von Beuys. Fachleute, die begeisterten Sammlern Expertisen stellen. Kein Zweifel, bei diesem Teebeutel, diesem Drogisten, diesem Zahnersatz kann es sich um Kunst auf keinen Fall handeln! Beeindruckende Preise. Und das bornierte Begehren von Namenlosen, die an der Fachwelt vorbei ausgerechnet *ihren* Schokoriegel, *ihren* Badezusatz unter die Nicht-Kunstwerke eingereiht wissen wollen. Usw. usw.

*

Am Abend der italienischen Parlamentswahlen, am 14. Juni, sitzt in der Halle des Hotels 'Tramonto d'oro' auf Sardinien, als die ersten Hochrechnungen kommen, kein Italiener vor dem Fernseher. Und auch um acht, bevor es zum Essen geht, bleibt der eine oder andere höchstens mal kurz stehen. Wie lächerlich plötzlich die Ideale und Illusionen, die wir mit Wahlen immer noch verbinden. Da trifft man sich zu Wahlparties in Wohnungen. Da wird gefiebert, als sei es in vergangenen 40 Jahren je um mehr gegangen als darum, das Schlimmste zu verhindern. Italiener, pragmatisch und von rascher Auffassungsgabe, wie sie sind, haben längst gelernt, daß Wahlen nichts ändern, egal ob eine Partei etwas zulegt und eine andere verloren hat.

Und warum auch was ändern! Den Staat wird jeder für sich und auf seine Weise auch so zu betrügen wissen.

Wer hat eigentlich gewonnen?, fragt mich am Abend drauf ein Geschäftsmann aus Turin. Ihm kann es egal sein. Wahlen finden unter der Bedingung statt, daß sie ans Wirtschaftssystem nicht rühren. Also ist er immer Gewinner, egal wie sie ausgehn.

Am Hamburger Scheideweg auf eine Hausmauer gesprüht: »Würden Wahlen etwas verändern, wären sie verboten.«

*

Unvergeßlich die ohnmächtige Wut, mit der wir Halbverhungerten nach dem Krieg auf die Nachricht reagierten, daß man jenseits des Atlantik Nahrungsmittel vernichte, um Preise zu halten. Inzwischen haben wir die Postmoderne, das ist der endlich zum guten Gewissen, das heißt, zum unbefangenen Genuß seiner selbst, das heißt zum Zynismus gelangte Imperialismus in den Machtmetropolen. Und ein Philosoph dieser Stimmung prägte den Slogan vom 'Abschied vom

Prinzipiellen' . Tatsächlich ist es ein Abschied von einem Prinzip. Von einem Prinzip politischer Moral. Vom schlichten Bewußtsein, daß inzwischen eine halbe Milliarde Menschen in ohnmächtiger Wut auf uns Gesindel schauen und dabei hundertprozentig ins Recht gesetzt würden, uns vom Globus zu fegen, wenn sie nur die Kraft dazu hätten.

*

»Lieber P. Ausgerechnet mich fragt die 'Fabrik', ob ich ein Programm für einen Pornoliteraturabend zusammenstellen könnte. .. Das wäre natürlich ein Knüller, wenn Du lesen würdest... Wehe, wenn Du absagst!«

»Liebe F. Deine Hoffnung muß ich enttäuschen. Pornographie, so wie ich sie verstehe, ist eine viel zu kostbare Sache, als daß sie zu derart banalen Anlässen, wie es Lesungen sind, säkularisiert werden sollte. Sie – und die dazugehörige Empirie – setzt vielmehr den heiligsten Respekt der Beteiligten voreinander voraus, ein Respekt frei von allen Spuren der Geringschätzung des Körperlichen ebenso wie von abgestandenen Gemütswerten, die die Pornographie besudeln könnten. Es ist Dir klar, daß solcher himmelschreiend schönen Sache im Augenblick sowohl die liturgischen öffentlichen Orte fehlen – da uns doch Wieskirche oder Kloster Weingarten verschlossen bleiben – als auch das Publikum, wenn ich an die Knuffel denke, die ihre anämischen Nasen in alles stecken müssen, wovon sie glauben, daß es gerade am Aufkommen ist. In Deine Geringschätzung von Anais Nin 'Delta der Venus' stimme ich ein. Die Lohnschreibe eines Männer-Lieschens. Aber bei Klossowski, glaube ich, wird eine Seite lang ein schwarzer Handschuh ausgezogen. Das liest sich schon anders. Woran es der Pornographie fehlt, sind Fantasie, Finesse, zitterndes Detail, Fleiß und Vulgarität. Warum also macht Ihr Weiber nicht den Anfang? Scham endlich die Voraussetzungen dafür, daß das ewig Weibliche uns in Zukunft auch wirklich hinanzieht statt immer nur hinab in die Schlammzonen der sogenannten 'Höheren Werte' . Laßt nur aus allen pornographischen Himmeln Säue regnen, – ist nur der geistliche Respekt voreinander da, von dem ich schrieb, so wird die Liebe gedeihen.«

*

In einem Büro im Hamburger Gewerkschaftshaus auf einem Plakat von vor der Jahrhundertwende die 'Arbeiter Marseillaise' von einem Jakob Audorf: »...Nicht predigen wir Hass den Reichen/Nur gleiches Recht für Jedermann«. Da lobe ich mir Aufrufe zur Gewalt der Art, wie sie in gewissen Broschüren verbreitet werden, die nach wie vor in Nachtschränkchen deutscher Hotels versteckt sind: ».. Wohlan nun, ihr Reichen, weinet und heulet über das Elend, das über Euch kommen wird.« Als Gewalthetzer und Störer des sozialen Friedens firmiert ein gewisser 'Jakobus'!

Konkret 08/87, S. 70

Hans-Jürgen Schmitt

Warten auf Granaten

In Lissabon fühlte sich die Bourgeoisie brüskiert. Hierzulande ist der Roman ein Anschlag auf die Literatur der sanften Heinriche und Bauchnabelbeschauer: »Der Judaskuß« Antonio Lobo Antunes' Erinnerungen an den portugiesischen Kolonialkrieg in Angola

»Der Judaskuß«, Aufschrei und Anklage, ein wie aus einem Guß geschriebener Anti-Kriegsroman und viel mehr, baut sich von der Instanz eines allgegenwärtigen Erzählers her monologisch auf, der die authentischen Erfahrungen von Antunes nur punktuell preisgibt. Denn nicht chronologisch, einer Biographie folgend, wird erzählt, sondern in teils hart aneinandergesetzten, teils ineinander überlaufenden Segmenten; ihre Nahtstellen: funkelnde Erkenntnisblitze. Simultaneität des Erzählens – wenn es sie denn gibt – zwingt mal ironisch, mal brutal direkt Afrika und Europa, Angolakrieg und portugiesischen Nationalismus, Vernichtung und Trauer, Lust und Tod zusammen. Darum muß man sich das biographische Material aus dem Roman erst wie in einem Puzzlespiel zusammensetzen, um den Lebensfaden, die Fabel der Geschichte skizzieren zu können:

Im Dezember 1970 wird ein junger Chirurg von »zwanzigund Jahren« als Militärarzt für 27 Monate nach Angola zwangsverpflichtet, um »mit Nadel und Faden die heldenhaften Verteidiger des Imperiums zusammenzuflicken«. Im August hatte er noch geheiratet; die Geburt einer Tochter wird ihm in den Lärm der Granaten gemeldet. Aufgewachsen war er in der stickigen Häkelatmosphäre der Tanten, die immer darauf hofften: »Zum Glück wird das Militär einen Mann aus ihm machen.« Als er Anfang 1973 aus dem Krieg heimkehrt, zum Skelett abgemagert, ist Tante Teresa immer noch enttäuscht: »Du bist dünner geworden. Ich habe immer gehofft, daß das Militär aus dir einen Mann macht. Aber mit dir ist es hoffnungslos.« So steht's am Schluß des Romans zu lesen, den Antunes erst sechs Jahre nach seiner Rückkehr zu schreiben beginnt, d. h. er erzählt ihn einer Frau in einer Nacht unter Unmengen von Kognak und Wodka. Doch eine Saufprosa ist Antunes Roman so wenig wie die seines angerufenen »Bruders« Malcolm Lowry. Ebenso luzide wie hemmungslos offenbart sich der Erzähler dieser stumm und namenlos bleibenden »Sie«. Als Fremder zu Hause, fremd sich selbst geworden, braucht er sie als eine Art »Beichtiger« wie als Sexualobjekt, um seine Isolation und seine Einsamkeit zu vergessen. Gäbe es sie wirklich, er würde sie in seinen rücktsichtslosen, aber erzählerisch grandios strukturierten Pêle-Mêle aus analytischem Bericht, erflehter Anhörung und wilder Gier vernichten.

Die objektiven Tatsachen der Geschichte: Angola, Ende des 15. Jahrhunderts von dem Portugiesen Diogo Cao entdeckt, wird gegen Ende des 16. Jahrhunderts militärisch gegen den Widerstand der Eingeborenen besetzt, - ausgebeutet; erst 1869 wird die Sklaverei abgeschafft, doch bis 1910 stellt die imperiale portugiesische Macht die Einwohner unter Zwangsarbeit. Dank der brutalen Kolonialisierungsmethoden unter Portugals Diktator Salazar, wird Angola schließlich zum Vietnam, für die Portugiesen – bis zu deren eigener Demokratisierung 1974. Kurz vor der ersten freien selbstgewählten Regierung Angolas heißt noch für Antunes die Devise: »Warten auf Granaten: Godot als Erlösung«.

Wer diese erfahrungsgesättigte Prosa liest, weiß, wer Antunes ist. Für's literarische »Who is who« wäre zu ergänzen, daß er 1942 in Lissabon geboren wurde, heute Chefarzt eines psychiatrischen Krankenhauses ist, vier Romane veröffentlicht hat und 1986 den »Großen Romanpreis« des portugiesischen Schriftstellerverbands erhielt.

Mit dem wiederentdeckten Fernando Pessoa, dessentwegen jetzt scharenweise deutsche Intellektuelle nach Lissabon wallfahren, ist Antunes, entgegen Verlautbarungen seines deutschen Verlags, nicht zu vergleichen; eher hat Antunes in Eça de Queiros einen Vorläufer. Dieser machte vor über hundert Jahren mit dem portugiesischen Romantizismus Schluß und begann eine realistische Romanserie. Seine »Szenen aus dem wirklichen Leben«, darunter den auch bei uns im Buchhandel erhältlichen und immer noch lesenswerten Roman »Das Verbrechen des Paters Amaro«. Antunes »Judaskuß« ist allerdings keine dickleibige Epik, kein »Sozrealismus« und kein Pschologismus, eher magischer Realismus, wie man ihn in etlichen lateinamerikanischen Romanen findet, wenn die Prosa poetisiert wird. Zuweilen mag das bei Antunes fast zu gewagt erscheinen, etwa wenn der Erzähler die Nähe der unbekannten »Sie« beschwört, aber kein Gedanke, kein Gefühl ungefiltert von Afrika bleibt – wie auch umgekehrt, wenn er im Angolakrieg zurück nach Portugal denkt.

Die Poesie des Schriftstellers kann als die Antwort auf die Reaktion des Arztes verstanden werden, dem es »vor Ort« die Sprache verschlug: »Nie sind mir die Worte so überflüssig vorgekommen, wie in dieser aschfahlen Zeit, ohne den Sinn, den ich ihnen zu geben gewohnt war, ohne Gesicht, Klang, Bedeutung, ihrer Farbe beraubt, nie sind mir, während ich an einem entblößten Stumpf arbeitete oder hervorquellende Eingeweide in einen Bauch zurückstopfte, Proteste so vergeblich vorgekommen, ist mir das jakobinische Exil in Paris so dumm erschienen.« Im Grunde führt Antunes über die eigene Erfahrung ein altes Modell der Literatur wieder ein: Einer, der in den Krieg ziehen mußte, kehrt als Anti-Held und Fremder zurück. Wer Europa nach 1945 kannte, und sei es nur durch die Prosa von Borchert oder Böll, weiß Bescheid. Ob Hitler- oder Angolakrieg, es sind nur Nuancen des Wahnsinns: »Ich fragte den Hauptmann, was haben sie mit uns gemacht, wir sitzen hier in dieser Landschaft ohne Meer und warten, gefangen in drei Reihen Stacheldraht in einem Land, das uns nicht gehört, wo wir an Malaria sterben und durch Kugeln... und wir kämpfen gegen einen unsichtbaren Feind, gegen die Tage,

die nicht aufeinanderfolgen...« Der GI in Vietnam hat wohl nicht anders gefragt. Antunes haßt dieses »furunkulöse Europa«, für das sie sich abstechen lassen müssen, und – weil die Vitalität Afrikas von seiner Gesellschaft ausgebeutet und zerstört wird. Darum gehört dieser »desorientierte Lazarus«, wie er sich einmal nennt, auch nirgends mehr hin. »Ich schwebe zwischen zwei Kontinenten, die mich abstoßen, bin ohne Wurzeln...« Das alles ist von Lobo Antunes mit der Kenntnis des Romanciers von heute beschrieben, formuliert, in Bilder umgesetzt. Er kennt sich nicht nur in modernen Erzähltechniken aus, sondern bezieht Malerei und Film mit ein. Seine Formulierungswut ist, wie man rasch spüren wird, nie Selbstzweck, sondern eher aus dem Schmerz her erklärbar, mit »seinem« Krieg fertig zu werden. Und wenn wir, gleich als Auftakt des Romans mit den Augen des Erzählers die weitausgreifenden Rückwärtsschleifen des schwarzen Lehrers auf der Rollschuhbahn des Zoos verfolgen, so ist die schon zur Kunstfigur stilisierte Gestalt Ausdruck der Bannung von Wirklichkeit. Und nichts anderes wollen die auffälligen Bildvergleiche aus der Kunstwelt; denn wenn der Erzähler (Antunes) schon an nichts mehr glaubt, so setzt er gegen den nicht heilbaren »alten Schmerz« nur noch »diese sanfte, flüchtige, allgegenwärtige leidenschaftliche Helligkeit, die man auf den Bildern von Matisse und nachmittags in Lissabon antrifft«.

Daß Antonio Lobo Antunes den Krieg ächtet, wäre eine zu billige Essenz seines Romans. Eher müßte man darüber nachdenken, daß der »wilde Mann« aus Portugal es fertig bringt, uns das Ungeheuerliche »konsumierbar« zu machen, so daß wir zwischen Faszination und Bestürzung hin und hergerissen, uns eingestehen: so ist das wohl mit der Literatur, die etwas taugt.

Antonio Lobo Antunes: Der Judaskuß. Roman. Aus dem Portugiesischen von Ray-Güde Mertin. Hanser Verlag, 269 Seiten, DM 34,-

Konkret 08/87, S. 73

Mathias Bröckers

Der Flachmann als Kritiker

Über den ersten Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb ohne Reich-Ranicki

Wem eine Veranstaltung wie das Wettlesen um den Ingeborg-Bachmann-Preis dient – der Literatur, den Autoren, den Kritikern, der Klagenfurter Hotelerie – wurde in der Vergangenheit oft gefragt. Nach dem 11. Wettbewerb in diesem Sommer, dem ersten ohne den Jurysprecher Marcel Reich-Ranicki, läßt sich zumindest ein Aspekt benennen, dem diese Veranstaltung auf gar keinen Fall diente: der Unterhaltung. Die demokratischen Neuerungen, konzipiert und moderiert von E.A. Rauter, wollten nämlich nicht so recht zünden: Um Spontan-Fettnäpfchen zu vermeiden, wurde den Juror(inn)en die Texte am Vorabend zugänglich gemacht, jeder Juror mußte den von ihm vorgeschlagenen Autor verteidigen, den Autor(innen) selbst wurde Wortrecht eingeräumt – alles sinnvolle Ideen, mit denen die Schmähungen des Klagenfurter Podiums als »Schlachtbank« aus der Welt geschafft werden sollten. Und in der Tat: »geschlachtet« wurde niemand, man kam sich in den Sitzreihen des Kärtner ORF-Studios eher so vor wie auf einer Friedhofsbank. Noch die brutalsten Prosa-Peinigungen wurden seitens der Jury wenn nicht mit pietätvollem Schweigen mit zurückhaltenden, verschämten Anmerkungen gewürdigt. Dabei hätte mindestens ein Drittel der 19 vorgetragenen Manuskripte nichts anderes als schnelle Sterbehilfe durch Dr. Hackethal verdient, eine Rolle, die in der ersten Bachmann-Dekade dem Frankfurter Prosa-Zampano Reich-Ranicki oblag. Den extremistischen Wortwart vom Wörthersee durch ein pluralistisches »Werkstattgespräch« zu ersetzen – gebongt. Aber wenn die müden Meister dieser Werkstatt angesichts der von ihnen ausgesuchten müden Gesellenstücke die angemessenen, nämlich müden Statements von sich geben, wundert es nicht, wenn sich die Zirkusbesucher das Caesaren-Gehabe eines Conferenciers zurückwünschen, dem noch das dünnste Brett zur literaturpäpstlichen Argumentationsbasis taugt. Hätten nicht H. Karasek, J. Drews und die Wiener Kritikerin Sigrid Löffler ab und zu halbwegs herzhaft und pointiert Stellung bezogen, die Versammlung wäre eingedöst. So ist es zu verstehen, daß der Text des Schweizers Urs Allemann – ein absurd-komisches Kunststück, das sich ständig den Boden entzieht und so den »Bachmann-Wettbewerb parodierend aufhebt« (Löffler) – nicht mit einem der fünf Preise gewürdigt wurde. Sein Titel: »Dösend vielleicht«.

Erstmals in diesem Jahr lasen auch vier Autoren aus der DDR, die auch zwei Vertreter (Helga Schubert und Werner Liersch) in der Jury stellte. Daß man sich der Imponderabilien des neukonzipierten Wettbewerbs durch eine politisch vorprogrammierte Preisvergabe entziehen könnte, war zu erwarten und geschah. Uwe Saeger aus Berlin (DDR) wurde für seine Geschichte »Ohne Behinderung, ohne falsche Bewegung...«, eine Parabel auf die Ausweglosigkeit des DDR-Alltags, der erste Preis (21.500 DM) zugesprochen. Ein idealer literaturpolitischer Kompromiß, handelte es sich doch um einen unangestrengten, sympathischen Text, konventionell, ohne einen neuen Ton, brave, wackere Prosa.

Der Autor des kraftvollsten Stücks Literatur, der in bester bayerisch-dialektischer Achternbusch-Tradition stehende Werner Fritsch, hatte erst vor kurzem den Robert-Walser-Preis eingeheimst und mußte sich mit dem zweiten Platz begnügen, die Ost-Berlinerin Irina Liebmann kam auf Platz drei, ihre Erzählung thematisiert die Apokalypse als Wiederkehr des Immergleichen mittels permanenter Wiederholung des Texts, ein trotz aller »Musikalität« penetrantes Verfahren. Die mit 22 Jahren jüngste Teilnehmerin Anna Langhoff (früher Ost,- jetzt West-Berlinerin) wurde einstimmig mit dem als Stipendium ausgeschriebenen vierten Preis belohnt. Der erstmals ausgeschriebene, von den Autoren selbst zu verleihende Preis der Partnerstadt Dachau fand in Klagenfurt eine unliterarische auch fraglos kulturfördernde Verwendung: die Autoren sprachen die 7000 DM »angesichts der Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten« dem »Jüdischen Dokumentationszentrum« und der »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« zu.

Die größten Kritiker der Elche waren früher (oder werden später) selber welche – in der Abschlußdiskussion bekannte Sigrid Löffler, früher eine der schärfsten Kritikerinnen des Bachmann-Zirkus, ihr Unwohlsein. Zwar hätten die Neuerungen des Wettbewerbs der Willkürherrschaft früherer Jahre die Spitze genommen, aber: »Daß der Wettbewerb im Fernsehen übertragen wird, zerstört die Literatur?« An dieser These ist sicher etwas dran, andererseits kann aber eine lebendige Diskussion über zeitgenössische Prosa der Literatur durchaus förderlich sein. Daß, wer Neugier und Interesse weckt, auch den Markt bedient und Kommerz fördert, spricht allein noch nicht dagegen. Genausowenig wie die Elemente von Entertainment, die bei einer Publikumsveranstaltung unverzichtbar sind. Die blaße, im besten Fall stilistisch fehlerlose Mittelmäßigkeit der meisten Texte könnte auch bei einer Live-Übertragung (die Bachmann-Aufzeichnungen liefen im Nachtprogramm) nicht zerstört werden – so was wird's immer geben. Wenn irgendetwas zerstört wurde, dann vielleicht die Halluzination, Literatur und Literatur-Kritik seien als siamesische Zwillinge voneinander abhängig. Die zähen Lesungen und Diskussionen dokumentierten das Gegenteil: zwei Disziplinen, Berufsstände, Glaubensgemeinschaften treffen aufeinander und haben sich nichts zu sagen. Den Kritikern kommen die Texte nichtssagend vor, den Literaten die Kritik unverständlich. So wollte der Literaturprofessor Dierks in dem im Wiener Punk-Milieu angesiedelten Krimi des Österreichers Manfred Maurer partout eine Parodie auf den »Tod in Venedig« entdecken, obwohl der Autor den Tatort am Lido als rein zufällig bezeichnete. (Offenbar zurecht hatte Reich-Ranicki im Vorjahr von Schauplätzen wie New York oder

Venedig grundsätzlich abgeraten und Wanne-Eickel empfohlen.). Maurer, einer der wenigen »echten« armen Poeten – ohne Lehrauftrag, Redaktionssessel, Festeinkommen – mußte auch ohne den erhofften Schilling-Scheck abreisen und nun sehen, wie er die Miete zusammenkratzt.

Der Sommerhit des Jahres 1974, »You ain't seen nothing yet«, gibt aus dem Autoradio seinen Kommentar zum Wortgeplätscher am Wörther-See: Bachmann ohne Ranicki ist wie Turner ohne Overdrive. Zwar wüßte auch der mit »Bachmann Turner Overdrive« nichts anzufangen, doch verstand er es zumindest, seinen jeweiligen Nicht-Gedanken publikumswirksam auszudrücken. Die Nachfolger sind nicht einmal dazu in der lage. Im Sinne Karl Kraus' müßte das Aussterben dieser Untugend (»Keinen Gedanken haben, aber unfähig sein, ihn auszudrücken«) als Posivitum registriert werden, wäre nicht gemessen an dieser strengen Kultur-Elle ein Wettbewerb wie dieser von vornherein unter Niveau – Flachmann sozusagen. Andererseits konsultieren auch Puristen mit der Fackel im Ohr heutzutage vor dem Kauf eines neuen Toasters, Rucksacks oder CDSpielers die Rezensenten der »Stiftung Warentest«, warum soll also in Sachen Buch diese nicht einmal öffentlich tagen und testen? Gewiss jubelte uns der Verbraucherschutzbund-Direktor Ranicki so manch gnadenlosen Langweiler als Spitzenprodukt ins Regal, aber er provozierte durch seinen Überschwang zugleich Skepsis und Widerspruch, Voraussetzung für jede Diskussion. Da Karasek nicht als »Killer von Klagenfurt« (Stern) sondern allenfalls als bisweilen kratzbürstiger Kater agierte, fehlte dem Tester-Gremium und dem Publikum in diesem Jahr der Wetzstein. Und ein solcher muß schon sein. Zumal wenn die Literatur so wenig aufredend ist.

Konkret 08/87, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die Entdeckung Amerikas durch den Schriftsteller Horst Krüger trägt den Titel »Spiegelung der großen Weite«, aber es stellt sich bald heraus, daß hier weniger ein Kolumbus als ein Gournemanz am Werk ist und es besser »Spiegeleier in aller Breite« geheißen hätte.

Ich sage Ihnen. Wenn Sie nur zehn Tage die amerikanische Küche genossen haben, werden Sie, dankbar rührend, am eigenen Herd vor einer Linsensuppe mit Bockwurst stehen. Das Essen drüben ist grauenvoll. Man kann's nicht beschreiben.

Was aber macht Krüger, der Unglückswurm? Geht hin und beschreibt's:

Es sind ja nicht nur diese Hamburgers und Cheeseburgers, diese Sandwichkultur der Angelsachsen, sozusagen die ganze Welt zwischen zwei Brotscheiben zu klemmen. Wir haben in Houston im feinsten Restaurant ein Steak gegessen. Prime Rib, versteht sich, The Proud of Texas, immerhin 18 Dollar. Der Stolz von Texas schmeckte miserabel. Die Amerikaner können schon rohes Fleisch einfach nicht sachgerecht schneiden.

Versteht sich, sozusagen immerhin schon. Deshalb empfiehlt der Schriftsteller, der beschreibt, was er nicht beschreiben kann, selbst zu kochen, was man nicht essen kann:

Nehmen Sie statt Wurst immer Corned beef. Damit, mit Zwiebeln, ein paar Kartoffeln und Eiern, läßt sich jenes Hash brutzeln, das hierzulande als essenswert zu verbuchen ist.

Es wird gewiß leichter zu verbuchen als zu schlucken sein, denn es dürfte so schmecken, wie sich ein Krüger liest.

Der US-Käse zum Beispiel, ist eßbar. Die Milch, tiefgekühlt, ist vorzüglich.

Was soll das? Warum enthält uns der Dichter des gebrutzelten Hash, der Prime Rib und des Proud of Texas den Namen vor, den die Eingeborenen ihrer tiefgekühlten Milch gegeben haben? Icecream nennen sie das.

Wen es doch noch gibt! Im »Frankfurter Allgemeine Magazin« klappert der von mir vor Jahren beigesetzte Gaston Salvatore mächtig mit dem Sargdeckel:

D. war einmal so etwas wie ein Held. Aber die Menschen pflegen es Helden in der Regel übelzunehmen, wenn sie weder siegen noch sterben. Sie sollen wenigstens bei der Sache bleiben. Keinesfalls dürfen sie versuchen, sich ins normale Leben einzugliedern, und noch weniger dürfen sie dabei Erfolg haben. Doch auch die allgemeine Feindseligkeit wäre erträglich, wenn man nicht selber anfangen würde, den Feinden recht zu geben. Es ist schwer, den eigenen vergangenen und dabei verklärten Ruhm nicht zu vermissen... D. ist erfolgreich, aber er sitzt zwischen allen Stühlen.

Nicht *aber,* armer Alter: *denn!* Der D. jedoch ist nicht, wie S. behauptet, der Régis Debray, sondern der Salvatore, während die *Menschen, man* und *die allgemeine Feindseligkeit* ich bin: Ich pflege es übel zu nehmen, wenn Maulhelden sich ins normale Leben eingliedern und anfangen, mir in der »Frankfurter Allgemeinen«, auf dem Gang zwischen allen Stühlen, recht zu geben. Und jetzt bleibt der Deckel zu!

Kohl in China über Kohl in China:

Der Besuch unterstreicht die Bedeutung, die wir solchen Besuchen beimessen.

Ein Mann geht seinen Weg.

In der »Welt« stand die jüngste Entdeckung eines der ältesten Nazis:

Die Ungewißheit der »offenen« deutschen Frage habe zur niedrigsten Geburtenrate der Welt geführt.

So stellt sich der Prof. Peter R. Hofstätter seine Landsleute vor: Wenn sie nicht schlafen können, denken sie an Deutschland in der Nacht.

Ein Leserbrief:

Herzliche Elba-Urlaubsgrüße. Dank auch für Ihre »Welt« die jeden Morgen am gleichen Tag hier erhältlich ist. Ich bin immer im Bilde, was in der Welt geschieht. Ihr Willy MilIowitsch

Nicht ganz gelungen ist dem Leitartikler Peter Jochen Winters sein letzter Satz:

Es kommt darauf an, trotz gegensätzlicher Auffassungen in grundsätzlichen Fragen weitere Schritt zu sachlicher Zusammenarbeit einzuleiten und das innerdeutsche Klima zu entkrampfen.

Es kommt im Gegenteil darauf an, die Einleitung weiterer Schritte zu vertiefen und die Entkrampfung des Klimas auszubauen. Soviel aus der »FAZ«. Und woraus stammt dies?

Zum historischen Ereignis läßt sich der Besuch nicht hochstilisieren. Auch wenn es die erste Visite ist, fällt es schwer, mehr als eine symbolische Bedeutung darin zu sehen. Ein Umweltschutzabkommen wird unterzeichnet, aber welche neue Perspektive für die deutsch-deutschen Beziehungen eröffnet dieses Treffen? Brandts Besuch in Erfurt 1970 führte zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten. Ein wichtiger Meilenstein in der Entspannungspolitik. Seitdem ist viel Vertragswerk zustandegekommen. Können jetzt auch Kohl und Honecker eine neue Ära einleiten?

Der Besuch jetzt kommt zwar in einer historischen Situation des Umbruchs, aber es fehlen politische Konzepte für einen qualitativen Sprung in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten. Denn noch ist nicht absehbar, ob und wie sich Perestroika und Glasnost auf das deutsch-deutsche Verhältnis auswirken werden...

Aus dem »Trierer Volksfreund«? Dagegen spricht die freundliche Erwähnung Brandts. Und beim »Schwarzwälder Boten« schreiben sie besser. Es war auch nicht Peter Jochen Winters in der »FAZ«, sondern Max Thomas Mehr in der »TAZ«. Eine historische Situation des Umbruch-Redakteurs.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Peter Sellin hat sich wirklich Mühe gegeben:

Die Erkenntnis, daß das pure fundamentale Politikverständnis in eine kräftige Wahlniederlage führt, wenn nicht die gestalten wollende Politikoption der Mitübernahme von Regierungsmacht angestrebt wird, hat dazu geführt,

daß der Peter Sellin den verständlichen Wunsch, Senatsdirektor zu werden, nicht äußern kann, ohne dem puren fundamentalen Verständnis das Anstreben einer gestalten wollenden Option der Mitübernahme von Macht zur Vermeidung einer kräftigen Niederlage anzuraten.

In einer neuen Talgschau des Zweiten Deutschen Fernsehens treten auf:

Herbert Riehl-Heyse, Charlotte Kerr-Dürrenmatt, Astrid Meyer-Gosslar und Beatrix Schnippenkoetter.

Ein Druckfehler. Es sollte Beatrix Schnippen-Koetter heißen.

Was die Redakteurin Ariane Barth da im »Spiegel« versucht:

Wer zum ersten Mal einem Aids-Kranken gegenübersteht, der hat normalerweise starke Berührungsangst –

das geht nicht. Berührungsangst ist, wenn ein sozialdemokratischer Gemeinderat gegen einen Antrag auf Minderung der Hundesteuer für Spätaussiedler stimmt, weil ein Kommunist auch dafür ist. Der, den Frau Barth meint, hat Angst, den Kranken zu berühren.

Früher stopften die Zeitungen das Sommerloch mit dem Ungeheuer von Loch Ness und Möllemann. Das altfränkisch Verschämte dieses Treibens hatte noch Charme. Mittlerweile hat auch hier die Frechheit gesiegt, und so beginnt jeder zweite Kommentar in der Sauregurkenzeit mit philosophischen Bemerkungen zum Sommerloch als solchem. Im Feuilleton der »FAZ« heißt die Überschrift dann etwa »Bildungshitze« und der Text geht so:

Das Leben, betrachtet als Summe der Bildungsreisen zu den großen Schauplätzen der Bau- und Kunstgeschichte, ist eine heiße Sache, jedenfalls für die meisten jener Mitteleuropäer, die in ihren Ferien gern in eine Vergangenheit pilgern, über deren Relikten eine südliche Sonne scheint... Die Gewalt der Alten beweist sich nicht zuletzt in dem Himmelsfeuer, das dem Reisenden die Kehle ausdörrt, das ihm lähmend in die Beine fährt. Wer beinahe zusammenbricht, der gibt leicht Größe zu. Die Akropolis in Island: müßte sie nicht völlig neu gesehen und eingeschätzt werden?

Und der Pinguin im Genezareth? Das Krokodil in Labrador? Die »FAZ« in Kasachstan? Nessie im Main? Geduld: Das nächste Sommerloch kommt bestimmt.